Droht Inflation? S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 26 – 2. Juli 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Verständigung durch Anbiedern
Warschau bricht permanent Völkerrecht 2

Preußen / Berlin

Ideologie trifft Wirklichkeit
Brandenburg: Mensch und Technik erschweren rot-rote Energiewende 3

Hintergrund

Inflation schleicht sich an
Warum schon mittelfristig eine Währungsreform droht 4

Deutschland

Erfolglose Pädagogen
Lehrer haben kaum erzieherischen Einfluss auf ihre Schüler 5

Ausland

Israels ferner Friede
Alle verschanzen sich hinter Grenzen und Mauern 6

Kultur

Glanz und Tragik eines Königs
Ausstellung zu Ludwig II. 9

Geschichte

Biedermeier im Élysée
Zum 100. Geburtstag von Georges Pompidou 11





In jeder Hinsicht anpassungsfähig: Bundespräsident Wulff und seine verschleierte Ehefrau beim Besuch einer Moschee Bild: pa

Blass, blasser, Wulff

Bundespräsident hat in seinem ersten Amtsjahr nicht überzeugt

Am 12. Juni 2010 haben wir in dieser Zeitung den Kandidaten der schwarz-gelben Koalition für das Amt des Bundespräsidenten vorgestellt. Unser Resümee damals: „Die Erwartungen an einen möglichen Bundespräsidenten Wulff müssen zwangsläufig bescheiden bleiben."

Berlin hatte zunächst die Arbeitsministerin als Nachfolger für Horst Köhler im Visier. Wulffs Ehrgeiz ließ es nicht zu, dass die Tochter Ernst Albrechts, die unter ihm Ministerin in Hannover geworden war, an ihm vorbei in das höchste Staatsamt aufrücken sollte. Nur drei Tage benötigte er, um die Koalition davon zu überzeugen. Schon lange war erkennbar, dass Wulff an der Leitung der niedersächsischen Landesregierung keinen Spaß mehr hatte. Einer Berufung in das Bundeskabinett wäre er gerne nachgekommen. Das war für Merkel inakzeptabel. Deshalb war es für sie ein Geschenk des Himmels, dass sie den letzten Rivalen aus dem Andenpakt in das höchste Staatsamt abschieben konnte.

Der Bundespräsident hat in seinem ersten Amtsjahr nicht überzeugt. Man mag darüber hinwegsehen, dass er gleich nach Amtsantritt als Untermieter eines befreundeten aber gleichwohl schillernden Unternehmers seinen Urlaub auf Mallorca verbrachte. Der Würde des Amtes angemessen war das nicht. Wulff zeigte in seiner Rede zum Tag der Einheit 2010 mit seiner Aussage, dass der Islam zu Deutschland gehöre, dass ihm die wichtigste Aufgabe des Staatsoberhauptes noch nicht klar war, nämlich, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Die Islambemerkung war anbiedernd, spalterisch und ahistorisch. Die Wertschätzung für die Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland hätte anders zum Ausdruck gebracht werden können. Im Fall Sarrazin überschritt das Staatsoberhaupt mit seiner Meinungsäußerung seine Kompetenz. Dem Bundespräsidialamt gelang es in Verhandlungen mit den Anwälten Sarrazins Schadensbegrenzung. Sarrazin hätte es zu einer Staatskrise kommen lassen können. Im Februar dann erneut ein Rückfall in die Politikerrolle. Mit geharnischten Worten bezog Wulff in Rom Stellung gegen Gaddafi. Es gab gute Gründe, in der Causa Libyen Zurückhaltung zu üben, was Westerwelle mit seiner Stimmenthaltung im Weltsicherheitsrat beherzigte.

> Wulff hat noch nicht in seine neue Rolle hineingefunden

In Europa herrscht zurzeit eine noch nie dagewesene Krisenstimmung. In Deutschland hat die politische Klasse die Bodenhaftung verloren. Die Nichtwähler haben bei Wahlen nun immer eine relative Mehrheit. Die Augen richten sich auf Wulff. Der schweigt. Hat er nichts zu sagen? Er hat in diesem Jahr die von seinem Vorgänger Roman Herzog begründete „Berliner Rede" nicht gehalten. „Die Berliner Rede wäre eine Möglichkeit gewesen, seine Kritiker zu widerlegen, die ihn schon vor einem Jahr für zu leicht befunden haben", schreibt die Tageszeitung „Die Welt".

Wulff hat in seine neue Rolle als Staatsoberhaupt noch nicht hineingefunden: Ob er zukünftig das Verfassungsverständnis des Amtes verinnerlicht, muss offenbleiben. Der Mensch wächst mit der Aufgabe. Gilt das auch für Wulff?

Wilhelm v. Gottberg

Wilhelm v. Gottberg:

Doppelmoral

Die Vorstandsvorsitzenden von fünfzig großen französischen und deutschen Gesellschaftsunternehmen haben in einer ganzseitigen Anzeige in überregionalen Zeitungen beider Länder die Notwendigkeit des Euro begründet. Diese Anzeige, die sicherlich mehrere Hunderttausend Euro gekostet hat, ist ein Skandal. Sie ist verlogen und irreführend. Die Verfasser sprechen von einer Eurokrise. Die gibt es nicht, sondern es gibt eine Schuldenkrise einiger Euroländer. Wir bräuchten strikte Stabilitätsregeln, fordern die Verantwortlichen der Anzeige. Die gab es! Wo war der Protest der Wirtschaftsführer, als diese Stabilitätsregeln mit Rechtsbruch in den Orkus befördert wurden?

Der Einbruch der Weltwirtschaft habe zur Verschärfung der Verschuldung geführt. Nein, die Pleitestaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt. Man müsse jetzt helfen, damit die betroffenen Länder ihre finanzielle Unabhängigkeit wiedergewinnen, fordert der Anzeigentext. Im Klartext: Die Steuerzahler sollen die Suppe auslöffeln. Dazu sagen die Steuerbürger Deutschlands und Europas: NEIN!

Hier unser Vorschlag: Wenn die Wirtschaftsführer überzeugt sind, dass mehr Geld alle Probleme lösen könne, dann sollten ihre Unternehmen den Pleitestaaten zinsgünstig deren Staatsanleihen abkaufen. Stattdessen reden sie einer weiteren Konkursverschleppung Griechenlands das Wort. Die Beispiele Argentinien und Russland belegen, dass Staatskonkurse gut bewältigt werden können. Beide Staaten sind gestärkt daraus hervorgegangen. Die Auftraggeber der Anzeige haben ihr Schäfchen im Trockenen. In wenigen Jahren haben sie sich aus dem Staub gemacht. Sie haben unter dem Schaden nicht zu leiden.

Die Schwäche der anderen

Sonderparteitag der Grünen: Schon der Anfang vom Niedergang?

Die Debatten nach dem Grünen-Parteitag zum Atomausstieg vergangenen Sonnabend in Berlin drehten sich alle um zwei Fragen: Hat sich die einstmalige Sponti-Partei nun endgültig unter den „Großen" etabliert? Oder war dies bereits der Beginn der „Entzauberung der Grünen" („Focus"-Titel vergangenen Montag)?

Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, verweist darauf, dass die Grünen nur von der Profilschwäche der anderen Parteien und vor allem vom Wählerverdruss profitierten. Bei näherer Betrachtung sei der Rückhalt der Partei im Volk bei Weitem nicht so stark, wie es einzelne Wahlergebnisse und die von Grünen-freundlichen Journalisten verbreitete Stimmung glauben mache. Daher erscheint ihm die Partei als „Scheinriese".

> Von der Konkurrenz droht kaum Gefahr

Andere Beobachter greifen den Zusammenhang von Wählerverdruss und Grünen-Erfolg zwar auf, deuten ihn jedoch anders: Die Partei von Jürgen Trittin steche die anderen aus, weil die Deutschen bei ihr im Unterschied zu Union, SPD oder FDP ein klares Profil zu erkennen glauben. Dieses Profil sorge dafür, dass dem Ansehen der Grünen bislang auch klare Niederlagen oder die jähe Abkehr von Wahlversprechen kaum geschadet hätten wie etwa in Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder demnächst in Baden-Württemberg („S 21").

Zudem droht den Grünen von den übrigen Bundestagsparteien derzeit wenig Gefahr. Union und FDP geben ihren potenziellen Wählern mehr Anlass zur Verzweiflung denn zur Begeisterung. Die SPD bleibt trotz ihrer Möglichkeiten als Oppositionspartei erstaunlich blass und die Linke reibt sich gerade in einem Streit über Antisemitismus in den eigenen Reihen auf. *Hans Heckel*

CDU lässt sich einspannen

Spree-Union kämpft mit Rot-Rot-Grün gegen »Rechtspopulisten«

Alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben sich verpflichtet, rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien gemeinsam zu bekämpfen, ihnen „kein Podium" zu geben und den „friedlichen Protest" gegen deren Wahlkampfveranstaltungen zu unterstützen. Unterzeichnet haben die Erklärung die Landesvorsitzenden von SPD, Linkspartei, Grünen und FDP sowie der stellvertretende Landeschef der CDU.

Für SPD, Grüne und Linkspartei ist die Erklärung ein großer strategischer Erfolg. Der Begriff „rechtspopulistisch" ist schwammig und wird (vorzugsweise von links) gegen jedwede bürgerliche Parteineugründung angewendet. So wird auch die damalige Hamburger „Schillpartei" nach wie vor als „rechtspopulistisch" verortet. Nur mit jener Neupartei, die später an ihrer eigenen Führung zerbrechen sollte, war es der CDU 2001 gelungen, 44 Jahre SPD-Herrschaft an der Alster zu unterbrechen.

> Strategischer Sieg für SPD und Grüne

Das soll sich an der Spree nicht wiederholen. Dort ist es Rot-Rot-Grün nun gelungen, einen eisernen Vorhang vor unverhofften, neuen Partnern für CDU und FDP herunterzulassen, wobei Schwarze und Gelbe auf der Seite der Linken platzgenommen haben.

Die Berliner CDU schrumpft damit, angesichts der eigenen Schwäche und der Schwindsucht der FDP, nach der Wahl im September zum Objekt der Koalitionsstrategie von SPD und Grünen, selbst wenn sich etwa die Partei „Die Freiheit" des ehemaligen CDU-Politikers René Stadtkewitz als möglicher Partner anböte. Aller Alternativen beraubt, hätte die Union keine andere Möglichkeit, als auf die Gnade von Grünen oder SPD zu hoffen. Beobachter fürchten, dass sich die inhaltliche Entkernung der CDU so noch verstärken könnte. *H. H.*

MELDUNGEN

Stabwechsel bei der PAZ

Mein Auftrag als Vakanzvertreter in der Chefredaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ist erfüllt. Mit der nächsten Ausgabe der *PAZ* übernimmt Herr Dr. Jan Heitmann die Verantwortung für unsere Wochenzeitung. Die Arbeit hat mir Freude gemacht. Nun freue ich mich auf den ersten längeren Urlaub seit zwanzig Jahren. Natürlich an der Ostsee und in Ostpreußen. Die *PAZ* muss sich in den kommenden Jahren auf einem immer schwieriger werdenden Printmedien-Markt behaupten. Ihre Zukunft ist nur dann dauerhaft gesichert, wenn es gelingt, die Abonnentenzahlen zu halten. Wir können das gemeinsam schaffen. Daher meine herzliche und dringende Bitte an die bundesweite Leserfamilie der *PAZ*: Bitte verstärken Sie Ihre Bemühungen zur Gewinnung neuer *PAZ*-Abonnenten. Ich bleibe Ihnen als *PAZ*-Abonnent verbunden und, wenn es vom Herausgeber gewünscht wird, auch als *PAZ*-Autor. Gott befohlen!

Wilhelm v. Gottberg
Altsprecher der LO

Schünemann lobt Schlesier

Hannover – Auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier am vergangenen Wochenende in Hannover hat der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) die Leistung der drei Millionen nach Niedersachsen vertriebenen Schlesier beim Aufbau des Bundeslandes hervorgehoben. Dabei seien sie vielfach nicht mit offenen Armen empfangen worden. „Für viele war es zunächst eine kalte Heimat mit Ressentiments." Er unterstrich, die Landsmannschaft Schlesien habe sich gegen die Unterwanderung durch Neonazis gewehrt und von revanchistischen Bestrebungen abgegrenzt. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Rudi Pawelka, verlangte von Polen und Tschechien eine Entschuldigung für die Vertreibung Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg. *CR*

Verständigung durch Anbiedern

Deutsch-polnische Beziehungen auf Allzeithoch – Warschau bricht permanent Völkerrecht

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen gelten als so gut wie nie zuvor. Erst zu Beginn letzter Woche flog Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit der Mehrzahl der Kabinettsmitglieder zu den elften deutsch-polnischen Regierungskonsultationen nach Warschau. Locker und vertraut plauderte sie mit ihrem Amtskollegen Donald Tusk von der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO), dessen Land soeben zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. In den vier Jahren, seit der Danziger als Ministerpräsident amtiert, ist die schwierige Periode der Kaczynski-Ära offiziell vergessen. Beide Staaten wollen innerhalb der EU-Strukturen künftig noch enger zusammenarbeiten.

20 Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags hätten Berlin und Warschau die Chance, „ein neues Verhältnis aufzubauen, das frei von Komplexen ist und auf Vertrauen gründet", schrieben die beiden Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Radoslaw Sikorski (PO) in einem gemeinsamen Gastbeitrag für die „Märkische Oderzeitung" und die polnische „Gazeta Wyborcza" im Vorfeld. Westerwelles Staatsministerin im Auswärtigen Amt, die Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Cornelia Pieper (FDP), wurde am vorvergangenen Mittwoch für ihre „Verdienste um die gemeinsamen Beziehungen" mit einer Ehrenprofessur der Universität Kielce ausgezeichnet. Schon ihre Vorgängerin im Amt der Koordinatorin, Gesine Schwan (SPD), war letztes Jahr von Stadt und Universität Breslau mit dem Hedwigs-Preis „für die deutsch-polnische Verständigung" bedacht worden.

Bei nüchterner Betrachtung ist dieses „neue Verhältnis" und die Verständigung durch deutsches Stillschweigen erkauft. Die Bundesregierung nimmt Themen von der Tagesordnung, mit denen der Nachbar im Osten nicht behelligt werden will, und gibt sich leisetreterisch, wenn es darum geht, ureigenste deutsche Ansprüche durchzusetzen, die über merkantile Interessen hinausgreifen.

Das sichtbar freundschaftliche Verhältnis der beiden Außenminister beispielsweise rührt zu einem gut Teil daher, wie Westerwelle im Fall Steinbach agiert hat. Bei seiner ersten Auslandsreise im Amt, die ihn nach Warschau führte, distanzierte er sich demonstrativ von der Vertriebenen-Chefin, indem er zu verstehen gab, er werde deren Sitz im Gremium der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung verhindern: „Bei mir ist bisher keine Bewerbung gelandet." Dafür landete er einen Pluspunkt bei seinem polnischen Amtskollegen Sikorski.

Erika Steinbach verzichtete 2010 schließlich auf ihren Sitz in der Vertriebenenstiftung – um der Sache willen. Doch politischen Beobachtern war klar: Die Kanzlerin hatte ihre Parteifreundin fallenlassen. Seither verbindet Merkel mit Tusk eine enge Partnerschaft.

Ein ähnliches Muster wirkt auch in einer anderen zwischen beiden Ländern strittigen Angelegenheit: der Rückgabe kriegsbedingt verlagerter deutscher Kulturgüter. Der Verbleib dieser Güter auf dem heutigen Gebiet der Republik Polen ist nach Auffassung der Bundesregierung widerrechtlich. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 verbietet eine Wegnahme von Kulturgütern. Im aktuellen Regierungsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik fordert Berlin die „Beachtung des Völkerrechts", um das „deutsche Kulturgut wieder in seinen kulturgeschichtlich-geografischen Zusammenhang einzugliedern". Doch die bilateralen Verhandlungen darüber treten seit anderthalb Jahrzehnten auf der Stelle. Im jetzt gefeierten Nachbarschaftsvertrag von 1991 heißt es zwar, man sei bestrebt, „die Probleme im Zusammenhang mit Kulturgütern und Archivalien ... zu lösen", doch verwirklicht hat Polen davon nichts.

Das Original des Deutschlandliedes lagert in Krakau

Als Einzelentscheidung wurde im Jahr 2000 eine Lutherbibel zurückerstattet. Doch dabei blieb es. Weder an eine Rückgabe der etwa 500000 Bände der früheren Preußischen Staatsbibliothek noch der Deutschen Luftfahrtsammlung ist gedacht. In der Krakauer Jagiellonen-Bibliothek lagert eine kostbare Sammlung deutscher Autografen – bezeichnenderweise „Berlinka" genannt –, darunter Briefe von Goethe, Schillers Doktorarbeit, Notizen der Gebrüder Grimm, Originalpartituren von Bach, Mozart und Beethoven sowie das „Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben.

Ferner vermissen die Städtischen Sammlungen Görlitz noch immer achtzig Prozent ihrer Vorkriegsbestände. Einst von dort ausgelagerte Kunstschätze befinden sich in den Nationalmuseen von Warschau und Krakau, aber auch in den schlesischen Städten Breslau und Lauban.

Doch um des lieben Friedens willen spielte das Thema bei den jüngsten Stellungnahmen zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen keine Rolle: Weder im interfraktionellen Bundestagsbeschluss vom 10. Juni zu zwanzig Jahren Nachbarschaftsvertrag noch in der „Gemeinsamen Erklärung des Runden Tisches" vom Pfingstsonntag in Warschau findet sich auch nur ein Wort über die Rückführung deutscher Kulturgüter.

Im Rahmen der Regierungskonsultationen und im ausdrücklichen Kontext des Jubiläums schlossen die Berliner Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die Warschauer Polnische Nationalbibliothek zwar ein Abkommen, bei der „Aufarbeitung und Bewahrung des gemeinsamen Kulturerbes" sowie der Digitalisierung der Bestände in Zukunft zusammenzuarbeiten. Das für polnische Ohren leidige Rückgabethema war nach Auskunft der Staatsbibliothek nicht Gegenstand der Vereinbarung.

Über eine „Rückerstattung" ganz anderer Art konnte sich indes das Danziger Nationalmuseum freuen: Die Stiftung schickte im Oktober letzten Jahres sechs Gemälde und eine Skulptur an die Mottlau, weil diese Teil der – deutschen – Vorkriegssammlung des Danziger Stadtmuseums gewesen waren. Die Kunstwerke waren in den Nachkriegswirren nach Berlin gelangt.

Zur gegenseitigen Freundschaft „ohne Komplexe" trägt sicher auch bei, dass deutsche Regierungsvertreter bei den Rundtischverhandlungen nicht übermäßig Druck gemacht haben, den Interessen ihrer Landsleute jenseits von Oder und Neiße Geltung zu verschaffen. Die praktischen Verhandlungserfolge für die Deutschen sehen denn auch bescheiden aus. Die meisten Punkte der Warschauer Erklärung, welche die deutsche Volksgruppe betreffen, behandeln die Aufarbeitung historischen Unrechts wie die Zwangsassimilierung im kommunistischen Volkspolen und museale Aspekte der Kulturarbeit. Hinsichtlich des drängendsten Problems heute, die deutsche Sprache als Muttersprache wiederzugewinnen und in den Alltag zu heben, hat die polnische Seite lediglich zugestanden, die Bildungsstrategie für die Volksgruppe zu überprüfen und zu aktualisieren.

Christian Rudolf



Man versteht sich: Angela Merkel und Donald Tusk in Warschau Bild: Getty

Die Schulden-Uhr:
Jeder haftet für den Euro

Deutschland trägt bei der Rettung der klammen Euro-Länder die Hauptlast. Der Bund der Steuerzahler hat nachgerechnet, um wie viel es dabei geht: Demnach garantiert Deutschland Hilfen in Höhe von 280,65 Milliarden Euro. Sollten die Rettungsversuche scheitern, könnten die Kredite nicht zurückgezahlt werden und auch die übernommenen Bürgschaften werden dann fällig. Dann wird die Pro-Kopf-Staatsverschuldung in Deutschland um 3500 Euro steigen. Diese Summe entspricht ungefähr den kompletten Einnahmen des Bundes aus Steuern und Neuverschuldung im Jahr 2011 und ist in etwa so viel, wie der Bund innerhalb von neun Jahren investiert. *J. H.*

1.961.122.107.628 €

Vorwoche: 1.958.422.230.449 €
Verschuldung pro Kopf: 24.004 €
Vorwoche: 23.954 €

(Dienstag, 28. Juni 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Unerfüllte Zukunftsvisionen

Vollständiger Umzug aller Ministerien nach Berlin in Sicht

Vor zwei Jahrzehnten sprach sich der Bundestag für einen Umzug der Regierung nach Berlin aus. Nun gibt es Überlegungen, auch die letzten in Bonn verbliebenen Regierungsstellen an die Spree zu verlegen. Langfristig scheint, auch ohne entsprechenden Beschluss, die Entwicklung in diese Richtung zu gehen. Nach einer historischen Debatte fiel am 20. Juni 1991 im Deutschen Bundestag die Entscheidung: 338 Abgeordnete stimmten für einen Regierungsumzug nach Berlin, 320 für den Verbleib in Bonn. Für Berlin im Nachhinein gesehen ein Glücksfall. Wäre damals die Entscheidung gegen Berlin gefallen, hätte das für die Stadt wahrscheinlich drastische Auswirkungen gehabt.

Von den Anfang der 90er-Jahre von Berliner Politikern verbreiteten Zukunftsvisionen ist kaum eine Realität geworden. Berlin ist weder zu einer Fünf- bis Sechs-Millionen-Metropole herangewachsen, noch hat die Stadt eine magische Anziehungskraft auf Konzernzentralen entwickelt. Auch die erhoffte Stellung als Drehscheibe im Ost-West-Handel wird eher von Wien als von Berlin eingenommen. Lediglich der Regierungsumzug, in der damaligen Euphorie fast als zusätzliches „Sahnehäubchen" betrachtet, hat für die Stadt die erhoffte Mobilisierungswirkung entfaltet. Die neuen Ministerien, Behörden und ihnen nachfolgenden Verbände haben in den 90er-Jahren nicht nur einen wesentlichen Anteil am Bauboom in der Stadt gehabt, sondern verhinderten durch Bevölkerungszuzug auch ein Absinken der Einwohnerzahl. Teil des vor 20 Jahren beschlossenen Bonn-Berlin-Gesetzes, das die Aufteilung der Regierungsfunktionen regelte, war die Vereinbarung, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter weiterhin in Bonn arbeiten wird. Zwanzig Jahre später sieht die Realität anders aus. Mittlerweile arbeiten über 50 Prozent der Regierungsmitarbeiter in Berlin und nur noch 45 Prozent am Rhein. Der von den Bonn-Befürwortern befürchtete „Rutschbahneffekt" scheint durch die Macht des Faktischen stattgefunden zu haben. Inzwischen sprechen sich Politiker wie Wolfgang Thierse (SPD), vor zwanzig Jahren Umzugs-Befürworter, und Rita Süßmuth (CDU), die damals für einen Verbleib in Bonn gestimmt hat, für einen langfristigen Umzug aller Bundesministerien aus. In den Ministerien gibt es ohnehin entsprechende Überlegungen. Das Bundesjustizministerium hat vor vier Jahren bereits gehandelt und den noch in Bonn verbliebenen Teil des Hauses in ein „Bundesamt für Justiz" umgewandelt. Ähnliche Planungen gibt es im „Bendlerblock". Das Verteidigungsministerium prüft den Abzug der noch in Bonn verbliebenen Teile des Ministeriums. Auf der Bonner Hardthöhe sollen als Ersatz nachgeordnete Behörden und Stellen der Bundeswehr angesiedelt werden.

Erhoffte Vorteile für die Hauptstadt blieben aus

Insgesamt hat Bonn seit dem Umzugsbeschluss 1,5 Milliarden Euro als Kompensation erhalten. Statt ursprünglich geplanter 6550 Behördenstellen sind 11000 Stellen aus Frankfurt und Berlin an den Rhein verlegt worden. Trotz des Umzugs nach Berlin stieg zwischen 1996 und 2006 die Zahl der Erwerbstätigen in der Bonner Region um 49000. Entgegen den Befürchtungen, die vor 20 Jahren laut wurden, scheint Bonn den Verlust der Hauptstadtfunktion gut verkraftet zu haben.

Norman Hanert

Ausgebeutet

Größter Fall von Menschenhandel in der EU

Im Auftrag des tschechischen Staates wurden über 1500 Arbeiter aus Vietnam und der Mongolei, aber auch aus EU-Staaten wie der Slowakei und Rumänien zu Aufforstungsarbeiten angeworben, gelockt von findigen Subunternehmen der staatlichen Firma „Lesy CR", die das Monopol über die nationalen Wälder hat. Diese heuert arbeitslose Ausländer zu Forstarbeiten an, aber den versprochenen Lohn und die Verpflegung sehen sie nie. Zehn Firmen haben 81 Prozent der öffentlichen Aufträge von „Lesy CR". Das Holz wird ins Ausland verkauft, die Aufforstungsarbeiten windigen Firmen wie „Affumicata" überlassen.

Schuften für einen Sack Reis

Durch die Wirtschaftskrise haben viele ausländische Arbeitskräfte in tschechischen Fabriken ihre Stelle verloren. In Prag werden ihnen von den Werbern der „Affumicata" Löhne zwischen 800 und 1300 Euro pro Monat versprochen, plus Unterkunft und Verpflegung. Dem Vietnamesen Tuan widerfuhr nach Vertragsunterzeichnung Folgendes: Mit weiteren achtzig Landsleuten und vierzig Rumänen wurde er nach Nordböhmen gebracht, um am Fuße des Erzgebirges Bäumlinge zu pflanzen. „In den ersten Wochen bekam jeder noch 20 Euro, zwei Hühner und einen Sack Reis", berichtet Tuan. Einen Monat lang schufteten sie im Wald bei jedem Wetter und einer Sieben-Tage-Woche. Von dem versprochenen Lohn sahen die Arbeiter keinen Cent mehr. Als der Reis ausging, flüchtete Tuan und ließ sich den Vertrag übersetzen: Ihm war ein Ausbildungsvertrag untergejubelt worden, laut dem er fürs Bäumepflanzen noch 20 Euro monatlich an die „Affumicata" zahlen müsse.

Rechtsanwalt Matouš Jira hat sich der Baumpflanzer angenommen: „Was da in den tschechischen Wäldern passiert, ist der größte dokumentierte Fall von Menschenhandel innerhalb der EU." Das Landwirtschaftsministerium weist jede Verantwortung von sich, die Staatsanwaltschaft zeigt kein Interesse an einer Untersuchung des Falles. Erst nach dem Gang durch alle Instanzen kann Jira vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg klagen.

„Sudetenpost"/PAZ

Demokratie in Gefahr

Von THEO MAASS

Sorgenvoll schaue ich morgens aus dem Fenster. Keine Angst, Freunde, mir fällt schon kein Ziegelstein auf den Kopf – nein, mich treibt die Sorge um. Die Sorge um unsere Demokratie.

Erst gestern konnte ich in der linken „taz“ und im „Tagesspiegel“ lesen, dass in Berlin-Treptow die Eröffnung eines „rechten“ Kleiderladens drohe. Fast pausenlos werden die Bürger auf rechte, rechtsradikale und rechtsextreme Gefahren aufmerksam gemacht. Sogar in skurrilen Zahlenkombinationen mit der Acht auf Autokennzeichen erblicken die „Demokratieschützer“ Gefahren.

Wie war das eigentlich in den 60er- oder 70er-Jahren, als die Deutschen nicht auf derartigen Warnungen geschult waren? Nicht auszudenken. Später, so um das Jahr 2000, hielt während des von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstandes der Anständigen“ eine Kneipe in Neumünster – der „Klub 88“ – das halbe Land in Atem. Beschlüsse von Kommunalparlamenten wurden gefasst, Resolutionen verabschiedet, die evangelische Kirche schimpfte, Lichterketten wurden organisiert – alles um unsere Demokratie zu verteidigen und mitzuhelfen, den Nazischuppen dichtzumachen. Passiert ist indessen nix. Der Laden existiert immer noch. Was nicht mehr existiert, ist die aufgeregte Berichterstattung über die Kneipe. Jetzt bin ich konsterniert. Unsere Demokratie gibt es noch, den „Klub 88“ auch. Geht das eine mit dem anderen überhaupt zusammen? Und wenn ja, dann stellt der Laden offenbar keine direkte Bedrohung dar oder sie „hält ihn aus“. So oder ähnlich wird es wohl auch mit dem Kleiderladen in Berlin-Treptow sein.

In meiner Verwandtschaft gibt es einen Menschen, der bei der Berliner Feuerwehr beschäftigt ist. Der erzählte mir unlängst davon, dass es „nette“ Leute gibt, die immer wieder die Feuerwehr „zum Spaß“ alarmieren. Das nennt man dann „blinden Alarm“. Schließlich lässt die Aufmerksamkeit der Feuerwehrleute nach, wenn der bestimmte Spaßvogel anruft. Was aber wird sein, wenn es bei dem nun wirklich einmal brennt?

Auf Berlin und Deutschland bezogen stellt sich die Frage, was passiert eigentlich, wenn unsere Demokratie einmal tatsächlich real bedroht ist? Werden dann auch wieder die Gutmenschen aus den Villenvororten mit ihren Geländewagen anrauschen, zur Kerze greifen, eine Lichterkette bilden und hoffen, dass der „böse Geist“ vorübergeht?

Was, wenn ein neuer 13. August 1961 oder 17. Juni 1953 kommt? Wird dann wieder der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mitglieder für die Verteidigung von Staat und Demokratie mobilisieren? Oder wird es so sein, dass nach der Vielzahl von Fehlalarmen die Bürger abgestumpft sind?

Ideologie trifft Wirklichkeit

Rot-rote Energiewende in Brandenburg: Mangelnde Bürgerakzeptanz, technische Probleme



Finden auch bei grünen Wählern wenig Anklang: Windräder in Siedlungsnähe verderben das ländliche Ambiente und stören durch Lärmbelästigung.

Bild: mauritius

Brandenburgs Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei sieht den Ausbau alternativer Energie in Gefahr. Laut einem internen Bericht zu ihrer jetzt überarbeiteten Energiestrategie erfährt der bisherige massive Ausbau erneuerbarer Energie in der Mark kaum Rückhalt in der Bevölkerung. Zudem ist von „mangelnder Energieeffizienz“ die Rede. Die Energiewende kommt nicht voran.

Die beschauliche Kreisstadt Bad Belzig im Naturpark Hoher Fläming hat für ihre rund 11000 Einwohner jetzt klimafreundliche Energie ohne Großversorger und fossile Brennstoffe beschlossen. Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept, wie diese Wende umsetzbar sein soll. Bereits 17 Prozent des Verbrauchs werden aus einem Blockheizkraftwerk und aus Photovoltaik-Anlagen gespeist. Dass noch mehr erneuerbare Energie möglich, ja nötig ist, glaubt auch Brandenburgs Landesregierung.

Laut Wirtschaftsminister Ralf Christophers (Linkspartei) sind im Rahmen der erneuerbaren Energien bereits 12000 Arbeitsplätze in der Mark entstanden – das sei ein Zukunftssektor. Nun jedoch vergällen ernüchternde Erkenntnisse die energiepolitischen Visionen der Landesregierung. Ein Bericht zur überarbeiteten Energiestrategie zählt gleich fünf Probleme auf: Neben einem zu langsamen Netzausbau ist vor allem von „mangelnder Akzeptanz der Betroffenen vor Ort“ für die neuen Energien in dem 110 Seiten starken Papier die Rede.

Ständige Bürgerproteste gegen Solaranlagen und Biogaserzeugung verunsichern Rot-Rot. Bürgerinitiativen wehren sich gegen „vermaiste Landschaften“, in denen keine Fruchtfolge mehr erkennbar sei. Rund 300 weitere Biogasanlagen haben in Brandenburg noch Platz, schätzen Experten. Die im Papier beschriebenen fehlenden Speicherkapazitäten, zu geringen Flächen („Nutzungskonkurrenzen“) und die „mangelnde Energieeffizienz“ stellen dagegen deutliche Hindernisse dar. Das „langfristig wenig planbare Förderumfeld“ für Solar und Biomasse schränkt verlässliches Planen zusätzlich ein.

> Bürger protestieren gegen »vermaiste« Landschaften

Dazu kommt: Alternativ-Energien sichern bekanntlich keine Grundversorgung. Diese Erkenntnis spiegelt das Papier auch im neuen „Zielviereck“, das die künftigen Schwerpunkte der Energiepolitik beschreibt. Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz sind darin gleichberechtigt.

Die rot-rote Regierung muss dies mit weniger Mitteln als bisher umsetzen, das zeigt ihr aktueller Sparhaushalt. Der sieht massive Einschnitte in allen Ressorts vor. Selbst bisher zum Schwerpunkt erklärte Bereiche wie die Wirtschaftsförderung erhalten weniger Geld.

Städte wie Bad Belzig setzen dessen ungeachtet unverdrossen auf die Förderbereitschaft des Landes. Das sieht seine bisherige Energiepolitik nun in Gefahr. „Weitgehend gering“ ist nach dem Papier aus Christophers Behörde die Akzeptanz unterirdischer Kohlendioxydspeicher (CO_2-Speicher) bei den Bürgern. Das Land setzt wie kaum ein anderes auf diese CSS-Technologie (Carbon Capture and Storage, deutsch: CO_2-Erfassung und Speicherung). Nur Brandenburg betreibt eine Pilotanlage. Rot-Rot hofft auf die unterirdischen Speicher, denn erst sie erlauben angeblich eine „klimafreundliche“ Nutzung der Braunkohle. Die Regierung bezeichnet das überarbeitete Papier weiter als „Eckpfeiler“ der märkischen Energiepolitik.

Tatsächlich bleibt der Anteil der Braunkohle am gesamten CO_2-Ausstoß des Landes unverändert bei über 60 Prozent. Das sei kein Signal einer Abkehr von fossilen Brennstoffen, kritisieren Umweltschützer. Die Bundesregierung will die CSS-Technologie ohnehin entgegen Brandenburgs Wünschen nur mit einem Vetorecht für jedes Bundesland erlauben. „Nicht akzeptabel“, sagt Christophers. Schleswig-Holstein und Niedersachsen lehnen das Verfahren wegen angeblicher Risiken ohnehin ab. Ende Mai scheiterte Brandenburgs Sicht zur CO_2-Speicherung auch im Bundesrat. Doch benötigt das energiepolitisch derart isolierte Land das Verfahren, um Braunkohle weiter verstromen und mit der Einhaltung der eigenen ehrgeizigen Klimaziele bis 2030 verbinden zu können. Zudem versteht sich die Linkspartei inzwischen in weiten Teilen als Gegner der Kohle, ist jedoch in der Frage dieser „Brückentechnologie“, so der Parteijargon, gespalten. Sollte unter Christophers das Ende der Kohle mit dem Scheitern von CSS besiegelt sein, droht der Koalition also eine Zerreißprobe. Der Handlungsspielraum schwindet, denn Christophers sagt Nein zu einem Alleingang bei der CO_2-Speicherung.

Auch sonst weist das Regierungspapier mehr neue Probleme als Lösungen auf. Die Frage nach der Grundversorgung bleibt offen, ebenso, welche Folgen die Energiewende der Bundespolitik für Brandenburg hat. „Unzureichende Netzkapazitäten“, wie das Papier sie beschreibt, sind der Kern künftiger Verteilungs- und Versorgungsprobleme. Vor allem aber die Ängste vor ähnlichen Protesten wie um „Stuttgart 21“ beschäftigen nicht nur die jüngste „Handlungskonferenz Windenergie/Bioenergie“, auf welcher Brandenburgs Forscher über aktuelle Trends sprechen, sie verunsichern auch die Landesregierung. Deren „Energiestrategie 2030“ soll Ende des Jahres stehen, sagt Christophers. Er muss darin beweisen, was auf den Internet-Seiten seines Ministeriums steht: „Brandenburg ist nicht mehr Energielabor, sondern Energieland.“ *SV*

Stadt der Volksbegehren

In Berlin wollen die Bürger immer mehr Fragen selbst entscheiden

Berlin wird zur Hauptstadt der Volksbegehren. Während die Initiativen für eine bessere Ausstattung von Schulen und Kindergärten oder für die Erhaltung des Flughafens Tempelhof als Kulturerbe schon unmittelbar vor der zweiten Stufe stehen, ist nun ein weiteres Begehren in Vorbereitung.

Vergangenes Wochenende begann die Sammlung von Unterschriften, um die Offenlegung des Verkehrsvertrages zwischen der S-Bahn und dem Land Berlin zu erzwingen. Der Vertrag gilt bis 2017. Die Initiatoren wollen verhindern, dass die S-Bahn danach in private Hände geht: „Wir wollen, dass keine Ausschreibung stattfindet oder dass sich zumindest keine privaten Unternehmen daran beteiligen.“

Die Initiative „Volksbegehren Grundschule“ hat längere Zeit mit dem Senat verhandelt. Vor wenigen Tagen scheiterten die Gespräche. Der Sprecher der Initiative, Burkhard Entrup, vermutet, dass die letzte Unterredung mit SPD und Linken lediglich dem anbrechenden Wahlkampf dienen sollte. Nun werden eben die für die zweite Stufe notwendigen 172000 Unterschriften gesammelt.

> Drei Initiativen sind gleichzeitig auf dem Weg

Das letzte der drei Volksbegehren ist besonders pikant. Die Volksabstimmung über die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof war das erste Volksbegehren überhaupt in Berlin. Zwar votierten damals von 881035 Abstimmungsteilnehmern 529880 oder 60,1 Prozent für den Erhalt. Da aber das erforderliche Quorum von mehr als einem Viertel der Stimmberechtigten mit 21,7 Prozent knapp verfehlt wurde, war das Votum für die Politik nicht bindend. Das Aktionsbündnis „be-4-tempelhof“ hat aber bereits 2009 auf kommunaler Ebene im Bezirk Schöneberg-Tempelhof einen erfolgreichen Bürgerentscheid durchgesetzt. Zugleich hatte das Aktionsbündnis ein gleichlautendes Volksbegehren auf Landesebene vorbereitet.

Entgegen dem Bürgervotum wurde im Mai 2010 das Flugfeld in Tempelhof für die Berliner Öffentlichkeit als Park geöffnet und der dazu notwendige Abbau von flugtechnischen Anlagen vorgenommen. Das Votum der Bürger wird vom Senat von Berlin bisher nicht umgesetzt. Dagegen will Rechtsanwalt Dietrich Rudorff, Mitglied des Aktionsbündnisses, auch klagen: „Zur Abstimmung steht unter anderen der Punkt, dass der Flughafen Tempelhof in seiner Gesamtheit authentisch zu erhalten und eine Bebauung unzulässig ist.“ Dem Senat droht eine Blamage. *Hans Lody*

Polizei wehrlos?

Grüne gegen Einsatz von Pfefferspray

Der Rechtsexperte der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Behrendt, protestiert gegen den Einsatz von Pfefferspray durch Beamte gegen gewalttätige Demonstranten. Der Einsatz habe einen „unverhältnismäßig und wahllos wirkenden“ Eindruck gemacht. Er kritisierte zudem unangekündigte Soforteinsätze. „Das Gesetz sieht eine Androhung vor dem Gebrauch vor, in der Praxis wird das offenbar nicht umgesetzt.“ Am 1. Mai kommt es in Berlin immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen linksextremer Aktivisten. An manchen Plätzen musste die Polizei im Angesicht der Aggressivität sogar das Feld räumen.

Die Grünen-Fraktion stellte zum Einsatz vom Pfefferspray eine Parlamentsanfrage an den Senat. Aus dessen Antwort geht hervor, dass am jüngsten 1. Mai 287 Polizisten mit dem Spray ausgerüstet waren. Dieses kam 21-mal zum Einsatz, allerdings nur sechsmal nach einer Vorwarnung. In den anderen Fällen sei der unangekündigte Einsatz notwendig gewesen, um „Angriffe gegen die eingesetzten Beamten abzuwehren und Festnahmen von Straftätern zu ermöglichen“. Behrendt fordert nun, bei Demonstrationen auf den Einsatz von Pfefferspray weitestgehend zu verzichten. Der CDU-Innenrechtsexperte Robbin Juhnke entgegnete, es sei „lebensfremd“, in einer Situation wie dem 1. Mai darauf zu bestehen, das Spray nur nach Vorwarnung einzusetzen.

Behrendts Vorstoß kontrastiert mit dem Ansinnen der Grünen, sich als bürgerliche Partei zu präsentieren, die kein „Sicherheitsrisiko“ mehr darstelle. Allerdings hatten die Berliner Grünen bereits den rot-roten Senat dabei unterstützt, die Polizisten zum Tragen von Namensschildern zu zwingen, was diese aus Furcht vor Racheakten an ihnen und ihren Familien abgelehnt hatten. *T.M.*

S-Bahn macht Riesenverlust

Die Berliner S-Bahn hat ihrem Mutterkonzern, der Deutschen Bahn, erneut einen massiven Verlust beschert. Nach einem Minus von 92,9 Millionen Euro 2009 stieg das Minus 2010 auf 222 Millionen. Die Berliner Tochtergesellschaft hat letztmalig 2008 Gewinn gemacht. Die im Jahr 2010 entstandenen Verluste sind im Wesentlichen Folgekosten, die durch Wartungsmängel am Waggonpark des Unternehmens entstanden sind. Als Entschädigung für den eingeschränkten Betrieb, der durch den Ausfall von Zügen entstanden ist, hatte das Unternehmen ein „Entschuldigungspaket“ für seine Kunden auf den Weg gebracht. Diese Freifahrten für die Fahrgäste haben Kosten von 113,5 Millionen Euro verursacht – 128,6 Millionen Euro mussten erneut in die Instandhaltung der Züge gesteckt werden. Da die vertraglich vereinbarten Leistungen nicht erbracht worden sind, hat auch der Berliner Senat seinen Zuschuss um mehr als 60 Millionen Euro gekürzt. *N.H.*

Vom Tausch zur Inflation

Die erste Form des Handels war der Tauschhandel. Wenn sich mehr als zwei Parteien an diesem Tauschhandel beteiligen, wird es kompliziert und es bietet sich der Gebrauch eines Zwischentauschmittels an. Dieses „Geld“ genannte Zwischentauschmittel unterscheidet sich von anderen Tauschmitteln dadurch, dass es nicht unmittelbar den Bedarf eines Tauschpartners befriedigt, sondern auf Grund allgemeiner Akzeptanz zu weiterem Tausch eingesetzt wird.

Als Zwischentauschmittel bürgerten sich insbesondere Edelmetalle ein. Sie erfreuten sich einer stetigen Beliebtheit, waren pflegeleicht, verdarben nicht mit der Zeit und ließen sich teilen, ohne dadurch an Wert zu verlieren. In der Gewichtsgeldwirtschaft ergab sich der Wert einer Ware durch die Angabe der Menge eines Edelmetalls, die man dafür im Tausch bekam.

Da es mit Aufwand verbunden war, Edelmetalle zu teilen, und man nicht immer mit einer Waage herumlaufen wollte, setzte sich die Kurantmünze durch. Hierbei handelte es sich um handliche Edelmetallstücke in Münzform, deren Gewicht man nicht mehr wiegen musste, sondern dem Aufdruck entnehmen konnte.

Da bei größeren Geschäften eine größere Anzahl von Kurantmünzen vonnöten war und diese ein nicht unerhebliches Gewicht auf die Waage brachten, setzte sich Papiergeld durch. Sowohl private als auch staatliche Banken nahmen Münzen gegen Quittung in Verwahrung. Diese Quittungen waren handlicher als die Münzen, dienten jedoch wie diese als Zahlungsmittel. Diese Quittungen hießen „Banknoten“ und die Banken, welche die Banknoten ausstellten, „Notenbanken“.

Die Einführung von Banknoten führte noch nicht zur Inflation, so lange die sie ausgebende Stelle der Deckungspflicht unterlag, sprich gezwungen war, die ausgegebenen Quittungen auf Wunsch ihres Besitzers einzulösen. Allerdings erlagen Staaten immer wieder der Versuchung, gerade in Kriegs- und Krisenzeiten viel mehr Banknoten drucken zu lassen, als Sicherheiten in den Tresoren lagen, und die Noteneinlösungspflicht einfach aufzuheben. Bis zur Inflation war es dann nicht mehr weit. *M. R.*

Inflation schleicht sich an

Warum schon mittelfristig eine Währungsreform droht

Nach volkswirtschaftlicher Theorie kommt es – mit Zeitverzögerung – zur Inflation, wenn die Geldmenge sich stärker erhöht als die Gütermenge, wenn also vermehrtes Geld auf eine verminderte Gütermenge trifft. Dies erhöht die Preise und ein steigendes Preisniveau nennt man Inflation. Die Deutsche Bundesbank war der Geldstabilität verpflichtet. Sie durfte nur so viel Geld neu schaffen, wie auch die Gütermenge wuchs. Solche Hemmungen aber hat die Europäische Zentralbank (EZB) nicht. Entgegen ihrer Satzung hat sie die Geldmenge durch Kredite und Kreditkauf von schwachen Ländern vermehrt.

Schon länger sind Preissteigerungen bei Lebensmitteln und den Bedarfsgütern festzustellen. In den letzten Monaten ist die Inflationsrate in Deutschland von 1,8 Prozent auf 2,2 Prozent angestiegen. Die Rohstoffpreise haben sich im letzten Jahr um durchschnittlich 9,4 Prozent erhöht. Nach Berechnungen des Weltwirtschaftsinstitutes legten die Rohstoffpreise im Laufe des Jahres 2010 sogar um 31 Prozent zu.

Man kann also davon ausgehen, dass die maßlos aufgeblähte Geldmenge nicht nur in faule Finanzprodukte und faule Staatskredite fließt, sondern preiswirksam wird. Es fängt mit den Rohstoffen an, geht mit den aus den verteuerten Rohstoffen hergestellten teureren Produkten weiter und führt zwangsläufig auch zu Lohnsteigerungen, die wiederum weitere Preissteigerungen hervorrufen.

Boom der letzten Jahre war Scheinblüte durch Geldflutung

Parallel dazu werden auch die Zinsen und somit die Kapitalkosten steigen, weil der Zins üblicherweise etwa drei Prozent über der Inflationsrate liegt, also steigende Inflationsraten auch steigende Zinsen nach sich ziehen. Mit steigenden Zinsen werden wiederum die Kredite teurer, sowohl für den privaten wie auch für den öffentlichen Sektor. Die Folge ist ein zusätzlicher Kostenschub. Merken die Menschen, dass die Inflation an Fahrt gewinnt, werden sie aus den Geldin die Sachwerte flüchten und so nicht nur die Sachwertpreise, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen, was zusätzliche Inflationswirkungen verursacht.

Die Geldmenge ist nicht moderat über die Gütermenge erhöht worden, sondern geradezu explodiert, um die faulen Finanzprodukte und faulen öffentlichen Kredite nicht platzen zu lassen. Man hat also, mit anderen Worten, die Finanzkrise mit Geldflutung vorübergehend aufzufangen versucht. Diese Flut wäre zurückgegangen, wenn man die verzockten Banken und die überschuldeten Länder hätte bankrott gehen lassen. Da man dies nicht will, bleibt die überhöhte Geldmenge erhalten, wird sie nicht durch Deflation korrigiert. Der Boom von 2010/2011 war also eine Scheinblüte durch Geldflutung.

Wir müssen uns nun auf eine steigende Inflation einstellen, die allerdings nicht lange anhalten wird. Sobald nämlich die Zinsen marktgerecht steigen, werden die überschuldeten Länder – allen voran die USA – illiquide und können auch durch Schutzschirme oder eine Transferunion nicht mehr gehalten werden. Ein Prozent Inflation würde allein die Bundesschulden um 17 Milliarden Euro erhöhen.

Die Politik kann also die Inflation nicht dulden, ohne schon bald den Staatsbankrott zu riskieren. Wir werden demnach nur eine kurze Inflationsphase erwarten können, bis die Generalkorrektur einer Währungsreform die überhöhten Schulden vernichtet und wieder ein neues Verhältnis von Geld- zu Güterwerten schafft. Dies könnte schon mittelfristig eintreten. *Eberhard Hamer*



Wenn die Geldmenge sich stärker erhöht als die Gütermenge: Inflationsgeld mit astronomisch hohen Beträgen Bild: mauritius

Wie Weimar die Inflation missbrauchte

Wenn die D-Mark so stark war, dann spiegelte das nicht nur die (west-)deutsche Wirtschaftskraft wider, sondern auch die außerordentliche Furcht der Deutschen vor Inflation. Ins kollektive Gedächtnis der Nation haben sich gleich zwei Hyperinflationen eingebrannt, welche das Volk um seine Ersparnisse gebracht haben. Die erste führte 1923, die andere 1948 zur Währungsreform.

Eher mit der Gegenwart vergleichbar ist jene von 1923, weil Deutschland auch damals eine parlamentarische Demokratie war. Auch damals hatte der Staat große Schulden angesammelt. Das Reich entledigte sich der Schulden bei den eigenen Bürgern, indem es die Notenpresse anwarf. Begonnen hatte die Inflation bereits in der Kaiserzeit. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges hob die Regierung die gesetzliche Noteneinlösungspflicht der Reichsbank in Metallgeld beziehungsweise Gold auf. Nach dem Krieg steigerte sich die Inflation dann zur Hyperinflation. Hatte die Mark im Januar 1920 immerhin noch ein Zehntel des Wertes der Vorkriegsmark, so hatte sie im Oktober 1921 nur noch ein Hundertstel und im Oktober 1922 gar nur noch ein Tausendstel, schließlich noch ein Billionstel.

Staat sanierte sich auf Kosten des Volks

Im November 1923 wurde der Hyperinflation mit der Einführung der Rentenmark ein Ende bereitet. Gestützt wurde die neue Währung durch die sechs Prozent, die jeder Grundeigentümer von seinem Besitz an den Staat übertragen musste. Da der Immobilienbestand bisher noch in keinem bundesweiten Register erfasst ist, böte somit die Vorbereitung eines Renteneuros oder einer neuen Rentenmark ein Motiv für die aktuelle Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2011. *M. R.*

Niemals geht man so ganz...

Dank des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen an Wilhelm von Gottberg

Mit dieser Ausgabe hat sich Wilhelm von Gottberg, bis November 2010 Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, als kommissarischer Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* von Ihnen als Leser unserer Zeitung verabschiedet. Ich möchte dies zum Anlass nehmen, Wilhelm von Gottberg an dieser Stelle für seinen Einsatz für die Landsmannschaft Ostpreußen, die *Preußische Allgemeine Zeitung* und Ostpreußen als Ganzes sowohl namens der Landsmannschaft als auch ganz persönlich Dank zu sagen.

Wilhelm von Gottberg hatte 1992 in einer schwierigen Zeit das Amt des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen übernommen. Die Situation der Landsmannschaft war geprägt von der Erlangung der Deutschen Einheit und den damit einhergehenden Umbrüchen. Schon fast vergessen sind die turbulenten Zeiten, die dem Zusammenbruch der kommunistischen Unrechtsherrschaft in Osteuropa folgten, beispielsweise die letzte große Aussiedlungswelle aus dem bisherigen Ostdeutschland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die inhaltliche Arbeit der Landsmannschaften war von den Ergebnissen des „2+4“-Vertrages und des Grenzbestätigungsvertrages mit Polen geprägt. Galt bis 1990 der eherne Grundsatz, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbestand (dieser verfassungsrechtliche Grundsatz war zweimal vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt worden), hatte sich die Lage quasi über Nacht mit der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ins Gegenteil gedreht. Diese Entwicklung war mit einem Liebesentzug der staatlichen Stellen und Fördertöpfe für inhaltlich standhafte Landsmannschaften, also mit dem Wegfall aller staatlichen Förderung verbunden.

In dieser Situation übernahm Wilhelm von Gottberg die Führung der Landsmannschaft Ostpreußen, zunächst zwei Jahre als stellvertretender Sprecher, dann ab 1992 als Sprecher. Es gab sogleich Handlungsbedarf in fast allen Tätigkeitsfeldern. In den neuen Bundesländern, in denen sich die landsmannschaftliche Struktur erst im Aufbau befand, waren neue Kreis- und Landesgruppen zu gründen, wobei sich die Landsmannschaft Ostpreußen teilweise überraschend und auch strukturwidrig in Konkurrenz statt in Partnerschaft zum BdV wiederfand. Großes Interesse galt der Abfindungsregelung für Vertriebene, nach der alle Vertriebenen aus Mitteldeutschland pauschal einen Betrag von 4000 D-Mark erhalten sollten und schlussendlich auch erhielten.

Nachdem das über vier Jahrzehnte völlig ausgeschlossen war, wurde die grenzüberschreitende Arbeit, also die Gelegenheit, wieder in der Heimatprovinz tätig sein zu können, ebenso plötzlich nicht nur möglich, sondern zu einem prägenden Teil der landsmannschaftlichen Arbeit, vor allem im Bereich der Kreisgemeinschaften. Der viel zu große und doch unbewegliche Apparat der Landsmannschaft Ostpreußen glich einer Behörde und war an die fortlaufende Alimentierung staatlicher Stellen gewohnt, musste nun aber an die Anforderungen der neuen Zeit angepasst werden.



Wilhelm von Gottberg gelang es schnell, das „Schiff Landsmannschaft“ wieder in ruhiges Fahrwasser und auf Kurs zu bekommen. Die Gründung der mitteldeutschen Landesgruppen ist im Wesentlichen sein Verdienst. Unter seiner Führung wurde die Förderung der heimatverbliebenen Deutschen Volksgruppe angegangen und Hilfestellung bei der Gründung Deutscher Vereine geleistet. Auch an Entstehung und Bedeutung der EUFV, deren Generalversammlung Wilhelm von Gottberg nach wie vor als Präsident vorsitzt, hat er wichtigen Anteil.

Wilhelm von Gottberg begann mit großer Übersicht, Strukturen und Finanzen der Landsmannschaft neu zu ordnen und auf ein sicheres Fundament zu stellen. Prägend ist sein Anteil an der Gründung der Ostpreußischen Kulturstiftung, deren Stiftungsrat er bis heute vorsitzt. Auch die Gründung der Stiftung Zukunft für Ostpreußen geht auf den Anstoß von Wilhelm von Gottberg zurück. Wilhelm von Gottberg hat die Landsmannschaft Ostpreußen wirtschaftlich und strukturell unabhängig gemacht sowie eine leistungsfähige und solide Organisation hinterlassen und seinen Nachfolgern damit die Möglichkeit eröffnet, unabhängig und selbstbestimmt politisch gestalten zu können. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal unter den ostdeutschen Landsmannschaften!

Einen großen Politiker zeichnet aus, dass er beizeiten sein Haus bestellt. Wilhelm von Gottberg hat seine Nachfolge zielstrebig und beharrlich vorbereitet und dabei nicht immer Rücksicht auf die Lebensplanung der Betroffenen genommen, wohl aber auf das Wohl der Landsmannschaft Ostpreußen. Als sich am Ende seiner Amtszeit durch die völlig überraschende Elternzeit des Chefredakteurs eine Lücke in der Führungsstruktur von *Preußischer Allgemeiner Zeitung* und Landsmannschaft auftat, die die Landsmannschaft vor sichtbare Probleme stellte, erklärte sich Wilhelm von Gottberg ohne Zögern bereit, den Chefredakteur für die Dauer der fünf Monate währenden Elternzeit zu vertreten. Nachdem er 20 Jahre lang die mit dem Sprecheramt untrennbare Aufgabe des Herausgebers ausgeübt hatte, gelang es ihm, die Arbeit von Redaktion und Verlag bruchlos fortzuführen. In den kurzen fünf Monaten seiner Tätigkeit als kommissarischer Chefredakteur hat er spürbar gestaltet und insbesondere das in den letzten Jahren etwas abgestumpfte konservative Profil geschärft. Die Reaktion der Leser zeigt, dass das ankommt und unserer Zeitung guttut. Nachdem Konrad Badenheuer am Ende der Elternzeit endgültig ausschied und der Bundesvorstand Dr. Jan Heitmann als neuen Redaktionsleiter bestellt hat, hat Wilhelm von Gottberg mit dieser Ausgabe seinen Auftrag erfüllt. Ich freue mich sehr darüber, dass Wilhelm von Gottberg auch in Zukunft unserer Zeitung erhalten bleibt und eine feste Kolumne im 14-tägigen Rhythmus übernimmt. Wir dürfen also weiter spannende Beiträge zu interessanten Themen aus der Feder von Wilhelm von Gottberg erwarten.

Stephan Grigat
Sprecher der LO

Erfolglose Pädagogen

Allensbach-Studie belegt: Lehrer haben kaum erzieherischen Einfluss auf ihre Schüler

Schüler zu sein ist nicht immer leicht – aber Lehrer haben es auch nicht gerade einfach: Eine neue Studie zeigt, dass die deutschen Lehrkräfte ihren Einfluss auf die Schüler als äußerst gering einschätzen und ein nicht gerade positives Bild von ihren Schützlingen haben.

Das Institut für Demoskopie Allensbach veröffentlichte kürzlich die Untersuchung mit dem gehaltvollen Titel „Herausforderungen und Realität der Schulen aus Sicht von Eltern und Lehrern". Hierbei sollte im Rahmen des deutschen Lehrerpreises der Vodafone-Stiftung möglichst viel über die Einschätzungen von Lehrern und Eltern herausgefunden werden. „Seit drei Jahren führen wir Befragungen in der Bevölkerung durch, wobei uns speziell die Sicht der Eltern von Schulkindern interessiert", erklärt Projektleiter Werner Süßlin im Gespräch mit der *PAZ*. „In diesem Jahr befragten wir zum ersten Mal ergänzend auch die Lehrer, sodass ein vollkommenes Bild entsteht."

Einig sind sich Eltern und Lehrer beispielsweise darüber, was Schulen unbedingt vermitteln sollten: Grammatik und Rechtschreibung, gute Allgemeinbildung, Konzentrationsfähigkeit, Selbstbewusstsein entwickeln, Hilfsbereitschaft, Leistungsbereitschaft sowie Höflichkeit und Manieren. „In der öffentlichen Diskussion hat man häufig den Eindruck, Eltern und Lehrer haben unterschiedliche Ansichten, deswegen war dieses ähnliche Ergebnis für uns ziemlich erstaunlich", sagt Süßlin. Große Defizite gibt es jedoch bei der Umsetzung, denn während die Wissensvermittlung in der Schule von den Eltern als

> Wissensvermittlung in der Schule jedoch als sehr gut bewertet

sehr gut bewertet wird, bekommen die Lehrer im Bereich Erziehungsauftrag nicht wirklich brauchbare Noten: „Zwei Drittel aller Eltern sagt zum Beispiel, Schule sollte zur Entwicklung des Selbstbewusstseins beitragen, aber nur 33 Prozent haben den Eindruck, dies geschieht tatsächlich."

Fest steht allerdings auch, dass 60 Prozent der deutschen Bevölkerung davon überzeugt sind, dass Lehrer viele Erziehungsfehler von Eltern ausbügeln müssten. Die glauben paradoxerweise jedoch gar nicht daran, dass sie einen besonders großen Einfluss auf ihre Schüler haben. Die Pauker sehen sich diesbezüglich an allerletzter Stelle (acht Prozent) hinter den Medien (69 Prozent), dem Freundeskreis (68 Prozent), den Eltern (31 Prozent), den Klassenkameraden (29 Prozent) und der Schule (elf Prozent). Trotz dieses deutlichen Ergebnisses stuft Studienleiter Süßlin diese Einschätzung als nicht sehr dramatisch ein. „Lehrer haben auf die Kinder keinen individuellen Einfluss, sondern lediglich im Klassenverband und zu einem geringen Teil der Tageszeit, das relativiert einiges", sagt er und sieht eine Möglichkeit zur Vergrößerung dieses Einflusses in Ganztagesschulen.

Dass die Lehrer aller Schularten jedoch unbedingt viel mehr Zeit mit ihren Schützlingen verbringen wollen, ist fraglich. Die von ihnen am häufigsten genannten Eigenschaften von Schülern geben schließlich nicht gerade ein gutes Bild ab: Sie seien von den

> Auch die Schüler und Eltern bekommen ihr Fett weg

Medien geprägt, sagen 90 Prozent der Lehrer, hätten Konzentrationsprobleme (75 Prozent), wären materialistisch eingestellt (71 Prozent), computerbegeistert (69 Prozent) und selbstbezogen (59 Prozent) sind einige der wenig schmeichelhaften Beurteilungen. „Allerdings haben wir auf der Basis von Lehrern an weiterführenden Schulen einen Trendvergleich zur Einschätzung von vor zehn Jahren, die zeigt, dass das keine Spezifika der heutigen Schülergeneration sind. All dies haben die Lehrer bereits vor zehn Jahren über ihre damaligen Schüler gesagt", weiß Experte Süßlin.

Und auch die Eltern bekommen ihr Fett weg: Jeweils 78 Prozent aller Lehrer denken, dass die Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind und sie zu wenig darauf achten, wie ihre Kinder die Freizeit verbringen. Außerdem haben Eltern laut der Meinung der Erzieher zu wenig Zeit für ihre Kinder (72 Prozent), können nicht mit Kritik an ihren Kindern umgehen (57 Prozent), packen ihre Kinder zu sehr in Watte und verwöhnen sie zu sehr (53 Prozent) und können ihren Kindern nicht bei den Hausaufgaben helfen (51 Prozent).

Bezüglich ihrer eigenen Arbeit üben Lehrer Kritik an der Ausstattung und Organisation des Schulalltags sowie bei den Lehrmaterialien. „Aber der größte Reformbedarf besteht aus Sicht der Lehrer bei den individuellen und gezielten Fördermöglichkeiten der Schüler hinsichtlich ihrer Begabungen. Nur 24 Prozent der Lehrer sehen dies an ihren Schulen realisiert", sagt Süßlin. Und Lehrer an rheinland-pfälzischen Schulen fühlen sich von nicht einmal von guten Rahmenbedingungen im eigenen Bundesland unterstützt. Diesbezüglich befragt, landete Rheinland-Pfalz auf einem enttäuschenden 9. Platz mit mickerigen sechs Prozent, wohingegen die Länder Bayern (49 Prozent) und Baden-Württemberg (37 Prozent) ihre Lehrer wesentlich besser zufrieden stellen. *Anne Kirchberg*



Alltag im Klassenzimmer: Erzieherischer Einfluss der Medien ist meist stärker als der von Lehrern — Bild: mauritius

MELDUNGEN

Kirchhof: 25 Prozent für alle

Heidelberg – Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Regierungspläne zur Steuerentlastung hat der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht, Paul Kirchhof, abermals eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts gefordert. Sämtliche Einkommen sollten zukünftig einheitlich mit einem Satz von 25 Prozent besteuert werden. 534 Privilegien wie die Pendlerpauschale oder die Steuerfreiheit von Nachtzuschlägen fielen in Kirchhofs Entwurf eines „Bundessteuergesetzbuches" weg. Nach den durchgerechneten Vorschlägen des Steuerjuristen wäre die Reform für den Staat aufkommensneutral. Der prominente Professor für Staatsrecht an der Universität Heidelberg gehörte 2005 zum Schattenkabinett der damaligen Kanzlerkandidatin Angela Merkel. *CR*



Kritik an Papst-Boykottaufruf

Berlin – Der Boykottaufruf eines SPD-Bundestagsabgeordneten gegen die Papstrede im Parlament stößt nicht nur bei der Union, sondern auch innerparteilich auf Widerstand. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel wies den Aufruf des Sprechers der Gruppierung „Laizisten in der SPD", Rolf Schwanitz, zurück und sagte, er freue sich „auf die Auseinandersetzung" mit den Überzeugungen des Papstes. Benedikt XVI. wird im Rahmen seines Deutschlandbesuchs am 22. September als erster Papst überhaupt vor dem Bundestag sprechen. Am Wochenende hatte sich bereits die Führung der SPD-Bundestagsfraktion von den Äußerungen Schwanitz' distanziert. Der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU), kritisierte den Vorstoß aus der SPD scharf: „Es ist mehr als peinlich, dem Heiligen Vater schon bevor er angereist ist, zu signalisieren, dass er im Deutschen Bundestag nicht willkommen ist." *CR*

»Gorch Fock« rehabilitiert

Staatsanwaltschaft stellt Todesermittlungsverfahren ein

Die Kieler Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren im Fall der bei der seemännischen Basisausbildung aus der Takelage der „Gorch Fock" gestürzten Offizieranwärterin eingestellt. Es hätten sich „keine zureichenden Anhaltspunkte" für ein strafrechtlich zu bewertendes Fehlverhalten von Verantwortlichen der Schiffsführung, Mitgliedern der Besatzung oder sonstigen Angehörigen der Marine ergeben, so Oberstaatsanwältin Barbara Heß. Monatelang stand die Stammbesatzung des Segelschulschiffes der Deutschen Marine unter dem Verdacht, den Tod der 25-jährigen Sarah Lena Seele durch übertriebenen Drill mitverschuldet zu haben.

Zur Aufklärung des Sachverhalts befragte die Staatsanwaltschaft mehr als 50 Zeugen und sah alle zur Beurteilung erforderlichen Akten, Dokumente, Befehle und Vorschriften ein. Im Laufe der Ermittlungen ergab sich ein anderes Bild der Geschehnisse als das in den Medien überwiegend gezeichnete: Nach den Erkenntnissen der Anklagebehörde war Obermaat Seele uneingeschränkt borddienstverwendungsfähig. Auf ihre Kameraden machte sie einen selbstsicheren, motivierten und konzentrierten Eindruck. Zu Beginn der Segelausbildung erfolgte eine ausführliche Belehrung und Einweisung in die Verhaltensmaßregeln beim Aufentern in die Takelage und die Sicherheitsvorkehrungen. Nachdem sie bei den Übungen keine Schwierigkeiten hatte, äußerte Seele in einer längeren Pause gegenüber ihren Kameraden,

> Keine zureichenden Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung

dass sie die Anstrengung deutlich spüre. Den Rat, sich deshalb an die Ausbilder zu wenden, befolgte sie nicht. Beim erneuten Aufentern wies sie ein Ausbilder an, nicht weiter aufzuentern und die Sicherung einzuhaken. Diesem Befehl kam sie jedoch nicht nach und absolvierte problemlos die weiteren Übungen, wobei sie die ihr zugewiesene Position heimlich mit einem Kameraden tauschte, um diesem den Einsatz auf einer tiefer gelegenen Rah zu ermöglichen. Das Hilfeangebot eines Ausbilders lehnte sie ab. Beim Niederentern verzichtete sie wieder auf Hilfe, verlor schließlich den Halt und stürzte ab. Für die Ausbilder sei, so die Staatsanwaltschaft, zwar „eine Belastungssituation, aber keine Überlastungssituation" bei der Kadettin erkennbar gewesen. Der Vorwurf, es sei von der Stammbesatzung unverhältnismäßiger Druck auf sie ausgeübt worden, ließe sich nicht bestätigen.

Im Ergebnis ihrer Ermittlungen kam die Staatsanwaltschaft zu dem Schluss, dass „keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine objektive Pflichtverletzung" vorlägen, und stellte das Verfahren ein. Gleichwohl schreibt sie der Marine etwas ins Stammbuch: Den für die Segelvorausbildung vorgesehenen Zeitansatz von zehn Tagen hält die Staatsanwaltschaft angesichts der vielen weiteren Aufgaben der Besatzung für äußerst knapp bemessen. Auch sei die Dienstgestaltung während dieser zehn Tage trotz vieler zu beachtender Vorschriften und Befehle nur unzureichend geregelt. Vieles läge im Ermessen der Schiffsführung, was zu Unklarheiten und unterschiedlichen Herangehensweisen führe. Die Vorgehensweise der Schiffsführung nach dem Unfall habe jedoch gezeigt, dass klare Strukturen und Vorgaben möglich seien. So sei die Segelvorausbildung umgestellt worden, ohne dass die erforderliche Flexibilität in der Ausbildung verloren gegangen sei. *Jan Heitmann*

Blutige »Zivilcourage«

Linke Gewalt gegen Kandidaten von »Pro Deutschland«

Unversehens blutig wurde es bei einer Kundgebung der Partei „Pro Deutschland" am 17. Juni in Berlin-Friedrichshain, mit der an den Volks- und Arbeiteraufstand in der DDR im Jahre 1953 erinnert werden sollte.

Die Aktion „Rechtspopulismus stoppen" hatte zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Deren Sprecher, Dirk Stegemann, ist immer zur Stelle, wenn es darum geht, „Zivilcourage gegen Rechts" zu organisieren. Kürzlich erhielt er dafür vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit das „Band für Mut und Verständigung 2011" verliehen. Der so Ausgezeichnete zeigt seit langem eine Nähe zu linksradikalen, linksextremen und auch vom Verfassungsschutz beobachteten linken Organisationen.

„Pro Deutschland" hatte als Ort der Kundgebung die symbolträchtige ehemalige Stalinallee ausgewählt. Nach Stegemanns Aufruf versammelten sich hier rund 250 teilweise gewaltbereite Linksextremisten, um die Kundgebung zu stören. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt die Linksextremen zunächst von gewalttätigen Angriffen auf die friedlichen Kundgebungsteilnehmer ab. Doch dann griff eine Gruppe von fünf linken Gegendemonstranten die beiden Köpenicker „Pro Deutschland"-Bezirkskandidaten André und Ronny Tügend hinterrücks mit Schlagringen an, als diese sich für kurze Zeit außerhalb der Polizeiabsperrung aufhielten. Beide erlitten schwere und stark blutende Kopfwunden und mussten im Krankenhaus behandelt werden. Einer der Täter und mehrere Gegendemonstranten wurden vorübergehend festgenommen. Bei dem Einsatz wurden mehrere Polizisten verletzt.

Während „Pro Deutschland" von einem „brutalen Überfall" auf seine Mitglieder spricht, rühmt Stegemann die Gegendemonstration im Internet als „guten Auftakt" für weitere Proteste gegen „Pro Deutschland", was er auch noch mit einem Dank „an alle Beteiligten" verbindet. *Hans Lody*



Wehrloses Opfer: Ein verletzter Pro-Kandidat — Foto: Pro Deutschland

MELDUNGEN

Spätes Eingeständnis

Wilna – Der litauische Sejm will ein Gesetz zur Entschädigung von Juden verabschieden, deren Immobilien vor dem Zweiten Weltkrieg konfisziert worden waren. Es geht um eine Summe von 54 Millionen US-Dollar, etwa einem Drittel des Wertes des ehemaligen jüdischen Eigentums. Ab 2013 soll mit der Auszahlung an jüdische Gemeinden begonnen werden. Nicht nur Enteignungen durch die Nazis, sondern auch die von der Sowjetmacht vorgenommenen sollen wiedergutgemacht werden. Vor dem Krieg lebten 220 000 Juden in Litauen, heute sind es zirka 5000. *MRK*

Christenmorde nehmen zu

Boston – Keine andere Religionsgruppe leidet so stark unter Verfolgung und Diskriminierung, hat so viele Todesopfer zu beklagen wie die Christen. Dies gilt vor allem für Nordkorea, die Demokratische Republik Kongo und Nigeria. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Center for Study Global Christianity in Boston. Danach werden jährlich weltweit mehr als 105 000 Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Diese Opferzahl besagt, dass 288 Christen täglich oder zwölf Gläubige stündlich getötet werden. Nicht eingeschlossen sind darin Kriegsopfer oder Tote infolge eines Genozids. Mit noch drastischeren Zahlen warteten zu Beginn 2011 die beiden amerikanischen Soziologen Brian J. Grim und Roger Finke auf. Sie sprechen von jährlich 130 000 bis 170 000 Glaubensopfern. Christenverfolgung sei angesichts der Massaker in Nordafrika und anderen Teilen der Welt unter allen Formen der Diskriminierung und des Völkermordes die schlimmste menschliche Tragödie unserer Zeit und werde dennoch von der Weltöffentlichkeit nicht angemessen wahrgenommen. *B.B.*

Israels ferner Friede

Im Heiligen Land verschanzen sich alle Lager hinter Grenzen und Mauern

Israel ergreift im Nahen Osten die Initiative und bietet dem Libanon unter der neuen pro-iranischen Hisbollah-Regierung Friedensverhandlungen an. Die Palästinenser wollen im Herbst einen unabhängigen Staat ausrufen und US-Präsident Barack Obama schlug unlängst Israel den Rückzug auf die Grenzen von 1967 vor.



Verbarrikadiert: Jüdische Siedlung im Westjordanland — Bild: S. Scheiner/dapd

Man braucht kein Prophet zu sein, um das Scheitern solcher Vorschläge vorherzusagen. Dafür reichen zwei offene Augen und das Wahrnehmen der offenkundigen Faktenlage im Land. Ein Rückzug auf die Grenzen vor dem Sechstagekrieg (1967) erscheint ebenso illusorisch wie Friedensverhandlungen mit dem Libanon oder ein eigener Palästinenser-Staat. Rings um Jerusalem wachsen jüdische Neubausiedlungen die Hänge hinauf. Das Bild wiederholt sich im ganzen Land. Israel besitzt heute eine moderne Infrastruktur und neue Fabrikanlagen. In Tel Aviv sind Bürogebäude internationaler Konzerne zu sehen; landwirtschaftliche Flächen sind bewässert und grün. Milliarden sind hier investiert worden, wie Israelis betonen. Keiner werde diese Errungenschaften freiwillig aufgeben.

Vor dem Sechstagekrieg verlief die Grenze zwischen Israel und Palästina in Jerusalem noch ganz nahe am Zions-Berg, wo die Juden das Grab Davids und die Christen das „Coenaculum“, den Abendmahls- und Pfingstsaal, verehren. Auf diesem heiligen Berg ließen sich Juden begraben, solange das traditionelle Gräberfeld im Kidron-Tal, am Fuße des Felsendomes, für Juden verschlossen war. Nun verläuft die Grenze zum palästinensischen Autonomiegebiet einige Kilometer weiter östlich, wo eine etwa sieben Meter hohe Betonmauer die neue Realität markiert.

Wer in das etwa zehn Kilometer südlich der Heiligen Stadt gelegene Bethlehem reisen will, muss diese hohe Grenzmauer passieren, weil der Geburtsort Jesu Christi im palästinensischen Gebiet liegt. Nimmt der Tourist ein palästinensisches Taxi, gibt es kaum Probleme. Die Mauer ist in wenigen Minuten passiert. Der Ausweis des Taxifahrers und die deutschen Reisepässe wirken Wunder. Beide Seiten haben derzeit kein Interesse an Komplikationen. „Bethlehem ist friedlich und sicher“, beteuert der Taxifahrer. Gefragt, ob es jemals Frieden geben wird zwischen Israel und Palästina: „Nein, niemals, da ist zu viel Geld im Spiel“, antwortet der Taxifahrer wie aus der Pistole geschossen.

In der Konfrontation zwischen jüdischen Israelis und palästinensischen Moslems drohen die Christen zwischen den Fronten zerrieben zu werden. Die in viele Konfessionen und Kirchen aufgeteilte Christenheit des Heiligen Landes, die kaum zwei Prozent der Bevölkerung ausmacht, fragt sich, was aus ihr werden wird. Mit hohen Mauern und neuem Nato-Stacheldraht versuchen sich die Klöster und Gemeinden vor aggressiven orthodoxen Juden und Moslems zu schützen. Die israelische Polizei zeigt schwer bewaffnet Präsenz vor allen wichtigen christlichen Pilgerzielen.

Die Autonomiegebiete der Palästinenser sind für ausländische Touristen weitgehend tabu. Das von jüdischen Siedlungen zerklüftete Land auf den Bergen Samarias gleicht einem löchrigen Schweizer Käse. Etwa 300 000 jüdische Siedler leben heute im Westjordanland. Eine ähnliche Siedlungstätigkeit, worüber westliche Medien in der Regel nicht berichten, entfalten übrigens Moslems auf israelischem Territorium. Im Norden des Landes, in der Nähe des Tabor-Berges, entstehen mit ausländischer Finanzhilfe große Neubausiedlungen. Viele neue Moscheen mit riesigen Minaretten zeugen davon, dass arabische Moslems ebenfalls Fakten schaffen wollen.

> National-jüdische Identität eint Israelis mehr als die Religion

Offenbar versuchen alle Lager im Heiligen Land, sich hinter Grenzen und Mauern einzurichten. Die israelische Bevölkerung reagiert derweil auf die ständige Bedrohung gelassen und selbstbewusst. Die Bürger sind sich ihrer Stärke bewusst. Mit Stolz tragen junge Männer und Frauen bei ihrem drei- beziehungsweise zweijährigen Wehrdienst ihre Uniformen und Waffen. Am Sonntagmorgen, am Ende des Sabbatwochenendes, sieht man sie in großer Zahl an jeder Bushaltestelle stehen. Die Präsenz von Polizei und Militär an öffentlichen Plätzen, an Kontrollpunkten im Straßenverkehr, besonders an den Grenzen zum Libanon und zu Syrien, irritiert zunächst die Touristen. Angesichts der fragilen Sicherheitslage erscheint es undenkbar, dass Israel die Golanhöhen im Norden zurückgeben könnte. Hier sichern Berge und entmilitarisierte Zonen mit UN-Soldaten das Kernland Israels. Rund 20 000 jüdische Siedler leben hier. Im Libanon sollen 40 000 Raketen stationiert sein, die selbst das 700 Kilometer entfernte Eilat am Roten Meer bedrohen können, berichtet die israelische Tageszeitung „Jediot Achronot“.

Hat Israel eine Zukunft? Daran zweifeln wohl die wenigsten Israelis, die sich als Schicksalsgemeinschaft fühlen. Israel eint weniger die Religion als vielmehr eine national-jüdische Identität, die Gegensätze der Kultur, Herkunft oder der Religion überbrücken hilft. *Hinrich E. Bues*

Strategischer Ansatz

Le Pen und Strache planen europaweites Bürgerbegehren zum Asylrecht

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei Österreichs) und Marine Le Pen (Front National – Frankreich) in Straßburg gaben die beiden Parteivorsitzenden bekannt, ein europaweites Bürgerbegehren zur Verschärfung des Asylrechts einleiten zu wollen. Die bundesdeutsche Presse hat diese Pressekonferenz totgeschwiegen. Grundlage des Bürgerbegehrens ist der Art. 8 B des EU-Vertrages. Danach können eine Million Bürger „aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten“ die Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu einem bestimmten Thema auszuarbeiten. Im Erfolgsfall hat die Kommission drei Möglichkeiten: Sie unternimmt gar nichts, sie folgt der Initiative oder sie nimmt Änderungen an den bestehenden Vorschriften vor. Sollte sich der zuständige Kommissar Maros Sefcovic für das Nichtstun entscheiden, droht der EU eine schwere Krise, denn die Kritiker des Konstruktes könnten dann zu Recht darauf verweisen, dass das ganze Unternehmen undemokratisch sei. Im Falle der Untätigkeit müsste die Kommission dies zudem begründen. Hier ist ein strategischer Ansatz zu erkennen, entweder Europa etwas demokratischer zu gestalten oder aber die EU zu delegitimieren.

Der zweite strategische Ansatz von Strache und Le Pen ist ebenfalls europapolitischer Art. Bislang splittern sich die rechten, konservativen und eurokritischen Parteien im Europaparlament auf zwei verschiedene Fraktionen und weitere 29 fraktionslose Abgeordnete auf und sind – obwohl eigentlich drittstärkste Kraft – bedeutungslos: eine Fraktion unter Führung der deutschfeindlichen Polenpartei (PIS) und der britischen Konservativen sowie eine weitere unter Führung der britischen UK-Party und der italienischen Regierungspartei Lega Nord. Obwohl der eurokritische Fraktionschef Nigel Farage laut Zeitungsberichten einer Aufnahme der FPÖ nicht abgeneigt sein soll, haben zwei Abgeordnete der Fraktion mit ihrer bisherigen Ablehnung dies verhindert. Strache und Le Pen gehören mit ihren Parteien keiner Fraktion an, sind aber beide in den Umfragen besonders erfolgreich. Mit dem EU-Bürgerbegehren geraten die Euro-Skeptiker unter Zugzwang. Wenn man ein gemeinsames Bürgerbegehren betreibt, stellt sich die Frage, warum man dann nicht auch in einer gemeinsamen Fraktion sitzen sollte.

> Ein erfolgreiches Volksbegehren könnte zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion der Euro-Skeptiker führen

Der dritte Aspekt der Initiative ist die politische Situation hierzulande. Sind die europäischen Rechtsparteien sich häufig in Details uneins, so ist die Lage der politischen Rechten in Deutschland von Zerstrittenheit gekennzeichnet. Das EU-Bürgerbegehren würde auch die zahllosen rechten Parteien in Deutschland in Zugzwang bringen. Maßgebend ist dann nicht mehr, wer wen ausgrenzt, sondern die Beteiligung und die Zahl der gesammelten Unterschriften. Gerade für die NPD ist das Referendum daher problematisch. Die maßvollen Forderungen von Strache und Le Pen lassen sich kaum in Übereinstimmung mit der dort gepflegten Rabulistik bringen. *H.L.*

Parolen statt Lösungen

Beim Europakongress der Grünen wurden alte Forderungen wiedergekäut

Die Krise gemeinsam überwinden. Das Europäische Projekt nicht aufs Spiel setzen.“ So lautete das Thema des Europakongresses, den die Grünen im Vorwege zu ihrem Parteitag am vergangenen Wochenende im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages veranstalteten. Bekannte und weniger bekannte Politiker und Experten waren geladen worden und meldeten sich zu Wort. Das wenigste davon ist berichtenswert, die Aussagen derjenigen hingegen, die über politische Macht verfügen, sollten kritisch hinterfragt werden.

Da ist zum einen Jürgen Trittin, nunmehr alleiniges bundesweites Aushängeschild der Grünen, seit sich Renate Künast für das ungewisse Unternehmen, Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden, interessiert. Trittin bemängelte, Deutschland exportiere zu viel, statt Geld in die Ökologie zu investieren. Sogenannte Eurobonds, also europäische Schuldenpapiere, mit denen die Gesamtheit aller für die Schulden beispielsweise der Griechen haften müssten, sieht Trittin positiv. Auch im Verlust nationaler Souveränität glaubt Trittin einen Gewinn zu erblikken – eine Haltung, die bei ihm nicht neu ist. Schließlich meint seine Forderung nach „gleichen Lebensverhältnissen überall in Europa“ nicht mehr und nicht weniger als die weitere Pauperisierung Deutschlands und der anderen Nettozahler. Diese von ihm erhobenen Forderungen würden „hässlich“ von Deutschland und Frankreich aus den unterschiedlichsten Beweggründen „blockiert“, so Trittin. Er räumte ein, dass die Parteien des „linken“ Spektrums, zu denen seine Partei wohl auch zu zählen sei, von der Euro-Krise nicht profitieren würde, sondern vielmehr „rechte“ und „rechtspopulistische“ Parteien, denen er eine Nähe zu den „Marktliberalen“ unterstellte. Nur durch den von ihm propagierten „Green New Deal“ ließen sich die Krisen und die Unzufriedenheit beheben.

> »Linke Parteien haben nicht von Euro-Krise profitiert«

Mit Spannung wurden die Ausführungen des Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske erwartet. Auch der Gewerkschaftsführer kritisierte die deutsche Exportorientierung – hier vor allem im Waffenexport. Fünf Prozent Zinsen findet er genau so unangemessen wie das „Besteuerungsdefizit“ in Deutschland. Wie allerdings bei weniger Exporten die von Bsirske geforderten höheren Löhne durchgesetzt werden sollen, dazu gab der grüne Arbeitnehmervertreter keine Erklärung ab. Ein Lohndefizit erkannte er auch in anderen EU-Ländern. Erwartungsgemäß erntete auch Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer Anti-Griechenland-Rethorik Kritik.

Den Gipfel von Bsirskes Erklärungen bildete die Behauptung, die Staatsverschuldung sei „keine Folge der Haushaltspolitik“. In Europa würden nun „die Verursacher das Regiment über die ergriffenen Maßnahmen“ behalten. Bsirske räumte ein, dass seine europapolitische Haltung zu einer „Verunsicherung“ der Mitglieder und zu „Fluchtreaktionen“ führen würden. Auch die skandinavischen Gewerkschaftsgenossen wollten ihm auf seinem Weg nicht folgen. Dort plädiere man für „weniger“ statt für „mehr“ Europa. Ansonsten käute Bsirske weitgehend der Trittin'schen Forderungskatalog wieder, um ihm noch die Forderung nach einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“ hinzuzufügen. *Hans Lody*

US-Immobilienkrise in der zweiten Runde

Zahl der nicht mehr bedienten Kredite wächst – Preise brechen dramatisch ein

Das Platzen der Preisblase auf dem US-Häusermarkt war im Jahr 2007 Auslöser der bis jetzt andauernden weltweiten Finanzkrise. Nach einer kurzen Stabilisierungsphase droht sich die Lage auf dem Immobilienmarkt erneut zuzuspitzen.

Über eine Million Mal endete im Jahr 2010 der Traum vieler Amerikaner vom eigenen Heim in der Zwangsräumung. Im Rahmen des „Foreclosure-Verfahrens“ wurden im vergangenen Jahr über eine Million Immobilien geräumt und zwangsversteigert, nachdem die Kreditraten nicht mehr bezahlt wurden. Dieser Rekordwert hätte sogar noch höher ausfallen können. Im Herbst 2010 haben etliche Banken die von ihnen vorangetriebenen Zwangsversteigerungen vorübergehend ausgesetzt. Aufgrund fehlerhafter Unterlagen waren sie vor Gericht nicht in der Lage zu beweisen, dass sie wirklich Eigentümer der Hypotheken waren. Mitunter waren täglich tausende Zwangsvollstreckungsdokumente bei den Gerichten vorgelegt worden, ohne dass eine Prüfung der Unterlagen stattgefunden hatte.

Folge diese „Foreclosuregate“-Skandals war, dass einige Großbanken sich dem Vorwurf ausgesetzt sahen, Eigenheimbesitzer zu Unrecht auf die Straße gesetzt zu haben. Für die Banken dauert es inzwischen immer länger, ihre Ansprüche durchzusetzen. In den 27 Bundesstaaten, in denen Gerichte bei dem Verfahren eingeschaltet werden müssen, stauen sich immer mehr Fälle. Laut der „New York Times“, die sich auf Untersuchungen des Immobilien-Dienstleisters LPS Applied Analytics beruft, ist damit zu rechnen, dass die 213 000 Fälle, die im Staat New York derzeit noch unbearbeitet sind, erst in 62 Jahren abgeschlossen sind, wenn das derzeitige Tempo beibehalten wird. In New Yersey, das eine ähnliche Prozedur wie New York anwendet, ist mit einer Verfahrensdauer von 49 Jahren zu rechnen. Florida, Massachusetts und Illinois werden immerhin noch ein Jahrzehnt benötigen. Die Gerichte brechen nicht nur unter der großen Zahl der Verfahren zusammen, sondern auch immer mehr Bewohner wehren sich juristisch und schöpfen sämtliche Rechtsmittel aus. Beobachter sehen den Grund darin, dass in den Zwangsvollstreckungsverfahren zunehmend Vertreter der Mittelschicht Gegner der Banken sind. Im Gegensatz zu den Verfahren, in die einkommensschwa-

> Immer mehr Betroffene wehren sich vor Gericht

che Immobilienkäufer des „Sub-Prime-Segments“ verwickelt waren, wird nun immer häufiger ein Anwalt eingeschaltet.

Die Erlöse, die von den Banken aus den zwangsversteigerten Häusern erzielt werden, liegen im Durchschnitt ein Drittel unter dem Marktpreis. Die Millionen von zwangsversteigerten Häusern treffen auf eine sinkende Nachfrage. Wachsende Arbeitslosenzahlen und ein steigendes Zinsniveau führen zu einem Teufelskreis auf dem Immobilienmarkt. Staatliche Hilfsprogramme und steuerliche Anreize haben die Häuserpreise nur für begrenzte Zeit stabilisieren können. Nach dem Auslaufen der Programme sinken die Preise wieder, so dass inzwischen das Preisniveau von 2002 erreicht ist.

Gleichzeitig wächst die Zahl der nicht mehr bedienten Immobilien-Kredite. Im April waren landesweit 6,39 Millionen Finanzierungen entweder bereits in der Zwangsvollstreckung oder wurden als notleidende Kredite eingestuft, für die seit mindestens 90 Tagen keine Raten mehr bezahlt wurden. Noch düsterer sieht es indessen bei gewerblichen Immobilien aus. Der „Real All Property Type Aggregate Index“ der Ratingagentur Moody’s ist im April auf den niedrigsten Stand seit dem Auflegen des Index im Jahr 2000 gefallen. Im Vergleich zum Hoch im Jahr 2007 haben sich die Preise für gewerbliche Immobilien im Jahr 2011 um 49 Prozent nahezu halbiert. Folge dieses Preisverfalls ist, dass aktuell die Hälfte der Hypotheken für Gewerbeimmobilien „unter Wasser steht“. Zum Höhepunkt der Preisblase gekauft, sind die Immobilien nach dem Preisverfall inzwischen weniger Wert als die noch ausstehende Hypothek.

Von Professor Robert Shiller, Mitinitiator des im Immobiliensektor viel beachteten „Case-Shiller-Index“, wird auch bei Wohnimmobilien ein weiterer Preisrückang von zehn bis 25 Prozent in den nächsten Jahren für wahrscheinlich gehalten. Er schließt sogar eine Wiederholung der japanischen Entwicklung nicht aus: Nach dem Platzen der Immobilien-Blase in den 90er-Jahren fielen in Japan die Preise 15 Jahre lang, so dass Immobilien zwei Drittel ihres Wertes verloren. Im Jahr 2006 stiegen die Preise kurzzeitig an, bevor sie zum erneuten Sinkflug ansetzten. Ergebnis dieser über 20-jährigen Krise in Japan sind die sogenannten „Zombie“-Banken. Die in den 80er-Jahren mächtigsten Banken der Welt werden seitdem mit billigen Krediten künstlich am Leben gehalten.

Das Schicksal der japanischen Konkurrenz dürfte auch bei Goldman-Sachs bekannt sein. Die Investmentbank hat unlängst ihren Rückzug aus dem wenig einträglichen US-Hypothekengeschäft bekannt gegeben.

Norman Hanert





Die Bank gewinnt fast immer: Im Jahre 2010 wurden über eine Million Immobilien zwangsgeräumt. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Sprachkurs keine Diskriminierung: Arbeitgeber dürfen ihre Beschäftigten zu einem Deutschkurs auffordern, wenn dies für ihre Tätigkeit erforderlich ist. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass weder eine unzulässige Diskriminierung noch ein Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vorliege. Eine aus Kroatien stammende Kassenmitarbeiterin eines Schwimmbades in Schleswig-Holstein hatte geklagt, nachdem ihr Arbeitgeber von ihr verlangt hatte, auf eigene Kosten einen Deutschkurs zu belegen. Da sie dazu nicht bereit war, hatte sie eine Abmahnung erhalten. Dies betrachtete sie als Diskriminierung wegen ihrer ethnischen Herkunft. Sie verlangte eine Entschädigung in Höhe von 15 000 Euro. Das Bundesarbeitsgericht sah dies anders und wies die Klage ab (Az: 8 AZR 48/10). *J. H.*

Europäische Zentralbanken erstmals Nettogoldkäufer: Die Zentralbanken der Euro-Zone haben erstmals seit Einführung der Gemeinschaftswährung im Jahr 1999 an den Märkten mehr Gold gekauft als verkauft. In Wochenberichten der Europäischen Zentralbank (EZB) für das Jahr 2011 ist zum ersten Mal seit zwölf Jahren bei den Goldbeständen eine Zunahme im Gegenwert von sechs Millionen Euro ausgewiesen. In den vergangenen Jahren haben die 17 Zentralbanken der Euro-Zone insgesamt eine Menge von 1937 Tonnen Gold an den Märkten verkauft. *N. H.*

Indiens Edelmetalleinfuhren auf Rekordhoch: Nach Angaben des indischen Handels- und Industrieministers, Anand Sharma, haben die Gold- und Silberimporte des Landes im Mai 2011 gegenüber dem Vormonat um 500 Prozent zugenommen. Im Vergleich zum Mai 2010 betrug der Zuwachs noch 222 Prozent. Allein der Import von Goldmünzen stieg im Mai 2011 auf einen Wert von 8,9 Milliarden Dollar an. Wirtschaftsforscher wie Rajesh Shukla vom indischen „Macro Consumer Research Institute“ machen die hohen Inflationserwartungen mitverantwortlich für die stark gestiegene Nachfrage nach Edelmetallen. *N. H.*

Achillesferse Transit

Weltenergiebedarf: Erdgasanteil steigt überproportional

Griechenland und der Euro waren für manche eine willkommene Ablenkung davon, dass der deutsche Beschluss zum „Atom-Ausstieg“ die energiepolitischen Gegensätze in der EU verschärft und indirekt der Entindustrialisierung Vorschub leistet. Doch die Realität meldet sich zurück: Die in der Internationalen Energieagentur (IEA) vertretenen Industriestaaten haben beschlossen, die strategischen Öl-Reserven „anzuzapfen“. Weniger weil Versorgungsengpässe drohen, sondern weil der wohl längere Ausfall von libyschem Öl die Preisspekulation angeheizt hat.

Wie aus dem jüngsten Bericht der IEA außerdem hervorgeht, wird der Weltenergiebedarf in den nächsten Jahrzehnten massiv steigen, vor allem wegen der Nachfrage aus Indien und China. Der Anteil von Öl und Kohle wird sich dabei zugunsten von Gas verringern. Zusätzlich zu den bekannten und teilweise erschlossenen Gasvorkommen gibt es zwar noch riesige „unkonventionelle“ Vorkommen in Ton und Schiefer – in den USA und auch in China. Auch die Technologien zur Ausbeutung dieser Vorkommen sind vorhanden, allerdings noch nicht rentabel.

Auf jeden Fall bleiben Öl und Gas neben den politischen Risiken in Förderländern auch dem Transportrisiko ausgesetzt. Engstellen wie die Straße von Hormuz oder der Suezkanal können leicht blockiert werden, Piraten haben vor Somalia und vor der

> Transportwege für Erdgas lassen sich leicht unterbrechen

Malaiischen Halbinsel bereits mehrmals Tanker überfallen, und Rohrleitungen erleichtern politische Erpressung durch Transitländer. Der Sudan etwa droht dem eben unabhängig werdenden Südsudan mit Sperre der Ölleitung zum Roten Meer und die Transitgebührenforderungen der Ukraine haben mehrmals die Lieferung von russischem Gas nach Westen beeinträchtigt.

Der Bau von „Northstream“, einer direkten Gasleitung von Russland nach Deutschland durch die Ostsee, ist diesem Umstand zu verdanken. Ebenso das Projekt „Nabucco“, das Gas aus dem Irak, Aserbaidschan und Turkmenistan – und vielleicht aus dem Iran – über die Türkei nach Europa bringen soll. Aber wer weiß, auf was für Gedanken vielleicht einmal auch die Türkei kommt, ganz abgesehen von den Sabotage- und Erdbebenrisiken.

Aserbaidschan und Turkmenistan sind zwar an „Nabucco“ sehr interessiert, weil sie jetzt auf den Transit durch Russland angewiesen sind und weil der Flaschenhals Bosporus gegen Gasverflüssigung und Verschiffung übers Schwarze Meer spricht. Doch Russland setzt alles daran, die Ex-Sowjetrepubliken bei der Stange zu halten – und eine zur Anbindung Turkmenistans nötige Leitung durch das Kaspische Meer wäre sogar völkerrechtlich umstritten. Russland forciert das Projekt „Southstream“, das Gas durchs Schwarze Meer über die Türkei nach Mittel- und Südeuropa bringen soll, und zur Umgehung des Bosporus verhandeln Russland, Bulgarien und Griechenland über den Bau einer Ölleitung von Burgas an die Ägäis. „Nabucco“ verzögert sich jedenfalls weiter und die Kosten steigen. *R. G. Kerschhofer*

Millionenruine in Strandlage

Spanische Mega-Meerwasser-Entsalzungsanlage ein Mega-Flop

Prestigedenken, EU-Fördergelder und niedrige Kreditzinsen als Folge der Euro-Einführung – das waren oftmals die Grundlagen für zahlreiche Infrastruktur-Projekte, die in Südeuropa in den letzten Jahren errichtet wurden. Torrevieja in einer der trockensten Regionen Spaniens wird Standort der größten Meerwasser-Entsalzungsanlage Europas – so lauteten zum Baubeginn im Februar 2007 die Schlagzeilen. An der Südost-Küste unweit von Valencia gelegen, sollte die Anlage täglich 240 000 Kubikmeter Wasser für 2,4 Millionen Menschen und 64 000 Landwirtschaftsbetriebe liefern. Nach vier Jahren taugt das Mammut-Projekt nur noch für Negativ-Nachrichten. Aus den kalkulierten 250 Millionen Euro Baukosten sind inzwischen 300 Millionen Euro geworden. Die Fertigstellung, ursprünglich bis zum September 2008 geplant, zog sich bis in das vergangene Jahr hin. Momentan ist weder die Stromversorgung gesichert, noch sind die Wasserleitungen zum Meer vorhanden. Das wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in der nächsten Zeit nicht ändern. Seit zwei Jahren verweigern die örtlichen Behörden, die das Projekt von Anfang an abgelehnt haben, die Betriebserlaubnis.

Von der sozialistischen Zentralregierung in Madrid energisch vorangetrieben – von der in der autonomen Region Valencia regierenden Partido Popular vehement abgelehnt, so lassen sich die Fronten im Streit um das Großprojekt beschreiben. Nach ihrem Wahlsieg

> EU ist mit über 50 Millionen Euro beteiligt

im Jahr 2004 legten die Sozialisten bereits beschlossene Planungen auf Eis. Vorgesehen war, im Norden des Landes Wasser vom Fluss Ebro zu entnehmen und zu den trockenen Südost-Regionen zu leiten. Statt dessen setzte die Regierung auf Entsalzungsanlagen, die für zwei Milliarden Euro an den Küsten entstehen sollten. Die in Valencia regierende Partido Popular hält hingegen nach wie vor am „Ebro-Projekt“ fest, das nach ihrer Meinung wesentlich weniger Folgen für die Umwelt nach sich zieht. Dass die Betriebserlaubnis aus Umweltschutzgründen nicht erteilt wird, ist durchaus nachvollziehbar, denn infolge der Entsalzung würden Massen an Salzschlämmen anfallen. Pflanzen- und Tierwelt drohen durch die Erhöhung des Salzgehalts in den Gewässern Schaden zu nehmen.

Noch entscheidender ist allerdings die Frage nach den zukünftigen Betriebskosten. Selbst die Schätzungen aus Madrid gehen inzwischen davon aus, dass das Wasser aus der gigantischen Entsalzungsanlage doppelt bis vierfach so teuer sein wird, wie eigentlich kalkuliert. Die Frage, ob die Zentralregierung oder die Regierung in Valencia für die Differenz aufkommt, ist immer noch ungeklärt. Einigkeit besteht lediglich darin, dass der hohe Preis am Markt nicht durchsetzbar sein wird. Auch die geringe Lebensdauer der Anlage, die nur 17 Jahre beträgt, hat inzwischen Skeptiker zu der zugespitzten Frage veranlaßt, ob es angesichts der Kosten nicht preiswerter wäre, das Wasser per Tankschiff aus Alaska anliefern zu lassen. Die europäischen Steuerzahler sind an der Errichtung der ungenutzten Mega-Anlagen mit über 50 Millionen Euro beteiligt, die über EU-Mittel zur Strukturförderung in das Projekt geflossen sind. *N. H.*

Für die Freiheit

Von Jan Bremer

Der Freispruch für Geert Wilders habe den Rechtspopulismus in den Niederlanden endgültig legitimiert, giftet die linke „taz“. Sie geißelt, dass der Politiker die Grenzen der Meiungsfreiheit überschritten habe, indem er den Islam als „faschistische Ideologie“ verurteilt hat. Das sei die unstatthafte Diskriminierung einer Minderheit.

Der Kommentar macht sichtbar, wie wenig weite Teile der Linken mit Meinungsfreiheit noch anfangen können. Über Wilders' Urteil zum Islam kann man trefflich streiten. Doch das ist eben Freiheit, dass auch das Unerwünschte gesagt werden kann. Wie heuchlerisch die linke Attacke ist, kann daran abgelesen werden, wie willfährig gerade von dort alles als „faschistisch“ abqualifiziert wird, was nicht in den linken Kram passt. Immer handelt es sich dabei um sogenannte „Minderheiten“, nur um politische eben, nicht um religiöse. Doch Religion ist (im Unterschied zur Herkunft) eine Sache der persönlichen Entscheidung – wie die politische Überzeugung. Daher trifft der Vorwurf des „Rassismus“ hier nicht. Die niederländischen Richter haben ein wichtiges Zeichen gesetzt für die Maßstäbe unserer Freiheit.

Viel Luft nach oben

Von Christian Rudolf

Ja, die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind heute gut und sie sind besser als vor zwanzig Jahren. Beide Länder leben in einer Wertegemeinschaft zusammen, sind Teil des gleichen Staatenbundes, beide gehören demselben Militärbündnis an, die Grenze zwischen beiden Staaten kann ohne Passkontrollen überquert werden. Wer hätte all das kurz nach der Epochenschwelle 1990 für möglich gehalten. Warschau weiß, welchem Fürsprecher es seine schnelle Integration in die westlichen Strukturen zu verdanken hat.

Doch was jeder Hund beherzigt: die Hand, die gibt, beißt man nicht, ist an Weichsel und Warthe unbekannt. Misstrauen ist angebracht gegenüber einem Partner in den europäischen Strukturen, der sich auch als demokratisch verfasstes Gemeinwesen hartnäkkig über geltendes Europa- und Völkerrecht hinwegsetzt – wie in der Weigerung, für die in ihrer angestammten Heimat siedelnde deutsche Volksgruppe ein funktionierendes deutschsprachiges Bildungssystem aufzubauen, wie in der frechen Renitenz, kriegsbedingt nach Schlesien verlagerte deutsche Kulturgüter endlich zurückzugeben.

Während der Feiern zu 20 Jahren Nachbarschaftsvertrag wurden immer wieder die deutsch-französischen Beziehungen als Vorbild beschworen. Wohlan denn, da ist noch viel Luft nach oben. Die Zusammenarbeit mit Frankreich zeigt, wie gute Nachbarschaft aussehen kann: Paris hat seit der Wiedervereinigung 1990 umfangreiche Kulturgüter an Deutschland zurückgegeben: vor sieben Jahren zuletzt 25 Regalmeter historisch bedeutsame Archivbestände des Auswärtigen Amtes aus Kriegszeiten.

Es wird ernst

Von Hans Heckel

Weniger die Inhalte waren es, die dem Beobachter des Grünen-Sonderparteitags in die Glieder fuhren. Es war die Lautstärke: Etliche Redner brüllten, ja kreischten regelrecht ins Mikrofon. War es strotzendes Selbstbewusstsein, gar Größenwahn? Oder schlich sich bereits eine Ahnung in die Gemüter, dass der Zenit überschritten ist?

Der überstürzte Atomausstieg, das stimmt, ist dem Druck der Grünen und der sie bislang unterstützenden Lobbygruppen zu verdanken. Kanzlerin Merkel wich bloß zurück. Zu Recht hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Grünen in Berlin zum „energiepolitischen Maß aller Dinge“ erhoben. Damit aber wird die linke Ökopartei auch für unerwünschte Folgen des abrupten Schwenks den Kopf hinhalten müssen.

Jetzt schon hakt es bei mancherlei Projekten zur „Erneuerbaren Energie“. Und die Probleme werden sich häufen. Atomaussteiger und „Wutbürger“ werden sich an immer mehr Orten des Landes als unerbittliche Gegner gegenüberstehen: die einen für neue Windräder, Hochspannungstrassen, Pumpspeicher-, Biogas- oder gigantische Solarkraftwerke, die anderen für den Erhalt ihrer Landschaft. Erstmals werden „Grüne“ und „Naturschützer“ unmittelbar aufeinandertreffen.

Nun streiten Atomaussteiger mit Naturschützern

Gegen die hier zu erwartenden Konflikte könnte sich der derzeitige Zwist zwischen Umweltverbänden und Grünen über fünf Jahre Restlaufzeit noch als harmlos erweisen. Die neuen Kämpfe werden – jeder für sich genommen – zwar eher regional statt national Wellen schlagen. Aber in ihrer Masse drohen sie das Image der Grünen zu untergraben: das der freundlichen Partei für die kleinen Projekte, für das möglichst störungsfreie Leben in romantischer Umgebung.

Und der Wohlfühlfaktor ist wichtig für die Grünen-Anhänger: Sie sind die Bestverdienenden im Lande (und nicht die FDP-Wähler, wie gern kolportiert wird), die weiter weg sind von den materiellen Existenzsorgen als jede andere Wählergruppe. Man nennt sie daher auch die „Postmaterialisten“, die es sich leisten können, ihr Hauptaugenmerk auf die Schönheit ihres Wohnumfelds zu legen statt auf den materiellen Existenzkampf. Sie erwarten von den Grünen, dass sie sie vor den Zumutungen einer Industriegesellschaft, von Marktzwängen und den Begleiterscheinungnen wirtschaftlichen Wachstums schützen.

Das aber werden Künast und Co. immer weniger leisten können – nun, da sie den energiepolitischen Kurs Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten als ihre ureigene Errungenschaft etikettiert haben, weniger denn je. Die Grünen müssen nicht erst „Verantwortung übernehmen“, sie werden (erstmals) verantwortlich gemacht werden.



Sonderparteitag der Grünen in Berlin: Noch freuen sich Cem Özdemir und Claudia Roth über den Erfolg ihrer Partei.

Bild: pa

Moment mal!

Zurück zur D-Mark, bitte!

Von Klaus Rainer Röhl

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen Juliabend im Jahre 1996 in Düsseldorf. Auf Einladung einer Mittelstandsvereinigung diskutierten wir von der FDP über die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro. Edmund Stoiber war auch dabei und sprach sich gegen die Einheitswährung aus. Viel hat die Diskussion nicht genützt. Abstimmen durften die Deutschen ja nicht über die Abschaffung der D-Mark, der in der ganzen Welt angesehenen deutschen Währung. Auch in meiner Partei, der FDP, waren die Meinungen durchaus geteilt. Meine Freunde von der „Liberalen Offensive“ um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl waren für die Beibehaltung der D-Mark, die Parteispitze, zu der damals auch Guido Westerwelle gehörte, war für die Einführung einer europäischen Währung. Sie wollten den Euro, wir, die Euro-Gegner, nicht. Am Ende der lebhaften Diskussion war klar, dass die Mehrheit der Anwesenden sich für die Beibehaltung der D-Mark und gegen den Euro entschieden hatte. Man wollte lieber die deutsche Einheit, die erst sechs Jahre alt war, vernünftig ausgestalten, was schwierig und kostspielig genug schien, als mal eben, ganz schnell, eine neue Einheitswährung aus dem Hut ziehen wie ein Hütchenspieler seine Würfel, der Zauberer ein weißes Kaninchen. Abenteuerlich. Eine Einheit mit zwei Dutzend und noch mehr anderen Europäischen Völkern und Staaten unterschiedlicher Geschichte, Sprache, Kultur und Entwicklung, die wirtschaftlich ohnehin unter keinen Hut zu bringen wären! Diskutiert wurde landauf, landab, aber gefragt wurden die Deutschen nicht – viele andere europäische Völker auch nicht. Norwegen und England wollten ihre Währung überhaupt nicht abgeben. Sie können sich heute glücklich preisen.

Landauf, landab wurde über den Euro diskutiert – gefragt wurden wir nicht

So wurde ich, ohne dass eine politische Einheit Europas auch nur in Ansätzen sichtbar geworden wäre, Zwangs-Europäer, das Geld 2:1 umgetauscht und in den folgenden Jahren Cent um Cent abgewertet. Vor der Einführung des Euro bekam ich 1850 D-Mark Rente. Der Euro, sagte man, sollte doppelt so viel wert sein wie die D-Mark. Also betrug meine Rente jetzt 995 Euro. Klar. Alles sollte dementsprechend nur noch die Hälfte kosten und in den ersten Monaten stand auf dem Kassenzettel auch noch der Betrag in der alten Währung (in Frankreich bis heute). Aber bald kam die langsam schleichende Abwertung. Schon der „Spiegel“, der vor der Währungsumstellung fünf DM gekostet hatte, war nur noch für 3.50 Euro zu haben. Von der Bahnfahrt bis zum Benzin, vom Brötchen bis zum Theaterbesuch kostete das meiste sehr bald so viel wie früher, nur die Rente stieg nicht. Nun sagt mir die Kanzlerin im Fernsehen, dass der Euro gut gewesen sei für „uns“. Wir profitierten alle davon. Und ich frage heute wie damals in Düsseldorf, wer ist das: „wir“? Sind es „die Deutschen“? Die, die Autos und Kühlschränke und U-Boote in die Euro-Zone exportieren und dicke Gewinne machen, sind das nicht eher VW und BMW, Siemens und AEG?

Wie sehen die Deutschen heute, neun Jahre nach der Einführung des Euro, ihre Lage? Wie ich. Laut einer Umfrage wünschten sich 52 Prozent schon im Mai 2010 ihre alte Währung wieder zurück. Im Juni 2011 hat sich die Zahl der Euro-Gegner noch erhöht. Keine Angst, wir werden auch diesmal nicht gefragt.

Der Euro sollte angeblich allen nützen. Statt blühenden Wohlstands aber kam die Wirtschaftskrise, ausgelöst durch Aktivitäten der amerikanischen Lehman-Bank, die mit abenteuerlichen Grundstücksspekulationen Millionen von Menschen ruiniert und dabei unermessliche Gewinne eingefahren hat. Die Kosten mussten am Ende mit Staatsgeldern, das heißt auf Kosten der US-Bürger und leider, wegen der Verflechtung mit deutschen Banken, auch von der Bundesrepublik, bezahlt werden – mit Milliarden. Danach kam die sogenannte Griechenland-Krise, ausgelöst durch die jahrelang nicht beachtete schlechte Wirtschaftslage des sonnigen Urlaubslandes, aber vor allem durch die gezielte Spekulation einiger amerikanischer Großbanken, der Goldman-Bank vor allem, und der sogenannten Rating-Agenturen. Die Spekulanten schlossen Wetten auf den griechischen Staatsbankrott ab. Der nur mit einer gewaltigen Kraftanstrengung der übrigen (zahlungsfähigen) Euroländer und des IWF mit einem Mammut-Kredit gestoppt werden konnte – entgegen der Europäischen Verfassung, die diesen Eingriff verbietet. 110 Milliarden sollten es zuerst sein. Das reicht inzwischen nicht einmal für die laufenden Kosten und Zinsen.

Das war vor einer Woche. Und ist schon wieder Geschichte. Eine ziemlich miese Geschichte. Weil sich herausstellte, dass die Spieler in den USA – die auf den griechischen Staatsbankrott hohe Wetten abschließenden Spekulanten, keine anonymen „Märkte“ oder Mächte, sondern Menschen mit Namen und Adresse – nun begannen, ihre Spekulationen nicht nur gegen Griechenland und andere wirtschaftlich schwache Länder, sondern gegen die ganze Euro-Zone zu erweitern. Mit dem Ziel, wie eine Gruppe von vier Wissenschaftlern schon 2010 in einer Anzeige in der „FAZ“ die Öffentlichkeit informierte, die ganze Euro-Währung zu entwerten und den entwerteten Rest als Ramsch aufzukaufen. In der Erklärung der Vier, die schon 1996 als Euro-Gegner von sich reden machten und die auch Beschwerde gegen die neue Gemeinschaftswährung beim Bundesverfassungsgericht eingelegt haben, heißt es: „Hat die Politik den Verstand verloren? Glaubt sie wirklich, mit Inflationsexzessen das Vertrauen der Menschen und Märkte zurückzugewinnen? Je größer und fantastischer die Dimensionen dieser Hilfsprogramme werden, desto kühler werden die Märkte ihre Inflationsgewinne berechnen: die Spekulation mit dem Werteverfall und dem billigen Nachkauf der sich entwertenden Vermögenstitel.“

Es ist nur ein kleiner oder eigentlich gar kein Trost, dass es zur Zeit vielen Deutschen so geht wie mir. Uns, den sogenannten „Geringverdienenden“, ein neugebildetes Orwell-Wort für Arme: den Rentnern, den Alten ohne menschenwürdige Alterssicherung und den Jugendlichen ohne sichere Zukunft, den durch den sozialen Rost gefallenen Hartz-IV-Beziehern vom 45. Lebensjahr an, den Intellektuellen ohne Einschaltquote und Marktanteil und den Hochqualifizierten mit zu hoher Qualifizierung – sie alle sind Verlierer des Märkte-Pokers und des Währungs-Roulettes – eines spannenden Spiels für ein paar amerikanische Banker.

Ein Spiel, das Angela Merkel nicht mehr durchschaut. Noch einmal 110 Milliarden? Den Einsatz vervielfachen wie beim Roulette? Mit dem „Verdoppelungsspiel“, der großen Illusion aller unglücklichen Spielsüchtigen. Aber die Bank gewinnt immer, die Rating-Agenturen und ihr Haupteigner und die Goldmans und Lehmans in New York auch. Mit denen spielt man nicht, Angela.

Mehrheit der Deutschen wünscht sich die D-Mark zurück

Verantwortung? Diese Spekulanten sind ebenso wenig oder so viel verantwortlich wie die kommunizierenden Röhren. Entsteht ein Vakuum, strömen sie hinein. Zuerst 750 Milliarden als Schutzschirm für den Euro und jetzt bald noch ein zweiter Fonds von 750 Milliarden für eventuelle weitere fußkranke Länder? Aber was, wenn auch diese gigantischen, kaum mehr richtig vorstellbaren Summen nicht ausreichen? Mein Freund Hilmar Kopper warnte schon 2010: „Kommissionspräsident Barroso hat gesagt: ‚Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag.‘ Dieser Satz ist hochgefährlich. Der Markt könnte ihn testen wollen.“ Deshalb will ich – ebenso wie nach neuesten Umfragen rund 60 Prozent der Deutschen – unsere gute alte D-Mark wiederhaben.

Glanz und Tragik eines Königs

Die Bayerische Landesausstellung »Götterdämmerung« versteht sich als Neuinszenierung König Ludwigs II.

Am 13. Juni 1886 fand der entmachtete bayerische „Märchenkönig“ Ludwig II. unter ungeklärten Umständen im Starnberger See den Tod. Sein 125 Jahre zurückliegender Untergang ist Anlass für die Bayerische Landesausstellung im Neuen Schloss Herrenchiemsee. Sie ist als Drama in fünf Akten angelegt. Deren Schauplatz sind die erstmals für das Publikum zugänglichen, mit nackten Ziegelwänden aufwartenden Rohbauräume des Märchenschlosses.

Das nach den Vorstellungen Ludwigs II. auf der Herreninsel im Chiemsee erbaute und eingerichtete Schloss ist eine schöpferische Interpretation von Versailles, dem Residenzschloss seines Idols: des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV. von Frankreich. Zentrum des Schlosses Herrenchiemsee ist das in Gold und Rot gehaltene Paradeschlafzimmer. Es ist größer und prachtvoller als das Versailler Vorbild.

Erster Akt der Landesausstellung: Wie Ludwig König wurde – Ludwig, Sohn König Maximilians II. von Bayern und Maries von Preußen, war 18 Jahre alt, als sein Vater unerwartet starb. „König“ schrieb Ludwig II. über eine ganze Seite in sein Tagebuch. Als stattlicher Herrscher präsentiert er sich in Krönungsmantel und Generalsuniform auf dem von Ferdinand Piloty 1865 gemalten Staatsporträt.

Zweiter Akt: Wie der König Krieg führte und einen Kaiser über sich gesetzt bekam – Bayern war mit Preußen verbündet. Als Frankreich 1870 Preußen den Krieg erklärte, zogen bayerische Truppen mit ins Feld. Gezeigt wird der berühmte „Kaiserbrief“ vom 30. November 1870, den zu schreiben sich Ludwig II. unter dem Druck seiner Minister genötigt sah. Als zweitmächtigster Herrscher des damals entstehenden Deutschen Reiches trug er im Namen der anderen Fürsten König Wilhelm I. von Preußen die Kaiserkrone an. Den Entwurf für Ludwigs Handschreiben lieferte Bismarck. Damit war die Reichseinigung eingeleitet. Mit ihr verlor Bayern seine Souveränität.

Dritter Akt: Wie der König seine Gegenwelten schuf – Fortan betätigte sich Ludwig II. als König der Kultur. Er war Förderer von Richard Wagner. Die Bühnenbilder zu Wagners Musikdramen wiederum lieferten dem König wichtige Anregungen für die Inszenierung seiner Schlösser. Nach den Worten Richard Loibls, des Direktors des Bayerischen Hauses der Geschichte, sind die Schlösser Ludwigs II. als Abfolge von Bühnenbildern, von Kulissen für ein gigantisches Historienspiel inszeniert, das sich nur und ausschließlich in der Vorstellung des Königs konkretisierte.

Prunkstück des dritten Aktes ist der mit Putten geschmückte goldene „Galaschlitten Ludwigs II.“ (1872/73). In diesem Pferdeschlitten war der Märchenkönig vorzugsweise in Winternächten auf nur für ihn angelegten Straßen unterwegs. Seit 1885 war das Gefährt aufs Modernste beleuchtet: In den Seitenlampen und der verglasten Krone strahlten Glühbirnen. Damit fuhr Ludwig das erste elektrisch beleuchtete Fahrzeug im Bayernland, vielleicht sogar überhaupt.

> Ein Prunkstück der Ausstellung ist der goldene Galaschlitten

Vierter Akt: Wie Ludwigs Königreich modern wurde – Auch der Gleichstromgenerator aus Schloss Linderhof und das als „König-Ludwig-Apparat“ vorgestellte Telefon aus Neuschwanstein sind Beispiele dafür, dass die Gegenwelten des Märchenkönigs auf dem neuesten technischen Stand waren. Unter Ludwig II. kam zudem der Bayerntourismus in Schwung. Erstes Großereignis, das Schaulustige aus dem ganzen Deutschen Reich anzog, waren die von Ludwig geförderten Oberammergauer Passionsspiele. Ausgestellt sind Kostüme der letztjährigen Aufführung.

Fünfter Akt: Wie König Ludwig starb und ein Mythos wurde – Trotz jährlicher Einkünfte von rund fünf Millionen Mark häufte der König bis 1885 etwa 14 Millionen Mark Schulden an. Aber



Parallelwelt: Ludwig II. in der Grotte in Schloss Linderhof (Postkarte, um 1900) Bild: Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg

vom Bauen war er nicht abzubringen. Er bekundete: „Mein Lebensglück hängt davon ab.“ Gezeigt wird ein Handschreiben Ludwigs II. an einen Vertrauten, in dem es heißt: „Ruhe nicht, bis Du einen gefunden hast, der für 20 Millionen gut steht.“ Es gehört in den Kontext seiner abenteuerlichen Versuche der Geldbeschaffung. Er zog gar in Betracht, den Sultan in Konstantinopel anzupumpen – oder eine Bank auszurauben. Solche Verstiegenheiten brütete der König in selbst gewählter Einsamkeit aus. In seiner Umgebung duldete er zuletzt nur noch einige Lakaien, Kutscher, Stalldiener und zum Kammerdienst abkommandierte Soldaten der leichten Kavallerie. Gerade Letztere gaben Anlass zu Gerüchten über die homosexuellen Neigungen des Königs. Die gelten heute als gewiss.

Allmählich kamen bei der Familie und den Ministern Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Königs auf. Deshalb sollte Bernhard von Gudden, Direktor der Kreisirrenanstalt von Oberbayern, ein Gutachten über den Geisteszustand Ludwigs II. erstellen. In diesem in der Schau präsentierten Dokument urteilt er, der König sei „in sehr weit vorgeschrittenem Grade seelengestört“ und leide an „Paranoia (Verrücktheit)“. Die meisten heutigen Psychiater lehnen von Guddens Diagnose ab: Der König war nicht geisteskrank, sondern litt an einer Persönlichkeitsstörung.

Daraufhin wurde am 10. Juni 1886 die Entmündigung und Regierungsunfähigkeit des Königs sowie die Übernahme der Regentschaft durch Prinz Luitpold öffentlich verkündet. Am 13. Juni brach der unter Daueraufsicht gestellte Ludwig II. gegen 18.45 Uhr in Begleitung seines Gutachters und nunmehrigen Arztes zum letzten Spaziergang auf. Kurz vor 23 Uhr fand man beide tot im Starnberger See. Im präsentierten Obduktionsbericht des Königs wird „Tod durch Ertrinken“ festgestellt. Die genauen Umstände bleiben unbekannt, so dass bis heute Mordtheorien die Runde machen.

Der tragische Tod offenbart nach Einschätzung Richard Loibls das Ende einer Epoche, die er in Anlehnung an Wagners Musikdrama "Der Ring des Nibelungen“ als „Götterdämmerung“ bezeichnet. Mit dem dramatischen Ende Ludwigs II. aber beginnt der Mythos des Märchenkönigs. Geht der Titel auf die als „Sissi“ populäre Kaiserin Elisabeth von Österreich zurück? Kurz nach dem Tod Ludwigs II. schrieb sie ein Gedicht mit der Strophe „Ja, ich war ein Märchenkönig, / Saß auf hohem Felsenthrone, / Schlanke Lilie war mein Scepter, / Funkelnd' Sterne meine Krone.“

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung „Götterdämmerung“ ist bis zum 16. Oktober im Neuen Schloss Herrenchiemsee täglich von 9 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 9,50/8,50 Euro. Katalog und Aufsatzband aus dem Primus Verlag kosten 39,90 Euro

In Kürze

Meisterwerke der Radierkunst

Im Mittelpunkt dieses Rückblicks auf vier Jahrzehnte Radierkunst im Altonaer Museum steht der 1941 in Berlin geborene Künstler Wolfgang Werkmeister. Die Ausstellung zeigt in Form einer Werkschau zahlreiche großformatige Arbeiten aus seinen Radierungszyklen, dem „Westküstenzyklus“, der Motive der Nordsee verarbeitet, dem „Ostküstenzyklus“, der an der Ostsee auf dem Darß und auf Rügen entstanden ist, und dem „Hamburg-Zyklus“, in dem der


Bild: Altonaer Museum

Beispiel aus dem Schaffen von Wolfgang Werkmeister

Künstler seinen Blick auf die Hansestadt verewigt hat.

Neben diesen Themen sind in der Ausstellung weitere Serien mit Motiven aus Norwegen und Marokko sowie Stillleben und Werkmeisters Dach- und Baustellenbilder zu sehen.

Im Rahmen der Ausstellung zeigt Wolfgang Werkmeister in speziellen Vorführungen an Druckplatten und Druckzuständen den Werdegang einer Radierung. Deren ungewöhnlich große Formate reichen an die obere Grenze des technisch Machbaren und nötigen wie der konsequente Fleiß des Künstlers dem Beschauer Staunen und Hochachtung vor der Leistung ab.

PAZ

Die Ausstellung im Altonaer Museum ist bis zum 14. August täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 6/4 Euro.

Ein Maler aus Dresden auf der Kurischen Nehrung

Richard Birnstengel fand in seiner Wahlheimat faszinierende Motive und setzte sie meisterhaft um

Es ist inzwischen viel über die Künstlerkolonie Nidden, das „Worpswede des Ostens“, veröffentlicht worden, doch können immer wieder neue Facetten hinzugefügt werden. Auffallend ist, dass es besonders Künstler aus Sachsen zu den überaus abwechslungsreichen Landschaften der Kurischen Nehrung gezogen hat. Neben Hans Kallmeyer (1882–1961), Alfred Teichmann (1903–1980), Max Pechstein (1881–1955) und Karl Schmidt-Rottluff (1884–1976) sind auch Georg Gelbke (1882–1947) und Richard Birnstengel (1881–1968) zu nennen. Als Birnstengel 1929 einer Einladung des Künstlerverbandes nach Königsberg folgte, besuchte er erstmals die Kurische Nehrung. Im Niddener Ortsteil Purwin, in unmittelbarer Nähe zu den Häusern des Malers Carl Knauf (1893–1944) und Thomas Manns (1875–1955), begann man 1938 mit dem Bau eines eigenen Häuschens. Zu Michaeli, am 29. September, war das Richtfest. Im Jahre 1939 konnten Birnstengels das Haus in Besitz nehmen.

Mit dem Bau seines Atelierhauses in Purwin trug der Dresdner Maler dazu bei, dass durch die Ansässigkeit von Künstlern nicht nur von einem Künstlerort, sondern von einer Künstlerkolonie gesprochen werden konnte.

Das etwas auf der Höhe gelegene Haus erlaubte einen weiten Blick über das Haff. Dieses Motiv mit einem davor liegenden Gehöft wurde in vielen Farbstimmungen und kompositorischen Abwandlungen variiert. Da Birnstengels durch den Erwerb ihres Hauses unabhängig vom Saisonbetrieb waren, konnte es geschehen, dass sie vor ihrer Abreise auch den ersten Schnee auf der Nehrung erlebten.

Diese Winterlandschaften gehören zu den erlesenen Seltenheiten der auf der Nehrung von zahlreichen Künstlern eher im Sommer gemalten Bilder. Seitdem konzentrierte sich Birnstengels Interesse auf die Landschaft der Ostseeküste und ihrer Menschen und gab seinem Schaffen entscheidende Impulse.

Da Birnstengels bereits im Frühjahr auf die Nehrung reisten und im Spätherbst zurückkehrten, breitet sich in den Landschaftsbildern auch die Fülle jahreszeitlicher Stimmungen aus. Diese sind geprägt von einer Fülle wechselnder Lichtphänomene: vom monotonen, stillen Grau in Grau bis zur Dramatik spannungsvoller Lichtregie, wenn sich fahl und geisterhaft die Dünen vor dunkler Wolkenwand abheben. Immer neu faszinierend: die Begegnung der Elemen-


Richard Birnstengel: Windflüchter (Aquarell) Bild: Heike Ernst

te, dieses elementare Spiel von Ruhe und Bewegung, Tosen und Stille, die oft jähen Witterungswechsel und Wunder des Atmosphärischen. Die Einsamkeit eines in bläulicher Farbigkeit vorbeiziehenden Kurenkahns steht im Kontrast zu dem farbigen, pulsierenden Leben des Markttreibens. Die landschaftlichen Darstellungen beinhalten das Haff, die Welt der Dünen, Nehrungswald mit Windflüchtern, die Fischerdörfer und die Ostsee. Oft sind in diese Landschaften die Nehrungsbewohner integriert, welche im Einklang mit der Natur lebten. Gerne fuhren Birnstengels mit einer Pferdekutsche in den Elchwald. Wie traumhaft taucht das Tier aus dem Dickicht auf und wird von Birnstengel ebenfalls gemalt. Am Meer werden jagende Möwen über den Meereswogen beobachtet und zu Papier gebracht. Zu diesen Motiven kommt in meisterhafter Ausführung noch Birnstengels Porträtmalerei hinzu. Diese kulminierte ab zirka 1930 durch die Begegnung mit den urwüchsigen und naturverbundenen Menschen auf der Kurischen Nehrung. Er arbeitete vorrangig in Nidden jeden Sommer bis 1944. Richard Birnstengel war somit ein Vertreter der letzten Generation von Künstlern, die vor dem Exodus 1945 die Ursprünglichkeit dieser einmaligen Landschaft und ihrer Bewohner festhielt.

Diese eindringliche und realistische, zugleich fantasievolle Darstellung der Fischer und ihrer Familien zeugt von Birnstengels Identifikation mit den Dargestellten. Zu einigen der Familien hielt der Künstler nach der Vertreibung aus Ostpreußen weiterhin Kontakt. Er, der selbst sein Haus auf der Nehrung verlor und im Bombenhagel des Angriffs auf Dresden im Februar 1945 einen Großteil seiner Werke einbüßte, konnte mitfühlend ermessen, was es bedeutete, Besitz und Heimat zu verlieren. Birnstengels Bilder sind nunmehr Zeitzeugnisse einer Kultur, die unwiederbringlich, zugleich mit der kurischen Sprache, verloren gegangen ist.

Birnstengels Kunst vereint impressionistisch-poesievolle Auffassung mit sachlicher Wahrheitsliebe. Fern aller kurzzeitigen „ismen“ wuchs seine Kunst nicht eruptiv und revolutionär, sondern still und nachhaltig. Der Künstler sagte einmal: „Meine Kunst ist zahmer, beinahe schüchterner Art ... hat aber den Vorzug, echt zu sein.“ Statt Sensation oder Provokation überzeugt Authentizität im menschlichen und künstlerischen Sinn. Birnstengel: „Es geht in aller Kunst um den Seinsbeweis des Menschlichen.“ *A. A.*

***Andreas Albert (Hg.): „Richard Birnstengel – Ein Dresdner Maler und seine Wahlheimat auf der Kurischen Nehrung“**, Husum Verlag, Husum 2011, 72 Seiten, mit 21 schwarz-weißen und 40 farbigen Abbildungen, 14,95 Euro*

„Ostseebilder“ von Richard Birnstengel und Georg Gelbke zeigt das Kulturhistorische Museum der Hansestadt Stralsund vom 17. September bis 20. November.

Der erste Hohenzoller in Brandenburg

Der erste Hohenzoller in Brandenburg, der Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg, verdankte die Mark dem römisch-deutschen König Sigismund. Durch Vermittlung des Ritters Ehrenfried v. Seckendorf war der Nürnberger Burggraf 1409 in die Dienste des ungarischen Königs Sigismund getreten. Sein Einsatz bei dessen Ungarnzug gegen die aufständischen Magyaren war dem Ungarnkönig 20000 Gulden wert.

Noch wertvoller war für Sigismund jedoch Friedrichs Unterstützung bei der Erlangung der Herrschaft im Reich. Erreichbar und aktuell wurde dieses Ziel durch den Tod des römisch-deutschen Königs Ruprecht im Jahre 1410. Am 20. September 1411 organisierte es Friedrich, dass die Kurfürsten von Trier und der Pfalz seinen Herren zum römisch-deutschen König wählten. Elf Tage später ließ sich zwar Jobst von Mähren ebenfalls zum König wählen und das im Gegensatz zu Sigismund mit der Mehrheit der Kurstimmen. Aber das blieb insoweit folgenlos, als er bereits wenige Monate darauf unter bis heute ungeklärten Umständen das Zeitliche segnete. Nun war der Weg für Sigismund frei. Am 21. Juli 1411 wurde er einvernehmlich zum König gewählt.

Das war für die Mark insofern von besonderer Bedeutung, als Sigismund glaubte, seine Königswahl in besonderer Weise seinem Ratgeber Friedrich zu verdanken zu haben – und durch Jobst von Mährens Tod die Mark an ihn zurückfiel. So machte Sigismund Friedrich zum königlichen Rat und zu seinem



Friedrich I. Bild: Archiv

Stellvertreter im Reich. Sigismund hatte 1388 die Mark an Jobst von Mähren verpfändet. Nun, nach dem Tod des kinderlos Gebliebenen, fiel sie an ihn zurück. Und er nutzte sie, um Friedrich zu danken. Am 8. Juli 1411 bestellte Sigismund Friedrich zum erblichen obersten Hauptmann und Verweser der Mark Brandenburg mit den Rechten eines Markgrafen, allerdings noch ohne das Kurrecht und das dem brandenburgischen Kurfürsten zugeordnete Erzkämmereramt. Auf dem Konzil von Konstanz belehnte Sigismund Friedrich dann mit der Mark und dem Erzkämmereramt.

Mit dem gleichen Geschick und Machtbewusstsein, mit dem Friedrich vormals Sigismund zur Königswürde verholfen hatte, unterwarf er sich jetzt die widerspenstige Mark. Allerdings sank sein Stern, als sein Verhältnis zum König abkühlte. Seine Annäherung an Polen durch die von ihm betriebene Verlobung seines zweiten Sohnes Friedrich mit der polnischen Königstochter Hedwig nahm ihm nämlich nicht nur der Deutsche Orden übel, sondern auch der römisch-deutsche König. Sigismunds Wechsel auf die Seite der Gegner Friedrichs erschwerte diesem die Arbeit in Brandenburg und schwächte seine dortige Position. Der ständigen Fehden und Reibereien müde, übergab Friedrich die Regentschaft in der Mark seinem Sohn Johann und zog sich auf die fränkische Cadolzburg seiner Vorfahren zurück, wo er am 20. September 1440 verstarb. Wenn Friedrich sich auch aus Brandenburg wieder zurückzog – die Hohenzollern blieben. *M.R.*

Die »Tante Ju« weihte ihn ein

Vor 75 Jahren wurde der »Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main« eröffnet

Preußens Luftfahrtgeschichte ist aufs Engste mit Frankfurt am Main verbunden. In der 1866 vom Königreich annektierten Stadt der Paulskirche wurde vor 75 Jahren Deutschlands mittlerweile größter Airport als kombinierter Flug- und Luftschiffhafen fertiggestellt.

Die Geschichte des Frankfurter Flughafens reicht bis in die Kaiserzeit zurück. Auf dem ehemaligen Hofgut Rebstock einer Frankfurter Patrizierfamilie richteten Frankfurts Stadtväter mit der ersten „Internationalen Luftschifffahrt-Ausstellung“ (ILA) nicht nur die erste eigenständige Luftfahrtmesse der Welt, sondern auch die erste internationale Plattform für die flugtechnische Kommunikation in der noch jungen Luftfahrt aus. Was in den 100 Öffnungstagen des Sommers 1909 von den ILA-Veranstaltern nach nur einem Vorbereitungsjahr der faszinierten Bevölkerung und Fachwelt präsentiert wurde, war ein umfassender Überblick über den Stand des Luftschiffbaus und der Flugtechnik in Deutschland. Noch lag das Schwergewicht der gezeigten Produkte bei Luftschiffen und Ballonen. Großer Beliebtheit erfreuten sich die den Besuchern gebotenen Freiballonfahrten. Star der Ausstellung war allerdings bereits ein Flugzeug: das der Gebrüder Wright. Extra für die Ausstellung war es für eine Woche aus der Reichshauptstadt an die Mainmetropole verbracht worden. Aus deutscher Produktion war der Doppeldecker des Flugzeugkonstrukteurs August Euler zu sehen. Die Bilanz nach den 100 Tagen konnte sich sehen lassen. Die Schau hatte 500 Aussteller mit eineinhalb Millionen Besuchern zusammengeführt – wobei manches Geschäft entstand. Orville Wright schrieb in einem Brief: „Bei der ILA ging es allein ums Geschäft.“

Aufgrund des großen Erfolges wurde bereits wenige Jahre später erneut eine Leistungsschau der Luftfahrtindustrie durchgeführt. Diese Allgemeine Luftfahrtausstellung (ALA) des Jahres 1912 fand allerdings schon in Berlin statt.

Nichtsdestotrotz diente das erste ILA-Gelände weiterhin der Luftfahrt. Nach der Gründung der „Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (DELAG) im Jahre 1909 baute diese in Frankfurt sitzende erste Luftverkehrsgesellschaft der Welt auf dem Rebstock-Gelände eine Luftschiffhalle für den Betrieb ihrer Zeppeline. 1912 wurde die Werft eingeweiht. Von diesem „Flug- und Luftschiffhafen“ aus wurde dann eine kommerzielle Personenbeförderung aufgenommen.

Zu den Luftschiffen kam schon bald als weiteres Luftverkehrsmittel das Flugzeug. Das Gelände wurde auf 100 Hektar vergrößert, die ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Gutsgebäude wurden zu Büro- und Abfertigungsgebäuden umgebaut.

1924 gründete die Stadt Frankfurt mit der „Junkers-Luftverkehr-AG“ und Frankfurter Geschäftsleuten die „Südwestdeutsche Luftverkehrs-AG“ zur Übernahme und zum Betrieb des Flughafens. Im darauffolgenden Kalenderjahr starteten und landeten bereits 2357 Flugzeuge, die rund 5500 Passagiere beförderten. Die Gründung der Deutschen Lufthansa 1926 brachte weiteren Auftrieb. Frankfurt wurde neben Berlin zur wichtigsten Drehscheibe des Luftverkehrs in Deutschland.

Das Wachstum des Flughafens Rebstock stieß jedoch an Grenzen. Eine wesentliche Ausweitung des innerhalb der Stadt gelegenen Platzes war durch die ihn umgebenden Eisenbahndämme unmöglich. Bereits im 1924 vorliegendes Gutachten, das der Frankfurter Oberbürgermeister Ludwig Landmann in Auftrag gegeben hatte, bezweifelte die langfristige Ausbaufähigkeit des Flugplatzes. Sechs Jahre später beschloss der Frankfurter Magistrat nach Jahren der meteorologischen, geografischen und verkehrstechnischen Planung den Neubau eines Flughafens im Frankfurter Stadtwald südlich von Frankfurt-Schwanheim. Obwohl sich durch die Wahl des Stadtwaldes keine zusätzlichen Kosten für den Ankauf von Gelände ergaben, scheiterte das Projekt in der Weimarer Zeit an der Weltwirtschaftskrise.

Wie andere ambitionierte Pläne der Weimarer Zeit wurde auch dieser erst in der nationalsozialistischen realisiert. Am Schnittpunkt der Autobahnen Köln–Würzburg und Frankfurt–Mannheim sollte der neue „Weltflughafen“ entstehen. Außer an das Straßenbahnnetz war der neue Flughafen auch an das Netz der Reichsbahn angeschlossen, die eigens unweit eine neue Station errichtete. Neu gelegte Leitungen versorgten den Flughafen mit Strom aus dem nahegelegenen Stadtteil Niederrad.



„Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main“: Feierliche Eröffnung am 8. Juli 1936 Bild: Fraport AG

Luftschiffe und Flugzeuge sollten sich den Flughafen teilen, wobei die Zeppeline mit der 318 Hektar großen südlichen Hälfte den etwas größeren Teil der insgesamt 600 Hektar gerodeten Waldes bekamen. Immerhin sollte Frankfurt die zentrale Heimatbasis der deutschen Luftschiffe werden. Dafür wurde ab 1935 auf dem Flughafengelände die damals größte Luftschiffhalle der Welt gebaut. Für die Versorgung der Zeppeline mit Wasserstoff wurde eigens eine Gasleitung zu den Farbwerken Höchst verlegt. Und für die Familien der Luftschiffer wurde unweit des Flughafengeländes mit „Zeppelinheim“ eine eigene Siedlung errichtet.

Für die Flugzeuge wurde im nördlichen Teil neben Empfangs- und Betriebsgebäuden eine Flugzeughalle errichtet sowie ein Rollfeld, für das 100 Hektar mit einer Grasdecke überzogen wurden. Die enormen Baukosten von rund 14 Millionen Reichsmark konnten aufgebracht werden, indem das Reich massiv in das Geschäft einstieg – ein Engagement, das mit der Fertigstellung des Flughafens nicht endete. So übernahm das Reich als Hauptgesellschafter die Mehrheit am Kapital der „Rhein-Main-Luftschiffhafen GmbH“. Weitere Gesellschafter waren das Land Hessen, der Bezirksverband Nassau, die Stadt Frankfurt und die „Südwestdeutsche Flugbetriebs-AG Rhein-Main“, die ehemalige Südwestdeutsche Luftverkehrs-AG.

Am 2. Januar 1934 hatte der Gauleiter mit dem Fällen des ersten Baumes die Erd- und Rodungsarbeiten begonnen. Zweieinhalb Jahre später konnte er die Arbeiten abschließen, indem er in Anwesenheit von Frankfurts Honoratioren den Schlussstein legte. Offiziell eröffnet wurde der „Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main“ durch den Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium General Erhard Milch. Eingeweiht wurde er am 8. Juli 1936 durch eine Junkers Ju 52, die nach einem Rundflug über Frankfurt auf der Grasbahn des neuen Flugfeldes im Stadtwald landete.

Gestartet war die „Tante Ju“ zu diesem Einweihungsflug vom alten Flughafen in Rebstock. Er hatte ausgedient und wurde 1936 geschlossen. Heute befindet sich dort ein Volkspark mit Erlebnisbad. *Manuel Ruoff*

Nun auch Rosenberg

Dauerausstellung des Kulturzentrums Ellingen über die 700-jährige Geschichte der Kreisstadt

Zahlreiche heute polnische Städte sind an ihrer Vergangenheit interessiert – so erhielt auch Rosenberg (Susz) vom Kulturzentrum Ellingen eine Dauerausstellung, in der die Geschichte der Stadt dargestellt wird. Diese wurde nun im Sport- und Erholungszentrum der im Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen gelegenen Kreisstadt eröffnet.

Um die 700-jährige Geschichte Rosenbergs in der Erinnerung zu bewahren und den nach dem Zweiten Weltkrieg zugezogenen Bürgern der Stadt zugänglich zu machen, hat das Kulturzentrum Ostpreußen wie zuvor den Städten Stuhm, Preußisch Holland, Saalfeld und Lyck auch Rosenberg einen geschichtlichen Abriss erstellt. Dies ist die fünfte Dauerausstellung aus Ellingen für die heute in Polen liegenden Städte. Mit großem Interesse der Bevölkerung und der politischen Führung wurde die Ausstellung „Rosenberg – Geschichte der Stadt“ der Öffentlichkeit übergeben. In der Dauerausstellung im Sportzentrum zeigen insgesamt 42 Bildtafeln die Entwicklung Ostpreußens sowie der Stadt bis in die Neuzeit.

Ursprünglich war die Gegend des heutigen Rosenberg bereits in der Mittleren Steinzeit bewohnt, nach der Völkerwanderungszeit lebten hier die Prußen. Nachdem die von den polnischen Herzögen erstrebte Christianisierung erfolglos blieb, rief Konrad von Masowien 1226 den Deutschen Orden zu Hilfe. Dieser gründete mehrere Stützpunkte im Kulmer Land und drang in das Gebiet des Großen Weichselbogens ein, wo nach 1280 die Gegend östlich von Marienwerder besiedelt wurde. Es entstanden die bischöflichen Stadt Riesenburg (1300) und Saalfeld (1305). Auf dem bischöflichem Gebiet wurde auch 1305 Rosenberg das erste Mal erwähnt. Dies geschah zur Zeit von Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen, als sich das pomesanische Domkapitel entschloss, am Ufer des Rosenberger Sees eine Siedlung zu gründen, die 1314 oder 1315 die kulmischen Stadtrechte verliehen bekam. Bereits 1305 hatte man Stadtmauern und eine hölzerne Kirche errichtet, 1391 wurde das dann 1414 während des Hungerkrieges durch Feuer zerstörte Rathaus erstmals erwähnt. Im Mittelalter war die Stadt mit einer Mauer und 17 Türmen sowie einem Graben umgeben.

Geschichtliches im Sport- und Erholungszentrum

1527 wurde das Bistum Pomesanien aufgehoben. Das Amt Schönberg mit Rosenberg war von 1532 bis 1817 eine dem Landesherrn direkt unterstellte Mediatstadt.

Im 16. Jahrhundert kamen neue Siedler aus Polen, meist Glaubensflüchtlinge, in die Gegend. Diese gaben dem Ort erstmals den Namen „Susz“. Nach der Ersten Polnischen Teilung wurde Rosenberg zu Westpreußen geschlagen.

Nachdem die Stadt über die Mauern hinausgewachsen war, wurden diese 1810 fast gänzlich abgebrochen. Die modernen Chausseen erreichten 1845 Riesenburg, Christburg und Saalfeld, 1875/76 wurde ein Bahnhof an der ab 1873 gebauten Bahnstrecke Danzig–Marienburg–Soldau errichtet, die auch heute noch eine Hauptverkehrsader der Stadt ist.

Im Ersten Weltkrieg eroberte die russische Armee auch Teile von Ostpreußen. Unter General Paul von Hindenburg, dessen Familie in Neudeck im Kreis Rosenberg lebte, war nach der Schlacht von Tannenberg vom 24. bis 30. August 1914 die Bedrohung aus dem Osten vorüber. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages mussten beziehungsweise durften die Bewohner der Stadt abstimmen, ob sie beim Deutschen Reich verbleiben oder zu Polen gehören wollten. Am 11. Juli 1920 entschieden sich 2430 Bürger für das Reich, nur acht Stimmen wurden für Polen abgegeben. Im Kreisgebiet stimmten von den 34500 Einwohnern nur 1073 für den Anschluss an Polen. Durch die angepassten Verwaltungsstrukturen war nun Rosenberg bis 1939 Kreisstadt im Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen.

2430 Bürger stimmten 1920 für das Reich, acht für Polen

Als am 12. Januar 1945 an der Ostfront die russische Großoffensive begann und bis zum 18. Januar alle deutschen Stellungen durchbrochen waren, folgte am 20. Januar der Befehl zur Räumung. Die Stadt wurde am 23. Januar von russischen Truppen besetzt, nur die Kirche und drei Wohnhäuser überstanden die Zerstörungswut. 630 Jahre nach der Gründung war die Stadt praktisch vernichtet.

Im Frühjahr 1945 entstand die sowjetische Militärkommandantur, die ersten Vertreter der polnischen Verwaltung erschienen im April 1945, aber erst Ende Mai wurde die Zivilverwaltung an Polen abgegeben. Im August 1945 wurden der neue Kreis Rosenberg sowie neue Ämter für dessen Verwaltung gebildet.

Bereits im Juni 1945 kamen die ersten Polen aus Wolhynien sowie Umsiedler aus der Warschauer und Bromberger Gegend. Im Mai 1946 bekam die Stadt offiziell den Namen „Susz“. Rosenberg ist nun Zentrum einer Land- und Stadtgemeinde im Kreis Deutsch Eylau (Iława). Dieser Kreis gehört seit 1995 zur Woiwodschaft Ermland-Masuren mit Sitz in Allenstein. Am 31. Dezember 2007 hatte die Stadt 5857 Einwohner.

Zur Ausstellung „Sieben Jahrhunderte Rosenberg – die Geschichte der Stadt“, die in wesentlichen Teilen von Wiesław Roman Gogan sowie Bernhard Denga vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gestaltet wurde, ist ein Begleitheft erschienen, das für den Preis von vier Euro zuzüglich Porto und Versandkosten beim Kulturzentrum Ostpreußen in 91792 Ellingen, Schlossstraße 9, Telefon (09141) 86440 erworben werden kann. *Manfred E. Fritsche*

Biedermann im Élysée

Zum 100. Geburtstag des französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou

Nachfolger eines „Großen“ haben es schwer. In Bonn bekam das in den 1960er-Jahren Ludwig Erhard zu spüren – die Kanzlerstiefel des großen Konrad Adenauer wollten dem zuvor so erfolgreichen und verdienstvollen Vater des Wirtschaftswunders einfach nicht passen. Wenige Jahre nach dem Scheitern Erhards befand sich in Paris George Pompidou in einer ähnlichen Lage: als Nachfolger des übermächtigen Charles de Gaulle, der nach einem unnötig überreizten Politpoker überstürzt den Élysée-Palast verlassen hatte.

Der biedere, behäbige und eher unauffällige Dorflehrersohn aus dem Zentralmassiv, Frankreichs Armenhaus, im mächtigsten Amt der Fünften Republik – konnte das auf Dauer gut gehen? Die Franzosen, die ihn am 15. Juni 1969 mit 58,2 Prozent im zweiten Wahlgang zu ihrem neuen Staatschef gekürt hatten, sahen ihn mehrheitlich als Übergangspräsidenten. Denn weder die gaullistische Rechte noch die sozialistisch-kommunistische Linke waren mit einem das jeweilige Lager überzeugenden Kandidaten ins Rennen gegangen; schließlich traten mit Georges Pompidou und Alain Poher zwei zum Verwechseln ähnliche konservative Politiker zur Stichwahl an – was witzige Kommentatoren animierte, einen fiktiven Kandidaten namens PomPoher zu präsentieren.

Obwohl Poher als Senatspräsident und nach de Gaulles Rücktritt kommissarisch amtierender Staatspräsident den Amtsbonus auf seiner Seite wähnte, konnte Pompidou sich mit seiner unspektakulären Beharrlichkeit durchsetzen. Sein Sieg signalisierte zugleich einen behutsamen Wandel im Staatsverständnis der Franzosen: Poher blieb im traditionellen Zentralismus verhaftet und konzentrierte seinen Wahlkampf weitgehend auf den Großraum Paris, Pompidou hingegen ging in die Provinz und gewann dort die Mehrheit.

Dieser Linie blieb er in seiner Amtszeit als Präsident treu. In kleinen Schritten begann er, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Fokussierung auf die Metropole aufzuweichen. Heute ist die von ihm eingeleitete Regionalisierung auf gutem Wege, aber immer noch weit entfernt vom Föderalismus bundesdeutscher Machart.

Georges Pompidou, vor 100 Jahren, am 5. Juli 1911, in Montboudif im Zentralmassiv geboren, war nicht einmal fünf Jahre im höchsten Staatsamt; am 2. April 1974 starb er an einer seltenen Blutkrankheit. Doch hat er in dieser kurzen Spanne das Bild der Fünften Republik nachhaltig geprägt. Er öffnete das Land außenpolitisch und überwand so die von de Gaulle in seinen letzten Amtsjahren betriebene Isolierung. So stimmte er dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu und normalisierte das völlig zerrüttete Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Zwischen ihm und Richard M. Nixon wäre eine ähnlich peinliche Szene undenkbar wie jene nach Adenauers Beisetzung auf der Terrasse der Villa Hammerschmidt, als Bundespräsident Heinrich Lübke sich abmühte, die Trauergäste Charles de Gaulle und Lyndon B. Johnson zum ungewollten Händedruck zu verkneten.

Innenpolitisch gelang es Pompidou, die von der 68er Revolte aufgerüttelte Nation wieder zu befrieden. Er reformierte das bis dahin in dumpfer Hofberichterstattung verhaftete Fernsehen, reagierte auf die weltweite Ölkrise, indem er energiepolitisch die Weichen in Richtung Kernkraft stellte. Die Wirtschaft öffnete er behutsam für Mitbestimmung nach deutschem Vorbild. Die in der Hauptstadt argwöhnisch beäugte Regionalisierung versüßte er den Parisern, indem er ihnen einen neuen Flughafen, eine Ringautobahn und ein nationales Zentrum für zeitgenössische Kunst bescherte, das Centre Pompidou. Der auch heute noch futuristisch wirkende Komplex füllte das Vakuum, das durch die Verlagerung der Markthallen an die Peripherie aufgerissen war – Paris hatte seinen „Bauch“ verloren, aber ein neues kulturelles Herz gewonnen. Dass es seinen Namen trägt, ist die verdiente Anerkennung für einen Staatsmann von außergewöhnlich hoher Intelligenz, ausgeprägten kulturellen Ambitionen und breiter humanistischer Bildung. Die Nummer 1 der Fünften Republik war er nicht einmal für eine volle Amtszeit, von 1969 bis 1974 – Nummer 1 der Nation aber war er schon als 16-Jähriger: 1927 gewann er den landesweiten Schülerwettbewerb in Altgriechisch.



Klimawandel: Pompidou (rechts) und Nixon (links) verstanden sich besser als ihre Vorgänger de Gaulle und Johnson. Bild: pa

Anders als Ludwig Erhard hat Georges Pompidou es auch im mächtigsten Staatsamt zu höchst respektablen Leistungen gebracht. Was die beiden verbindet: Ihr Verhältnis zu den jeweiligen Nachbarn blieb stets unterkühlt.

Hans-Jürgen Mahlitz

War »Barbarossa« ein Vernichtungskrieg?

Inwieweit auch die deutsche Seite Massenvergewaltigungen als Mittel der Kriegführung einsetzte

Die Kriege gegen Frankreich und Großbritannien waren, und als solche gelten sie auch in der gesamten historischen Literatur, „europäische Normalkriege“, bei denen es darum ging, auf konventionelle Weise den Gegner niederzuringen. Anders war es im Osten. Adolf Hitler hatte in seinem Buch „Mein Kampf“ als 36-jähriger Politiker einer damals unbedeutenden Partei, die gerade eine Niederlage erlitten hatte, als sie einen Putsch versucht hatte, seine Auffassung vertreten, Deutschland hätte, statt sich um über überseeische Kolonien wie die meisten anderen europäischen Länder zu bemühen, Siedlungsraum in Osteuropa gewinnen müssen. Dieses dünn besiedelte Gebiet sei reich an Bodenschätzen, die Deutschland fehlten, und biete Siedlungsraum genug. Solche Gedankengänge eines gerade gescheiterten Politikers wurden von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Tatsächlich aber blieb die Grundidee in Hitlers Kopf lebendig, ohne dass es dafür später konkrete Planungen gegeben hätte.

Und so hatte denn bei Kriegsbeginn tatsächlich das Deutsche Reich keinen Gesamtplan für das langfristige Vorgehen im Osten. Man reagierte lediglich auf den Lauf der Ereignisse und auf das Vorgehen der Nachbarstaaten. Und dazu gehörte die nie verhehlte Absicht der sowjetischen Führung, im Rahmen der kommunistischen Weltrevolution zunächst Deutschland und dann Europa militärisch anzugreifen – allerdings nicht im Juni 1941, sondern erst, wie es inzwischen die nicht auf die deutsche Alleinschuld fixierten Historiker festgestellt haben, vermutlich ein Jahr später.

Es gibt mehrere einzelne Ausarbeitungen staatlicher oder halbstaatlicher Institutionen über Teilaspekte eines Konzepts, wie mit den eroberten Ostgebieten und seinen Völkern umgegangen werden könnte. Sie werden, obwohl

Vernichtet werden sollte das sowjetische Imperium

sie nicht aufeinander abgestimmt sind, heute als „Generalplan Ost“ zusammengefasst. Sie sind teilweise aberwitzig, weil sie offenbar Herrschaftsansprüche befriedigen sollten, die mit dem vorhandenen deutschen Potenzial sowie der deutschen Wirtschafts- und Militärkraft nie hätten bewältigt werden können. Es spukte aber in Hitlers Kopf die alte Idee, nach der sich Deutschland nunmehr im Osten nach dem Muster etwa Großbritanniens, das damals mehr als ein Viertel der Erdoberfläche beherrschte, ein Imperium oder einen Kolonialraum für deutsche Siedler schaffen sollte. Dabei sollte die bolschewistische Führungsschicht, und die war nach Hitlers Wahnvorstellungen gleichbedeutend mit einer jüdischen Schicht, liquidiert werden. Die Bevölkerung müsste dann unter deutscher Herrschaft etwa so leben, wie die Inder unter der Kolonialherrschaft der Briten. Und tatsächlich tauchte damals bei der politischen wie auch militärischen Führung bereits der Begriff des „deutschen Indiens“ auf.

Das steckte hinter dem heute propagandistisch verwendeten Begriff, Deutschland habe einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Völker Osteuropas geführt, wobei man eine einheitliche und klare Deutung dieses Begriffes in der Literatur vergeblich sucht.

Vernichtet werden sollte das sowjetische Imperium samt seiner bolschewistischen Führungsschicht. Eine bereits umgesetzte Maßnahme war sicherlich der Kommissarbefehl, der die Erschießung gefangener kommunistischer Funktionäre vorsah, allerdings in der Praxis nur selten ausgeführt wurde und nach nicht einmal einem Jahr nach Beginn der

Vergewaltigungen waren strafbewehrt

Kampfhandlungen wieder aufgehoben wurde. Solche Ziele waren der großen Masse der Wehrmachtsoldaten nicht bekannt.

Ein zweiter Vorwurf, gegen den sich viele der noch lebenden alten Soldaten heftig wehren, ist die zwar nicht in der wissenschaftlichen Fachliteratur, wohl aber von den sich immer noch als Umerzieher fühlenden Journalisten einiger Massenmedien verbreiteten Behauptung, die deutsche Führung habe die Massenvergewaltigung von osteuropäischen Frauen als Mittel der Kriegführung eingesetzt. Vergewaltigungen seien daher angeblich straffrei geblieben.

Das nun ist eine handfeste Lüge, die mit nichts belegt werden kann. Birgit Beck und Regina Mühlhäuser, Autorinen von „Wehrmacht und sexuelle Gewalt. Sexualverbrechen vor deutschen Militärgerichten 1939-1945“, Paderborn 2004, beziehungsweise „Eroberungen. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941–1945“, Hamburg 2010, auf die sich solche Journalisten berufen, versuchen zwar, diesen Eindruck zu erwecken, müssen aber eingestehen, dass es dafür nicht die geringsten Beweise gibt.

Eine Kollektivschuld der damaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS oder gar ihrer Nachkommen von heute gibt es nicht. Schuld haben jene auf sich geladen, die Verbrechen begangen oder veranlasst haben, und die gab es natürlich auch in den Reihen der deutschen Truppen. Und die wird es auch bei den Truppen der siegreichen Alliierten gegeben haben, nur dass sie nie Gegenstand der historischen Forschung gewesen sind.

Nach dem Kriege wurde den Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS von zahlreichen führenden Militärs der Siegermächte bescheinigt, dass sie ritterlich gekämpft haben.

Hans-Joachim von Leesen

Flugschau in Berlin-Gatow

Das Luftwaffenmuseum der Bundeswehr, der Förderverein und die Flying Group Gatow Berlin e.V. haben zusammen auf dem ehemaligen Flugplatz Gatow eine Modellflugschau veranstaltet. Vergangenes Wochenende gab es wieder (Modell-)Flugverkehr am Himmel über Gatow. Piloten aus ganz Deutschland wirkten bei dieser Modellflugschau mit.

Einige Höhepunkte aus den 115 Flugmodellen: Ramon Lehmann



Graulich mit seiner F-104

hat seine zweimotorige „Transall“, das aktuelle Transportflugzeug der Bundeswehr, mit vier Metern Spannweite vorgeflogen. Claus Stöven aus Jork führte seinen historischen Dreidecker, seine Fokker DR 1 aus dem Ersten Weltkrieg, vor. Friedhelm Graulich aus Petershagen kam mit seiner Lockheed F-104 „Starfighter“ mit einer Spannweite von 1,6 Metern, die wie das Original von einer Strahlturbine



German Aerobatic Team mit seinen Jak-55M Bilder (4): Archiv

angetrieben wird. Das German Aerobatic Team zeigte Synchronflug. Die Berliner Ingo Brauer und Randolph Brömer waren mit zwei russischen Kunstflugzeugen des Typs Jakowlew Jak 55 M dabei. Horst Schneider aus Celle brachte eine Bücker Bü 133 „Jungmeister“ mit, ein Schul- und Übungsflugzeug aus den 30er Jahren. Dieter Beulcke und Thomas Komenda, auch als Stan & Olli bekannt, wa-



Stan & Oli mit ihren YMF-5

ren mit ihren Doppeldeckern Waco YMF-5 mit einer Synchronflugschau dabei. Aus Pommelsbrunn kam Thorsten Siee und flog mit seinem Hubschrauber Kaman K-Max. Für rasanten Kunstflug sorgte Andreas Bröger aus Berlin, mit seiner „Extra 330“. Olaf Bechmann aus Trittau war mit seiner Grumman F8F-2 „Bearcat“, einem trägergestützten Jagdeinsitzer aus dem Zweiten Weltkrieg, zu sehen. Den



Thorsten Siees K-Max mit Pilot

aktuellen chinesischen Kampfjet Chengdu J-10 brachte Marco Bekker aus Ziltendorf zur Flugschau mit. Außerdem wurden ein Seglerschlepp gezeigt und Absprünge von Modell-Fallschirmspringern durchgeführt.

Im Rahmen der Flugschau bestand auch die Möglichkeit, Ausstellungen des Luftwaffenmuseums zu besuchen, darunter auch die aktuelle Sonderausstellung „Ende – Neuanfang“ über das „Zusammenwachsen zweier Armeen“. *PAZ*

»Warum habt ihr das geschehen lassen?«

Zu: „Der Politik ist es egal“ (Nr. 21)

Keinem der heute bekannten Politiker und der derzeitigen politischen Parteien trauen wir Ehrlichkeit und Führungsqualität zu, ein so zusammenbrechendes Land aus der Krise zu führen. Wenn nämlich die sozialen Probleme im Inland und dazu die Euro-Finanzprobleme des Auslands nicht mehr mit deutschem Geld geregelt werden können, werden andere als heutige Lösungswege, andere politische Ideen statt der bisherigen Wahlbestechungen die politische Diskussion bestimmen und auch die heutigen Tabu-Themen von Demagogen des linken oder rechten Randes mobilisiert werden, um die Versäumnisse der Altparteien und Altpolitiker zu brandmarken und den politischen Kampf anzuheizen.

So sicher wie der zweite Teil der Krise kommen wird und muss, werden über die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Krise die unfähigen Politiker und Parteien hinweggefegt und tief greifende Veränderungen entstehen. Die Krise der 30er-Jahre hat in den USA und den meisten europäischen Ländern zu Sozialismus, im schlimmsten Fall zu Nationalsozialismus und Kommunismus geführt. Wir können nur hoffen, dass uns in der kommenden Krise Demagogen und Extremismus erspart bleiben und die Sanierung per Saldo demokratisch bleibt.

Dennoch werden unsere Kinder die gleiche Frage an uns wie wir selbst an unsere Eltern stellen: „Warum habt ihr das geschehen lassen?“ Wir haben nämlich Bankenherrschaft (Plutokratie statt Demokratie), Immigration und den Konkurs unseres Wohlstandes und unserer Sozialsysteme ebenso wenig verhindern können wie unsere Väter das damalige Unheil. Der einzige Unterschied liegt darin, dass die schädlichen gesellschafts- und wohlstandsvernichtenden Weichenstellungen heute nicht mehr national, sondern international gesteuert und erzwungen werden.

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover

Ein Almosen nur

Zu: Ein Prozent Rentenerhöhung

Warum sind die deutschen Rentner so still? Es hat ihnen die Sprache verschlagen! Unsere demokratisch legitimierten Volksvertreter, die sich ungeniert die Taschen vollstopfen, die uns nicht einmal den jährlichen Kaufkraftschwund ausgleichen, die nur noch von der Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt werden, erdreisten sich, uns Rentnern mit einer „Ein-Prozent-Rentenerhöhung“ abzuspeisen.

Die sollen sich die Almosen in die Haare stecken! Den Rest können sie nach Griechenland spenden ...

Horst Ernst Zarbock, Kassel

Was haben wir nicht alles bezahlt!

Zu: Vertriebene

„Es ist doch alles schon so lange her“, zitiert Ruth Geede eine Gesprächspartnerin. Eben! Gerade darum ist es eine Schande, dass zwei wichtige Tatsachen in all den vielen Jahren noch nie zum Gegenstand der Erörterung gemacht wurden. Und doch sollte man, sollten wir sie tagtäglich unablässig und überall verbreiten und verkünden.

Forderungen, Forderungen, Forderungen! Renten, Wiedergutmachung, Zwangsarbeiterentschädigung und was den Polen an Geldforderungen noch so einfiel durch die Jahre. Was haben wir ihnen schon alles gezahlt! Und dabei waren sie doch mit unserem ostdeutschen Land und allem, was darin war, schon überreichlich „entschädigt“. Warum hat ihnen das noch kein verantwortlicher Politiker gesagt oder vorgerechnet? Spätestens nach den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.

Wenn sich das deutsche Volk wirklich schuldig gemacht hat, so doch das ganze Volk, alle, auch die, die uns jahrzehntelang angegriffen, angegeifert und gedemütigt haben. Auch die Großsprecher und Gutmenschen. Auch ihre Schuld haben wir bezahlt. Dafür schulden sie uns Dank. In jeder Stadt hätten sie uns eine Gedenk- und Dankesstätte bauen müssen, schon vor Jahren.

Ilse Conrad-Kowalski, Lübeck

Nicht gemeint

Zu: „An Rosa denken“ (Nr. 20)

Jan Heitmann hat zwar Rosa Luxemburgs Freiheitsforderung im internen Richtungsstreit der Kommunisten angeführt, jedoch nicht deutlich gemacht, dass die Freiheit der anderen Andersdenkenden nicht gemeint war. Nach der Parole „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ wurden alle anderen zu Todfeinden erklärt. Sie stand ebenso zur Gewaltrevolution wie ihre losschlagenden Genossen. Diese wurden von ihr kritisiert mit den Worten: „Ihr sollt erst losschlagen, wenn wir stark genug sind.“ Dieser Sachverhalt sollte auch von der *PAZ*, vor allem wegen der jungen Leser, beachtet werden. Weiteres in meiner Zeitzeugenbiografie „Ich glaube ihnen alle nicht“, welche ich unserer Jugend gewidmet habe, zum besseren Verständnis des 20. Jahrhunderts.

Martin Schröder, Detmold



Putin und Medwedew feiern den Sieg über Deutschland: „Hitler hinters Licht geführt“ Bild: ullstein

Rückgrat statt Gartenschlauch

Leserbrief zu: „Selbsterniedrigung“ (Nr. 24)

Die mit einem Deutschen verheiratete Französin Frau Kussin aus Olsberg beschreibt mit ihren kritischen Ausführungen in ihrem Leserbrief in schmerzlicher Weise den Zustand und die Befindlichkeit deutscher Gesellschaftspolitik in dem krampfhaften Bemühen um politisch vermeintlich korrekte Vergangenheitsbewältigung.

Selbsterniedrigender Kotau ist dabei ein beliebtes Instrument deutscher Politprominenz. Höchst peinliche Auftritte wie in letzter Zeit die des Bundespräsidenten Christian Wulff, der Kanzlerin Angela Merkel und des Außenministers Guido Westerwelle in diesem Zusammenhang sind deutliche Zeichen geschichtslos verinnerlichter Würdelosigkeit.

Gerard Menuhin, Sohn des großen jüdischen Violinisten Yehudi Menuhin, charakterisiert in seiner Antwort an seine politisch korrekten Vertreiber aus der Stiftung seines Vaters die Begegnung mit solchen „Persönlichkeiten“ so:

„Im Zusammenhang mit meiner Stiftungstätigkeit lernte ich eine Sorte von Funktionären und bundesrepublikanischen Prominenten in voller Pracht näher kennen, denen das Schicksal ihres Landes herzlich gleichgültig ist.

Selbst die leiseste Empfehlung, den implantierten Gartenschlauch wieder gegen ein gutes altes deutsches Rückrat auszuwechseln, wies man mir gegenüber in diesen Kreisen schrill zurück, als handle es sich um ein unmoralisches Angebot“.

Otto Schmidt, Hamburg

Was nicht in den Schulbüchern steht

Zu: „Der Krieg zweier Angreifer“ (Nr. 24)

Nach Mitteilung aus dem Kreml sollen in diesen Tagen weitere „wichtige Geheimdokumente“ zum Ausbruch des „Großen Vaterländischen Krieges“ freigegeben werden. Heinz Magenheimer und andere als Revisionisten beschimpfte Historiker dürfen Interessantes zur Frage erwarten, wer nun endgültig für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges in Anspruch genommen wird. Vielleicht stimmt es gar nicht, wonach Stalin nach dem Abschluss des Molotow-Ribbentrop-Paktes einen „Freudenschrei“ mit den Worten ausgestoßen hat: „Ich habe Hitler hinters Licht geführt!“ (Nikolai Chruschtschow, „Erinnerungen“).

Vielleicht hat der Flugzeugkonstrukteur Jakolew in seinem Buch „Ziel des Lebens“ (Moskau 1982) schamlos gelogen, als er schrieb, Stalin hätte ihn bereits im März 1940 zum Kauf von Kampfflugzeugen nach Deutschland geschickt mit den Worten: „Sorgen Sie dafür, dass unsere Leute die deutschen Flugzeuge studieren. Vergleichen Sie diese Maschinen mit unseren Neuentwicklungen. Sie müssen lernen, sie zu bekämpfen.“

Er schreibt weiter: „Genau ein Jahr vor dem faschistischen Überfall auf unser Land trafen in Moskau fünf Jagdflugzeuge Messerschmitt 109, zwei Bomber Junkers 88, zwei Bomber Dornier 215 sowie die jüngste Entwicklung, der Jäger Heinkel 100, ein.“

Eine andere Offizierskommission der Roten Armee durfte noch im Frühjahr 1941 mit Hitlers Zustimmung in deutschen Panzerfabriken und Panzerschulen herumspionieren. Man zeigte ihnen den Panzer IV. Die Sowjets wollten nicht glauben, dass dies der schwerste deutsche Panzertyp sei (Guderian in „Erinnerung eines Soldaten“), hatten sie doch selbst schon den hervorragenden schweren Panzer T 34 in der Entwicklung, gegen den die deutsche Pak 35/36 nichts ausrichten konnte. „8,8 Flak nach vorn oder türmen!“, hieß die Parole.

Mit seinem blinden Vertrauen zu Stalin, der bereits am 15. August 1939 gemeinsam mit England und Frankreich gegen Deutschland losschlagen wollte, schaufelte sich Hitler selbst sein Grab. Es ist die Tragik der Deutschen, dass sein tödlicher Schuss mindestens vier Jahre zu spät erfolgte.

Mit dem Erhalt des Friedens in einem geeinten Deutschland, unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht, wäre die Geschichte Mitteleuropas sehr viel glücklicher verlaufen – vorausgesetzt, man hätte notorische Kriegshetzer wie den Chefberater des britischen Außenministers Sir Robert Vansittard vorher zur Räson gebracht. Ihm zufolge sei „... das Deutsche Reich und die Reichsidee seit 75 Jahren der Fluch der Welt ... der Feind ist das Deutsche Reich und nicht nur der Nazismus!“ Diese Wahrheit findet man allerdings in keinem BRD-Schulbuch.

Dieter Bock, Burgstall

»Haben Sie einen Vers dafür?«

Zu: „Preußische Revolutionäre“ (Nr. 24)

In dem Artikel von Menno Aden wird behauptet, ich zitiere: „Copernicus widerlegte die auch aus der Bibel begründete Behauptung, die Erde stehe in der Mitte des Kosmos“. Ich wiederhole eine Frage eines alten Bibelschullehrers: „Haben Sie einen Vers dafür?“ Ich lese die Bibel regelmäßig seit über 30 Jahren. Mir ist es noch nie aufgefallen, dass die Bibel so etwas behauptet habe.

Im Gegenteil lesen wir, zum Beispiel, bei Jesaja 55,9: „Denn wie der Himmel höher ist als die Erde, so sind meine Wege höher als eure Wege und meine Gedanken als eure Gedanken.“ Zwar redet die Bibel oft aus dem Standpunkt des Menschen und seines Betrachtens, wie in 2. Samuel 23:4 „wenn die Sonne aufgeht“, oder vom Sonnenuntergang, so wie in 1 Könige 22,36: „und als die Sonne unterging“. Aber meines Wissens würde kein denkender Mensch in unserem Land heute je auf den Gedanken kommen, die Sonne gehe tatsächlich auf oder unter. Der Beobachter berichtet, wie er immer seine Umwelt erfährt und wahrnimmt. Darunter ist nicht unbedingt eine wissenschaftliche Behauptung zu verstehen. Sollen wir denken, der Meteorologe sei „von Sinnen“, wenn er bei der nächsten Wettervorhersage vom Sonnenauf- und -untergang spricht? Vielleicht sollte Herr Aden, bevor er Unwahrheiten über die Bibel verbreitet, die Bibel lesen.

William Hinderliter, Kiel

Durch Euro und EU in Ketten gelegt – Für ein Europa der Vaterländer

Zu: „Auf dem Weg in die Knechtschaft“ (Nr. 25)

Der Euro ist die einheitliche Währung einer internationalen Institution, die in Übereinstimmung ihre eigene Verfassung, die Verträge von Maastricht und Lissabon, gebrochen hat. Der Euro wird letztlich von einem staatenähnlichen Gebilde getragen, das im Gegensatz zu bürgerlichen Rechtsvorstellungen existiert. Mit dem Vertrag von Maastricht sollten die Haushalte der Mitglieder gegen Überschuldungen gesichert werden. Die Verträge wurden durch die Realität einer unmöglichen Finanzpolitik aller Mitgliedsstaaten ad absurdum geführt.

Die Währung wurde auf keiner einheitlichen Gesetzgebung für Wirtschaft, Finanzen und Sozialwesen aufgebaut. 27 Sprachen, 27 nationale separate Ansprüche, 27 Souveränitäten können kein gemeinsames Staatengebilde tragen. Konzessionen und Rücksichtnahmen auf die individuellen Interessen der Teilnehmer verwehren ein zielgerichtetes, konstruktives Handeln.

Die Völker Europas sind nicht durch demokratische Regeln zusammengeführt worden. Unter ihrem Ausschluss hat eine logenähnliche Mafia der Regierungen Abkommen und Verträge geschlossen.

Der Zwang zum Euro wurde durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöst. Die EU war als Kette für ein potentiell unzuverlässiges und für den Frieden der Welt gefährliches Deutschland geschaffen. Sie war von Anfang an ein politisches Machtmittel gegen die absolute Souveränität des wiedervereinten Deutschland. So hat es EU-Kommissar Verheugen öffentlich bestätigt. Die EU und den Euro muss man also aus dieser Perspektive bewerten.

Die Deckung des Euro ist die Bindung an den US-Dollar. Die Überschuldung der Vereinigten Staaten ist höher als die Griechenlands. Die Haushaltsschulden der EU-Mitgliedsstaaten sind nicht mehr rückzahlbar, also haben beide Währungen keine Deckungssubstanz. Der innere Wert des Euro ist ein Bluff.

Es ist ein Irrtum, dass der Euro notwendig sei. Deutschland und seine Nachbarländer haben zur Zeit der D-Mark gut und sicher miteinander gelebt. Das deutsche Wirtschaftswunder und die nachfolgende Prosperität der Bundesrepublik waren das Ergebnis einer von der Parteipolitik unabhängigen Währungspolitik. Die für den Euro vorgeschobenen Vorteile sind geradezu Augenwischerei. Die hätten sich für alle benachbarten europäischen Länder in einem noch größeren Ausmaß unter einer allgemein anerkannten DM ergeben. Die Entwicklung der europäischen Staaten wäre unter Wahrung der im Wettbewerb gegeneinander stehenden Währungen bis heute gar erfolgreicher verlaufen.

Die Einführung des Euro hat die Gemeinschaft sehr viel Geld gekostet. Die Kosten seiner Abschaffung jedoch könnten für eine reformierte europäische Perspektive produktiv sein, denn sie würde Hoffnung vermitteln.

Der Euro ist das Symbol für eine Politik, die wieder einmal auf der Basis der Göttin Vernunft Völker- und Menschenrecht schaffen sollte. Es ist die Hybris verantwortungsloser Prinzipalen, naturgegebene Verhältnisse nach ihrer Sicht und ihrem Interesse ändern zu wollen.

Die Katastrophe des Euro stellt in der Tat die Frage nach seiner Notwendigkeit. Kann Europa auf der Basis der von den europäischen Völkern nicht verstandenen, nie akzeptierten Verträge, einer Pseudoverfassung, die der Fakten wegen gebrochen wurde, weitergeführt werden?

Ohne eine Änderung der Struktur hin zu einem Europa der Vaterländer, wie es Charles de Gaulle vorschwebte, unter Wahrung der Individualitäten der Mitgliedstaaten kann es keine erfolgreiche Zukunft geben. Auch in einer solchen Konstruktion können Kriege ausgeschlossen werden, wenn der Wille dazu besteht.

Der Euro ist das Sigel unter die Absicht geworden, Deutschland in relativierter Souveränität für alle Zeit alle Risiken europäischer und außereuropäischer Staaten auffangen zu lassen. Der Euro sollte von vornherein die Aufgabe haben, schwache Teile Europas an deutscher Wirtschaftsleistung teilhaben zu lassen. Die ursprünglich noch vorgegebenen Individualismen wurden folgerichtig durch die geschaffenen Fakten zu einer Transferunion umfunktioniert. Die Produktivität vermehrter deutscher Arbeitsplätze dient nunmehr nicht dazu, die eigenen deutschen Haushaltsschulden zu begleichen, sondern zusätzlich die Schulden Europas zu schultern.

Eine geordnete Abkehr vom Euro wird nicht mehr möglich sein. Die praktizierte „kreative Buchhaltung“ hat sich bereits zu weit von den Grundsätzen ordentlicher Buchführung entfernt.

Herbert Gassen, Bruchköbel

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 26 – 2. Juli 2011

MELDUNGEN

Nicht nur ein Riesenrad

Königsberg – Königsbergs Stadtpark hat eine neue Attraktion: ein Riesenrad. Bis vor zehn Jahren hatte bereits lange Zeit ein Riesenrad im Park gestanden, doch da es schon lange in Betrieb gewesen war und allmählich zu verfallen drohte, musste es entfernt werden. Das umgerechnet eine Million Euro teure und 40 Meter hohe neue Rad wurde in der sibirischen Stadt Krasnojarsk hergestellt. Bis zu 80 Personen finden in den Gondeln Platz. Die Hälfte der Kabinen ist geschlossen, so dass das Riesenrad auch bei Regenwetter betrieben werden kann. Eine Fahrt kostet umgerechnet 3,50 Euro für



Bild: Tschernyschew

Riesenrad im Stadtpark

Erwachsene und 1,50 Euro für Kinder. Bald soll man Königsberg nicht nur vom Riesenrad aus von oben betrachten können, sondern auch von einem 80 Meter hohen Aussichts-Ballon. Während der Ballon noch Zukunftsmusik ist, können sich im Hochseilgarten des Erholungsparks wagemutige Jugendliche bereits austoben. In 15 Metern Höhe können sie an Gerüsten, Seilen und Netzen vom einen Teil des Parks in den anderen klettern und wieder zurück. Es werden verschiedene Schwierigkeitsstufen angeboten, so dass auch Anfänger klettern können. Profis kümmern sich um die Sicherheit. *J. T.*

In den Norden Ostpreußens

Königsberg – Christian Papendick, Architekt, Fotograf, LO-Kulturpreisträger und gelegentlicher *PAZ*-Autor, führt vom 26. Juli bis 9. August eine Reise ins nördliche Ostpreußen durch. Per Schiff geht es von Kiel nach Memel. Dort werden die Reisenden von einem Bus abgeholt, der sie über die Kurische Nehrung bis nach Königsberg bringt, wo fünf Übernachtungen eingeplant sind. Von dort werden Tagestouren unternommen, bis es nach Kreuzingen bei Tilsit geht, wo ebenfalls fünfmal übernachtet wird. Danach geht es per Schiff über das Kurische Haff zur Kurischen Nehrung, wo in Nidden zweimal übernachtet wird. Danach geht es über Memel zurück nach Kiel. Nähere Informationen unter der Telefonnummer (040) 3802060. *PAZ*

Neue Zebrastreifen für Königsberg

Mit Signalfarben und neuen Materialien will die Stadt Fußgänger besser schützen

Fast täglich stirbt ein Mensch auf Königsbergs Straßen oder trägt Verletzungen davon. Das belegt die Statistik. Weil viele sich nicht mehr sicher fühlen, hat die Stadt Maßnahmen ergriffen.



Königsberg: Signalfarben sollen belebte Fußgängerüberwege wie diesen sicherer machen Bild: Tschernyschew

Dass die Autofahrer der Gebietshauptstadt ziemlich undiszipliniert sind und sich selten an Verkehrsregeln halten, ist allen bekannt. Dadurch kommt es immer wieder zu schweren Unfällen und Zwischenfällen, die sich meist auf belebten Kreuzungen ereignen. Ein besonders gefährlicher Ort ist die Altstädtische Langgasse (Moskowskij Prospekt). Hier ist es mehrfach vorgekommen, dass Frauen mit Kindern beim Versuch, die Straße zu überqueren, zu Tode kamen. Auf dem Fußgängerüberweg wohlgemerkt! Der Umstand, dass Fußgänger nicht einmal auf dem für sie bestimmten Überweg sicher sind, beunruhigt die Menschen besonders. An den meisten Unfällen waren betrunkene oder unter anderen Drogen stehende Autofahrer schuld. Besonders am Wochenende häufen sich die Unfälle. Selbst Fahrer von städtischen Großraumtaxen haben wiederholt Fußgänger auf Zebrastreifen angefahren. In letzter Zeit sind dies immer häufiger Fahrer aus Zentralasien. Überprüfungen der staatlichen Autoinspektion haben gezeigt, dass sie häufig zuvor die unterschiedlichsten Betäubungsmittel konsumiert hatten.

Um die Sicherheit auf den Straßen zu verbessern, hat die Stadt das Experiment gestartet, die besonders gefährlichen Überwege durch rot-weiße Zebrastreifen deutlich hervorzuheben. Forscher haben herausgefunden, dass die Signalfarbe Rot in Verbindung mit Weiß die Aufmerksamkeit der Fahrer erhöht. Zudem ist die Farbe aus einem besonderen Material hergestellt, das die Haftung des Autos auf der Fahrbahn erhöht und den Bremsweg verkürzt. Sie enthält außerdem reflektierende Partikel, so dass der Zebrastreifen auch im Dunkeln gut zu erkennen ist.

Die ersten dieser Zebrastreifen wurden bereits im vergangenen Jahr vor dem Hotel Kaliningrad und vor dem Zoo angebracht. Doch der Schnee in diesem Jahr hat die Farben fast vollständig verschwinden lassen, was damit zu erklären ist, dass die Farben nur im Sommer bei warmem und

Niedrige Strafen für Verkehrsrowdys

trockenem Wetter aufgetragen werden dürfen. Als die ersten Zebrastreifen auf die Straße aufgemalt wurden, war es bereits Herbst, Temperatur und Feuchtigkeitsgehalt der Luft entsprachen nicht den Herstellerrichtlinien der Farben. Deshalb mussten die Zebrastreifen nun erneut aufgemalt werden.

Obwohl die beiden ersten rot-weißen Zebrastreifen nicht lange gehalten haben, ist ihr Erfolg bereits messbar. Die Zahl der Unfälle ist deutlich zurückgegangen. Deshalb hat die Stadt Königsberg damit begonnen, weitere reflektierende Zebrastreifen einzurichten.

Leider reichen diese technischen Maßnahmen jedoch nicht aus, die Verkehrsteilnehmer zu verantwortungsvollerem Verhalten zu bewegen. Weil die Strafen weiterhin niedrig sind, ignorieren viele Autofahrer weiterhin rote Ampeln an Fußgängerüberwegen. Auch die Strafe für die Tötung eines Fußgängers auf Zebrastreifen ist nicht besonders hoch. Die Täter erhalten in der Regel nur eine kurze Haftzeit, die oft zur Bewährung ausgesetzt wird. Einige kaufen sich auch einfach frei oder lassen ihre Beziehungen spielen. Da helfen auch keine rot-weißen Zebrastreifen. *Jurij Tschernyschew*

Mit dem »Blauen Pfeil« an die Ostsee

Neue Vorortbahn bietet Königsbergern eine schnelle Verbindung nach Rauschen

Der langersehnte Sommer ist endlich da und alle Bewohner Königsberg zieht es hinaus an die Ostsee. Oft ist der Andrang in den öffentlichen Verkehrsmitteln so groß, dass die Passagiere im Bus oder in der Bahn die gesamte Fahrt über stehen müssen. Die meisten Badegäste ziehen den Bus vor, weil die Zahl der Züge nach Rauschen oder Cranz sehr begrenzt ist und es spät abends gar keine Zugverbindung mehr gibt. Die einzige Möglichkeit, abends noch nach Königsberg zurückzukehren, ist die Fahrt mit dem Bus oder einem Großraumtaxi.

Mit Beginn der diesjährigen Badesaison hat die Königsberger Eisenbahn die Fahrt ans Meer komfortabler gemacht. Seit dem 5. Juni wird der „Blaue Pfeil“, eine schnellere und modernere Vorortbahn, eingesetzt. Die neue „Elektritschka“ fährt dreimal täglich an die Ostsee, um 12.21 Uhr, 14.40 Uhr und um 17.28 Uhr. Als erste konnten sich Passagiere in Rauschen bei der feierlichen Saisoneröffnung von den Vorzügen des „Blauen Pfeils“ überzeugen. Dieser Zug ist der ganze Stolz der Eisenbahn. Die Fahrtzeit beträgt vom Südbahnhof lediglich 45 Minuten nach Rauschen, und vom Nordbahnhof 38. Der Zug fährt ohne Zwischenstopp bis zur Küste. Angesichts der schlecht ausgebauten Straßen, auf denen sich im Sommer regelmäßig kilometerlange Staus bilden, durch die eine Fahrt ans Meer mindestens anderthalb Stunden dauert, ermöglicht der Schnellzug eine enorme Zeitersparnis.



„Blauer Pfeil“: 40 Kilometer nonstop für umgerechnet 1,80 Euro Bild: Tschernyschew

Der Zug besteht insgesamt aus einem Waggon erster und drei Waggons zweiter Klasse, wobei in der ersten Klasse drei Sessel in einer Reihe und Tische angebracht sind und der Waggon mit Fernsehern und Musikanlagen ausgestattet ist. Außerdem gibt es ein Café, das heiße und kalte Getränke sowie kleine Mahlzeiten anbietet. Im „Blauen Pfeil“ gibt es auch eine Toilette, ein Luxus, den die bisherigen Vorortzüge nicht haben.

In der zweiten Klasse gibt es keine Tische und die Waggons sind insgesamt sparsamer ausgestattet. Insgesamt macht der Zug einen sauberen und gepflegten Eindruck. Der niedrige Fahrpreis von umgerechnet 1,80 Euro für 40 Bahnkilometer, zur Zeit für beide Klassen geltend, trägt zur Attraktivität der neuen Bahnverbindung bei. Die Fahrkarten kann man entweder im Bahnhof am Schalter oder im Zug beim Kontrolleur kaufen, dann kosten sie allerdings 60 Cent mehr. Der größte Vorteil des „Blauen Pfeils“ liegt in seiner Schnelligkeit. Zwar ist die Fahrt mit einer gewöhnlichen Elektritschka deutlich billiger, aber dafür benötigt sie über eine Stunde für die Fahrt nach Rauschen. *J. T.*

Ostpreussische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

in diesem Sommer wird **Caro Malessa** aus Lüdinghausen nach Ostpreußen fahren. Eingeladen von ihrem 75-jährigen Vater, weil sie als Einzige aus der achtköpfigen Enkelgeneration auf dem Gebiet der Familienforschung den Stein ins Rollen gebracht hat. Nicht zu spät, wie die Erfolge beweisen, die sie uns jetzt mitgeteilt hat, um anderen Suchenden Mut zu machen. „Es forschen ja noch immer sehr viele Menschen nach ihren Verwandten, und ich bin froh, dass ich es geschafft habe“, meint Frau Malessa. Und führt den Weg auf, der sie letztendlich zum Erfolg führte, und den beschreibt sie so informativ, dass wir ihn hier nachzeichnen wollen, zumal unsere Zeitung auch eine Mittlerrolle spielt.

Gesucht wurden von Frau Malessa Verwandte ihres Großvaters **Otto Gustav** Malessa aus Ostpreußen, der nach dem Krieg, aus russischer Gefangenschaft entlassen, nach Westdeutschland kam. Auch im *Ostpreußenblatt* wurde ihr Vater als Heimkehrer und Vertriebener aus Ostpreußen im Lager Friedland namentlich erwähnt. Leider verstarb er nach erfolgreicher Familienzusammenführung mit seiner Frau und seinen fünf Kindern bereits 1957 an den Folgen eines Motorradunfalls.

„Ich bin ein Nachzügler-Enkelkind und habe erst in den 90er-Jahren mit der Ahnenforschung begonnen“, schreibt Caro Malessa. „Mein Vater und meine Tanten hatten nur lückenhafte Erinnerungen, und aus meiner Großmutter konnte ich nicht viel über die familiären Verflechtungen seitens der Familie ihres Mannes herausquetschen. Ich habe von Ihrer Zeitung damals Tipps bezüglich Adressen bekommen, an die ich mich wenden konnte. Immerhin gab es tatsächlich eine Heiratsurkunde meiner Großeltern, die ich mir als beglaubigte Kopie vom Standesamt Berlin verschaffte. Jahre später benutzte ich das Internet, kam aber auch dort nicht entscheidend weiter. Ich erstellte einen Stammbaum auf der kostenlosen Seite ‚verwandt.de‘, die im letzten Jahr mit der amerikanischen Seite ‚myheritage.com‘ zusammengelegt wurde. Regelmäßig werden die Stammbäume verglichen.

Jetzt im März dann ein absoluter Schock: In einem anderen Stammbaum tauchten die Namen meiner Großeltern und der ihrer Kinder auf, unter denen sich ja mein Vater befindet. Geburtsjahre alle richtig und identisch. Zeitgleich erreichte mich davon unabhängig eine E-Mail mit einem Foto aus dem Jahr 1930. Es stellte sich heraus, dass die Absenderin **Monika** die Verwalterin des genannten Stammbaumes ist. Wie sie an meine E-Mail-Adresse kam? Ich hatte vor Jahren diverse Sucheinträge in Ostpreußen-Foren gestartet. Wir haben schnell festgestellt, dass unsere Großväter Brüder waren, sie und ich sind also Großcousinen, wir verstehen uns sehr gut. Ich kenne jetzt die Namen meiner Urgroßeltern und die vieler Geschwister meines Großvaters. Die Vergangenheit hat endlich ein paar Namen. Es ist unglaublich, dass so etwas über 50 Jahre nach dem Tod meines Großvaters überhaupt möglich ist.“

O doch, liebe Frau Malessa, und manchmal ist die Zeitspanne noch viel, viel länger. Wie im Fall des Monsieur **Camille Stein** aus Frankreich, der durch unsere Ostpreußische Familie die von ihm gesuchte Verwandtschaft aus Westpreußen fand. Vor einem Jahr konnten wir über diese kaum glaubliche Familienzusammenführung berichten. Die mit einem Vakuum begann, denn Camille und seine federführende Frau **Bernadette** hatten nur einen einzigen Anhaltspunkt, und der war auch noch so vage, dass wir selber an einem Erfolg zweifelten. Die Steins hatten den Geburtsort von Camilles Mutter, die schon vor dem Ersten Weltkrieg in das Rheinland und später nach Frankreich gegangen war, als „irgendwo im Osten gelegen“ bezeichnet. Die Mutter hatte nie über ihre Herkunft gesprochen, erst nach ihrem Tod fand der Sohn die betreffenden Angaben. Tatsächlich konnten wir den kleinen Ort ermitteln, es war das westpreußische Brinsk (Brynsk). Aber wie sollten wir da Verwandte ausmachen? Der Zufall übernahm die Mittlerrolle: **Francek Zaparowski** aus Polen las auf einem Besuch bei in Südostpreußen lebenden Verwandten die *PAZ* mit der Suchfrage und schrieb sofort an uns, denn er glaubte, dass er ein Verwandter von Camille Stein sein könnte. Und so war es dann auch. Unser französischer Freund fand nicht nur einen Cousin, sondern auch noch weitere Verwandte, und es gab im Juli 2010 eine Zusammenführung am Stammort der Familie, in Brinsk. Die Freude war auf beiden Seiten groß und hielt an, ja, sie konnte sogar noch gesteigert werden, denn jetzt erfolgte der Gegenbesuch der in Polen lebenden Verwandten bei den Steins in Frankreich.



Gegenbesuch aus Polen in Frankreich: Camille Stein mit seiner Familie — Bild: privat

Wir sehen auf dem Foto eine fröhliche Familie, alle Generationen sind vertreten, wenn auch leider der Mann fehlt, der die Schlüsselrolle in dieser Geschichte innehatte, der in Polen lebende Francek Zaparowski. Das war der einzige Wermutstropfen im Freudenbecher: Der 85-Jährige war am 22. Mai in seiner Heimat verstorben. Aber er hatte noch erleben dürfen, einen bis dahin unbekannten Cousin aus Frankreich zu finden, hatte diesem die Familiengeschichte erklären und mit kleinen Anekdoten bereichern können. Das war ein unverhofftes Erlebnis für ihn und er hat seine Empfindungen an Kinder und Enkel weitergegeben, so dass diese die Verbindung fortsetzen, ja noch intensivieren wollen. Wenn man dieses Foto sieht, dann verspürt man die Freude über diese Familienfindung. Und Frau Bernadette, die alles in die Wege geleitet hat, sagt uns im Namen aller Familienmitglieder Dank: „Und all dies dank Ihrer tatkräftigen Hilfe, für die wir nochmals aus tiefstem Herzen danken!“ Einen herzlichen Gruß nach Frankreich!

Von Frankreich nach England. Dorthin hatte es den aus Ostpreußen stammenden **Bruno Smeilus** nach dem Krieg verschlagen, er war nach der Gefangenschaft dort verblieben, hatte eine Familie gegründet. Nun wollte der 83-Jährige mit Hilfe seines Enkels **Richard** seine Familiengeschichte aufarbeiten und hatte sich deshalb an uns gewandt, um nach seinen Wurzeln zu forschen und noch lebende Verwandte zu finden. Bruno wurde als Sohn von **Otto** Smeilus am 21. November 1925 in Schillen/Szillen im Kreis Tilsit-Ragnit geboren, so lautet jedenfalls die uns übermittelte Angabe. Der Kirchspielvertreter von Schillen, Herr **Walter Klink**, hat sich nun mit der in Folge 20 veröffentlichten Angelegenheit befasst und schreibt: „Nach der mir vorliegenden Kopie vom Geburtenverzeichnis Kirchspiel Schillen (Szillen) 1850–1934 ist Bruno Smeilus dort nicht verzeichnet. Es handelt sich hierbei um eine nach Orten geordnete Abschrift von Taufregistern, die ich vor Jahren in einem Archiv in Wilna einsehen konnte. Dieses Dokument ist aber stark beschädigt, und es fehlen zahlreiche Seiten.“ Im Einwohnerverzeichnis des Landkreises Tilsit-Ragnit hat Herr Klink für Schillen den Molkereigehilfen **Paul Smeilus** und im nahen Ansten den Postschaffner **Max** Smeilus gefunden, weder Bruno noch dessen Vater Otto Smeilus sind dort vermerkt. Herr Klink hat sich inzwischen mit Brunos Enkel Richard in England in Verbindung gesetzt, und gemeinsam wollen sie nun weiter die Spurensuche fortsetzen, die sehr schwierig ist, weil Bruno Smeilus nur noch wenige Erinnerungen an Familie und Heimat hat, die er als 17-Jähriger verlassen musste. Irgendwelche Verwandten haben sich weder bei Richard Smeilus noch bei uns gemeldet, aber das ist wohl erst zu erwarten, wenn genauere Angaben vorliegen. Die Sache verlangt noch viel Spürsinn, den hat Herr Klink auch in Erfurt bewiesen, als er einigen Ahnensuchenden aus der Enkelgeneration schon vor Ort weiterhelfen konnte. Jetzt reist er zuerst einmal in die Heimat mit Ziel Schillen. Ich danke Herrn Walter Klink jedenfalls sehr, dass er sich der Sache so engagiert annimmt – vielleicht gibt es dann eines Tages für Mr. Smeilus ähnliche Erfolge wie für unsere Freunde in Frankreich. Beste Grüße nach England!

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Welche weiten Kreise kann doch ein Kieselstein ziehen, wenn man ihn auf eine spiegelglatte Wasserfläche wirft. Wir ostpreußischen Kinder haben es mit Vorliebe getan – „Steinchen schmeißen“ war ein beliebtes Spiel, und ein Bach, ein Teich, ein See war ja immer da. Man kann diesen Vergleich auch auf unsere Ostpreußische Familie übertragen, denn eine kleine Erinnerung, fast nebenbei erwähnt, kann weite, sehr weite Kreise ziehen. Und diese führen sogar nach Israel. Da hatten wir im vergangenen Jahr einen Zeugenbericht, der kurz nach dem Krieg aufgezeichnet wurde, die furchtbaren Geschehnisse in Königsberg nach dem Russeneinmarsch dokumentiert, indem besonders auf die kaum vorstellbaren Leistungen der Ärzte eingegangen wurde. Es wurden viele Namen genannt, und in den darauf folgenden Ausgaben tauchten immer wieder Erinnerungen an weitere Ärzte auf, denen die Mitteilenden viel zu verdanken hatten. So erwähnte ich auch unseren Königsberger Hausarzt Dr. **Rosenstock**, der vor allem bei der Behandlung der schweren Wanderrose-Erkrankung meiner Mutter unermüdlich gewesen war und ihr auch bei der Genesung half. Es meldete sich darauf eine Enkelin von ihm aus den Niederlanden, die es bewegend fand, dass sich jemand nach so langer Zeit an ihren Großvater erinnert und ihm posthum einen Dank abstattete. Wir telefonierten miteinander und konnten noch weitere Erinnerungen intensivieren. Und jetzt schlug der kleine Stein noch einen weiten, sehr weiten Kreis: Aus Israel meldete sich die Schwester der in Holland lebenden Enkelin und teilte mir mit, dass auch bei ihr die Erinnerungen an den Großvater, die sie in unserer Ostpreußischen Familie las, Emotionen geweckt hätten. Sie möchte mit mir noch weitere Erinnerungen austauschen, wenn sie in einigen Monaten nach Hamburg kommt. Ich freue mich darauf, liebe Frau **Dorette**, und sende viele Grüße nach Jerusalem.

Und dann wird noch ein ganz bestimmtes Foto gesucht, aber ich glaube, wir werden hier wenig Glück haben, denn es handelt sich um einen kleinen Ort im Samland, der nur aus einigen Höfen bestand. Er hieß Schupöhnen und lag 23 Kilometer nordwestlich von Königsberg. Schupöhnen gehörte zur Gemeinde Grünhoff, das Kirchspiel war Pobethen. Da die Geschichte des Ortes bis auf die Gründung im Jahre 1405 zurückgeht und es sich um große Höfe handelt, die wahrscheinlich seit Generationen im Familienbesitz waren, wäre es denkbar, dass noch alte Privataufnahmen existieren. Das wäre natürlich ein Zufall, aber der hat ja in unserer Ostpreußischen Familie schon oft eine Rolle gespielt. (Zuschriften an die LO Ostpreußen z. Hd. Frau **Ute Vollmer**, Buchtstraße 4 in 22087 Hamburg.)

Und auch bei der Frage von Herrn **Wolfgang W. Stawitz** aus Hofheim geht es um ein Foto, das im *Ostpreußenblatt* als „Erinnerungsfoto 478“ veröffentlicht wurde, aber das war im Jahr 1974! Das Klassenbild mit der Lehrerin Fräulein **Toni** Stawitz von der Cäcilienschule in Tilsit wurde nach Abdruck an die Einsenderin, Frau **Charlotte Woll**, zurückgesandt. Nun ist Herr Stawitz sehr an diesem Bild interessiert und hätte gerne eine Kopie von dem Original. Fast noch wichtiger sind ihm die Lebensdaten der Lehrerin, da es sich wohl um eine Verwandte handelt. Wer kann Herrn Stawitz helfen? (Wolfgang G. Stawitz, Am Berg 4 in 65719 Hofheim.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Auch im Memelland gibt es Bernstein

Schachspiel erinnert an eine Geschichte, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht – Künstler will Museum gründen

Der aus Litauen stammende Bernsteinkünstler Evaldas Geistoraitis hat auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt ein von ihm ausschließlich aus ostpreußischem Bernstein und heimischem Holz hergestelltes Schachspiel vorgestellt. Der Großvater des gelernten Straßenbauingenieurs war Preuße, stammte aus dem Raum Eydtkuhnen/Eydtkau, Kreis Ebenrode/Stallupönen und hieß Endrus Geistoreitis. Nach seiner Heirat wurde der Name in Andrius Geistoraitis litauisiert.

Über ein Jahr brauchte Evaldas Geistoraitis mit seinen zahllosen Helfern für das Kunstwerk, vom März 2010 bis April 2011. Und noch ist das Werk nicht unbedingt vollendet. So kann Geistoraitis sich durchaus vorstellen, Teile, die noch nicht aus Bernstein sind, nachträglich durch Bernsteinteile zu ersetzen. Ob er das derzeitige Unikat einmal verkaufen oder was er sonst damit machen will, weiß Geistoraitis noch nicht. Jedenfalls will er nicht ohne Stolz deutlich machen, dass es nicht nur im heute russischen, sondern auch im litauischen Teil Ostpreußens wertvolle Bernsteinvorkommen gibt.

Deren gewerblich-industrielle Ausbeutung reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Den Anfang machte ein Vorkommen bei Prökuls (Priekule), genauer lagen die Fundstellen beim Dorf Pempen. Später erst wurden bei der Vertiefung der Fahrrinne des Kurischen Haffs bei Schwarzort (Juodkrante) erhebliche Mengen Bernstein zutage gefördert. 1860 gründete der 1817 in Stolbeck bei Tilsit geborene Friedrich Wilhelm Stantien mit dem damals 30-jährigen Danziger Moritz Becker das Unternehmen Stantien & Becker, das im darauffolgenden Jahr vom preußischen Staat die Lizenz zur Bernsteingewinnung erwarb.



Schach dem Vergessen: Das Bernstein-Spiel mit seinem Erschaffer Evaldas Geistoraitis und dem „Prussia“-Präsidenten Hans-Jörg Froese (von links) — Bild: PAZ/Höge

Das 150. Gründungsjubiläum dieses Unternehmens nahm Geistoraitis 2010 zum Anlass, mit der Arbeit an seinem Bernsteinschachspiel zu beginnen. Vor und während der Fertigung unterstützte der Präsident der „Prussia, Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens“ mit Ideen und Materialien das Projekt. Auch daher schmückt das Signum der Gesellschaft wie auch eine im Bernstein eingelassene preußische Urmesstischkarte mit dem historischen Fundort bei Prökuls die Unterseite.

Nun, da dieses Meisterstück der Bernsteinkunst (im Grunde) fertig ist, hat sich der einst Straßen und Brücken bauende Bernsteinfreund ein neues Ziel gesetzt: die Gründung eines Museums der industriellen Gewinnung von Bernstein. Er setzt dabei auf die Hilfe der Europäischen Union mit ihren Strukturfonds. Wenn man bedenkt, wofür die EU ansonsten das Geld der Steuerzahler ausgibt, wäre dieses doch einmal ein lohnender Zweck – und eine weitere Brücke von der preußischen Vergangenheit zur litauischen Gegenwart wäre konstruiert. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Bieber, Betty, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 23, 69214 Eppelheim, am 9. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Janz, Herta, geb. **Böttcher**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 15, 21683 Stade, am 10. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lison, Helene, geb. **Schöntaub**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Städtisches Pflegeheim „Max Adrion“, Ameisenweg 19, Haus 2, Zimmer 354, 17033 Neubrandenburg, am 8. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hollack, Lieselotte, geb. **Preuß**, aus Lyck, jetzt Thüringer Straße 31, 27749 Delmenhorst, am 10. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Diester, Heinz, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Mühlenstraße 8, 27809 Lemwerder, am 6. Juli

Gelberg, Gisela, geb. **Meyhöfer**, aus Wehlau, jetzt Birkenstraße 40, 40233 Düsseldorf, am 10. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, Ripkeimer Straße, jetzt Fichtenstraße 3, 58332 Schwelm, am 10. Juli

Lehmann, Christel, geb. **Zschörner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenallee 5, 31157 Sarstedt, am 8. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Engel, Leni, geb. **Werner**, Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Overbruchstraße 88, 47178 Duisburg, am 6. Juli

Preißner, Irmgard, geb. **Rischko**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Käthe-Kollwitz-Straße 6, 01809 Heidenau, am 5. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brothun, Margarete, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Ratzebuschstraße 13, 57223 Kreuztal, am 6. Juli

Wienhold, Hedwig, geb. **Wiede**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Stellichte 18, 29664 Walsrode, am 9. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dimas, Mary, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, jetzt 171 East Beil Avenue, Nazareth, PA 18064, USA, am 9. Juli

Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Im unteren Weingarten 12, 88682 Salem, am 8. Juli

Gaudi, Erna, geb. **Piwek**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Holländerstraße 71, 13407 Berlin, am 8. Juli

Schönfeld, Alfred, aus Heiligenbeil, Siedlung Süd, jetzt Triftkoppel 9, 22119 Hamburg, am 30. Juni

Seeck, Gerhard, aus Hermsdorf, jetzt Eichhörnchengrund 15, 01665 Klipphausen, OT Gauernitz, am 5. Juli

Skotz, Frieda, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrich-Küderlin-Straße 5, 71332 Waiblingen, am 5. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aukthun, Lieselotte, geb. **Gutzeit**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Schlehenring 14, 37079 Göttingen, am 10. Juli

Brink, Hans-Ulrich, aus Treuburg, jetzt Dammstraße 3, 35390 Gießen, am 4. Juli

Grego, Helene, geb. **Gallmeister**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt GDA-Stift, App. 5309, Osterfelddamm 12, 30627 Hannover, am 9. Juli

Jarling, Annemarie, geb. **Reichert**, verw. **Huwe**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Beethovenstraße 16, 17438 Wolgast, am 6. Juli

Kikel, Hildegard, geb. **Fahle**, aus Heiligenbeil, Rotgerber Straße 9, jetzt Dechtower Weg 30 C, 16833 Fehrbellin, am 8. Juli

Kilanowski, Erika, geb. **Braun**, aus Lyck, jetzt Hochstraße 134, 58095 Hagen, am 10. Juli

Kowalewski, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Josef-Müller-Straße 126, 38300 Wolfenbüttel, am 7. Juli

Liknis, Irmgard, geb. **Chlupka**, aus Treuburg, jetzt Wildenbruchstraße 34, 40549 Düsseldorf, am 10. Juli

Oberheuser, Elisabeth, geb. **Bodin**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Ruhrufer 6, 59939 Olsberg, am 4. Juli

Püschel, Elfriede, geb. **Tolusch**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Kampstraße 89, 45768 Marl, am 10. Juli

Schaar, Dorothea, geb. **Kaminski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Hirschbergstraße 16, 74189 Weinsberg, am 9. Juli

Schmidt, Gertrud, geb. **Sokolowski**, aus Ortelsburg, jetzt Bingstraße 30, App. 20726, 90480 Nürnberg, am 4. Juli

Spionek, Elisabeth, geb. **Papst**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Osterende 33, 21785 Belum, am 4. Juli

Steffen, Viktor, aus Bischofstein, Kreis Rößel, jetzt Seniorenzentrum, Peterstraße 21 A, 23701 Eutin, am 5. Juli

Sonder, Marie, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Sonnige Höhe 22, 44894 Bochum, am 7. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behringhoff, Erna, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Engelbertusstraße 54, 45473 Mülheim, am 9. Juli

Bondzio, Kurt, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Halfmannstraße 107, 47167 Duisburg, am 5. Juli

Bruderek, Ernst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, jetzt Hollernstraße 86, 21723 Hollern, am 4. Juli

Cordts, Gerda, geb. **Anton**, aus Königsberg, jetzt Alte Heerstraße 8 A, 28259 Bremen, am 6. Juli

Fibinger, Anton, aus Tapiau, Soldatenweg, Kreis Wehlau, jetzt Danziger Straße 3, 31515 Wunstorf, am 4. Juli

Gese, Irmgard, geb. **Przewersinski**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Wiekenbrink 40, 31840 Hessisch-Oldendorf, am 10. Juli

Hagel, Walter, aus Sieden, Kreis Lyck, jetzt Röntgenring 2, 40878 Ratingen, am 7. Juli

Hoffmann, Siegfried, aus Tapiau, Wagner Straße, Kreis Wehlau, jetzt Siepertring 12, 59889 Eslohe, am 10. Juli

Janzen, Gerhard, aus Hoffnungmühle, Kreis Mohrungen, jetzt Heroldstraße 6, 46119 Oberhausen, am 7. Juli

Lange, Elsa, aus Starkenburg, Kreis Wehlau, jetzt Seniorenheim Langhans-Stift, Grambeker Weg 52, 23879 Mölln, am 18. Juni

Meiser, Ulrich, aus Grünheide, Kreis Treuburg, jetzt Vor den Höfen 36, 29646 Bispingen, am 9. Juli

Sachs, Dorothea, geb. **Mex**, aus Treuburg, jetzt Arminiusstraße 12, 90402 Nürnberg, am 9. Juli

Salasse, Georg, aus Kraftborn, Kreis Breslau, jetzt Rockwinkler Heerstraße 119 C, 28355 Bremen, am 5. Juli

Woyke, Erwin, früher Uggehnen, Kreis Samland, jetzt Veilchenstraße 58, 72461 Albstadt, am 8. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Gerhard, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schützenring 58, 25899 Niebüll, am 7. Juli

Buzikowski, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, jetzt Lenneper Straße 4, 42855 Remscheid, am 6. Juli

Danielowski-Carlsson, Gerti, aus Königsberg, jetzt Wilhelm-Böhmert-Straße 2, 28355 Bremen, am 22. Juni

Felgendreher, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Gleinauer Straße 68, 01139 Dresden, am 7. Juli

Feller, Rita, geb. **Weber**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Victor-Klemperer-Straße 10, 01217 Dresden, am 10. Juli

Felske, Lieselotte, geb. **Bednarz**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Römerstraße 127, 41462 Neuss, am 9. Juli

Foehn, Waldemar, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Nachtigallenweg 4, 58507 Lüdenscheid, am 8. Juli

Gerlach, Grete, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Horeth 19, 64372 Über-Ramstadt, am 6. Juli

Grönitz, Christel, geb. **Maecklenburg**, aus Lyck, jetzt Ihlinger Straße 47, 72160 Horb, am 10. Juli

Klauschnies, Gerhard, aus Schönrade, Kreis Wehlau, jetzt Roggenkamp 1, 48165 Münster, am 5. Juli

Kositzki, Jürgen, aus Ortelsburg, jetzt Niederdonker Straße 32, 40547 Düsseldorf, am 5. Juli

Mantwill, Charlotte, aus Kukerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Küstriner Weg 9, 31535 Neustadt, am 8. Juli

Milus, Gerhard, aus Rameckfelde, Kreis Lyck, jetzt Im Klint 16, 24598 Heidmühlen, am 5. Juli

Naporra, Erwin, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Deusener Straße 280, 44369 Dortmund, am 10. Juli

Nickel, Gerhard, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Bachstraße 37, 96247 Michelau, am 4. Juli

Olbricht, Ursel, geb. **Kriwit**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt 17121 Drosedow, am 5. Juli

Rick, Ursula, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Wilskamp 47, 46509 Xanten, am 8. Juli

Rimek, Hans-Joachim, aus Preußisch-Goerlitz, Kreis Neidenburg, jetzt Rheindorfer Straße 119, 53225 Bonn, am 5. Juli

Schlierenkamp, Marianne, geb. **Wilke**, aus Allenburg, Markt, Kreis Wehlau, jetzt Beueler Kreuz 8, 53604 Bad Honnef, am 8. Juli

Schwabe, Gerd, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Nobelstraße 1, 53757 Sankt Augustin, am 9. Juli

Wisotzki, Günther, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Gadebuscher Straße 3, 18109 Rostock, am 5. Juli

TERMINE DER LO

Jahr 2011

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Internet-Abstimmung „Naturwunder“

Zum dritten Mal startet die Heinz Sielmann Stiftung den erfolgreichen Online-Wettbewerb über das beliebteste Naturwunder der Deutschen. Auch dieses Jahr haben Naturliebhaber wieder die Wahl zwischen 24 Naturlandschaften. Gesucht wird das schönste Gewässer Deutschlands: romantische Bachläufe, reißende Wasserfälle, verwunschene Teichlandschaften, mystische Moore, stille Seen oder das Meer? Bis zum 12. September kann abgestimmt werden unter www.sielmann-stiftung.de/naturwunder. Auf die Teilnehmer wartet ein Wochenendausflug in die Gewinner-Landschaft.

Das Element Wasser ist Lebensspender und Lebensraum, es gestaltet Wetter und Klima und es dient als Ort der Erholung. Mit der Naturwunder-Wahl wollen die Heinz Sielmann Stiftung und EUROPARC Deutschland, der Dachverband der Nationalen Naturlandschaften, auf weniger bekannte Naturschönheiten vor der eigenen Haustür sowie den Urlaubsregionen Deutschlands aufmerksam machen.

Und so funktioniert es: Unter www.sielmann-stiftung.de/naturwunder werden 24 ausgewählte Naturwunder in Bild und Text vorgestellt. Durch einen Klick auf die favorisierte Naturlandschaft können Nutzer ihre persönliche Wertung online abgeben. Am Schluss der Aktion werden unter allen registrierten Teilnehmern ein Wochenende für zwei Personen in der Gewinner-Naturlandschaft inklusive An- und Abreise mit der Deutschen Bahn sowie ein Jahresabonnement des Magazins „National Geographic Deutschland“ verlost. Außerdem winken Buchpreise zum Thema „Wasser“ und 10 Fischotter-Maskottchen.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 2. Juli, 14.15 Uhr, NDR: Hamburg damals. 1950-1954.

SONNABEND, 2. Juli, 17.45 Uhr, Arte: Verschollene Familienschätze. 1936: Die Lindbergh-Affäre.

SONNTAG, 3. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 3. Juli, 14.30 Uhr, SWR: Glanzlichter aus 20 Jahren Bahnromantik.

SONNTAG, 3. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Wiener Wasser. Seit 140 Jahren wird Wasser aus den östlichen Kalkalpen in die Metropole geleitet.

SONNTAG, 3. Juli, 21.45 Uhr, Phoenix: Fukushima und die Folgen. Dokumentation.

MONTAG, 4. Juli, 11.30 Uhr, NDR: Ostseeparadies Rügen.

MONTAG, 4. Juli, 21 Uhr, ARD: Wir Reiseweltmeister. Deutschland macht Urlaub.

MONTAG, 4. Juli, Mauerjahre – Leben im geteilten Berlin: Das Jahr 1967.

DIENSTAG, 5. Juli, 10.20 Uhr, ARD: Sauerbruch – Das war mein Leben. Arztbiografie.

DIENSTAG, 5. Juli, 22.05 Uhr, MDR: Grenzgebiet – Sperrzone. (1/2). Die Jahre 1952-1961.

MITTWOCH, 6. Juli, 16.35 Uhr, Arte: Von Osadne nach Brüssel. Ein slowakisches Dorf setzt auf Europa.

MITTWOCH, 6. Juli, 17 Uhr: Das Finanzamt – Gehasst und gefürchtet.

DONNERSTAG, 7. Juli, 18 Uhr, Phoenix: Chinas Autoträume.

DONNERSTAG, 7. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Fliegen heißt Siegen. Die verdrängte Geschichte der Deutschen Lufthansa.

FREITAG, 8. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Risiko Gen-Nahrung?

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. Juli, ab 11 Uhr, Zuffenhausen-Rot: Bürgerfest. Die Landesgruppe und Kreisgruppe Stuttgart sind ebenso wie die Westpreußen mit einem Stand vertreten.

Stuttgart – Dienstag, 19. Juli, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, kleiner Saal: Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich, „Reiseberichte und Vertellchen“.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 13. Juli, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Thema: Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Weinheim/Bergstraße im Juli 1952 bis zur Auflösung im Dezember 1995. Dieser Heimatnachmittag ist vollgepackt mit schönen Erinnerungen und festgehalten in einem dicken Ordner (für eine spätere Chronik). In den ersten Jahren ging manches noch bescheidener, aber umso herzlicher zu. Der Verlust der geliebten Heimat mit vorausgegangener Flucht und Vertreibung aus der jahrhundertelang angestammten Heimat schmerzte noch sehr. So suchten und fanden die Landsleute Trost und Halt bei diesen Zusammenkünften.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Juli, Orangerie: Johannes Hevelius – Astronom aus Danzig.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Juli, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Müchner Straße 8: Treffen der Gruppe. Im August finden keine Treffen statt.

Kitzingen – Freitag, 15. Juli, 14.30 Uhr: Sommerfest im Römerhof. Anmeldungen erforderlich!

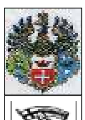
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des deutschen Ostens: Ostpreußischer Singkreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Graf, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Freitag, 8. Juli, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Diavortrag. Michael Kaiser berichtet über die Zerstörung und den Wiederaufbau Nürnbergs.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Königsberg/ Samland / Labiau – Freitag, 15. Juli, 14 Uhr, in den Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatgruppen. Anfragen und Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Referat Kultur: 12. Heimattreffen im norddeutschen Raum. Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte“ der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles, was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen“. Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust (Land der dunklen Wälder....) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erleben wir ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder....“ Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bis U-Bahn-Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahn-Station ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379. – Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

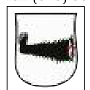
BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonntag, 3. Juli, 9 Uhr Abfahrt Harburg Bahnhof, 9.30 Uhr Hamburg ZOB: Tagesfahrt der Heimatkreisgruppe. Die Teilnehmer erleben in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe Hamburg e.V. einen erlebnisreichen Tag. Bei einer geführten Rundfahrt erleben sie die besondere Schönheit des Teufelsmoors. Fahrpreis pro Person 39 Euro. Im Fahrpreis sind Busfahrt, Reiseführer, Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Torfkahnfahrt und Kremserfahrt sowie Besichtigung eines Kräutergartens enthalten. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 2. Juli. – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlichst eingeladen, mit der Gruppe bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Vortrag: 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 15. Juli.



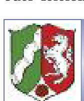
Sensburg – Sonntag, 3. Juli, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Grillfest. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei K. Budszuhn, Telefon (04101) 72767.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 14. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Treffen der Gruppe. Gustav Denzer aus Hessisch Oldendorf wird einen Vortrag „Unsere Heimat vor 2000 Jahren – Die Varusschlacht“ halten. Neben den Mitgliedern sind sowohl Freunde als auch interessierte Gäste – aus nah und fern – herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich unter (05751) 3071 oder Joachim Rebuschat unter (05751) 5386. – Vom 20. bis 26. Oktober ist eine siebentägige Busreise „Begegnung mit Königsberg/Kaliningrad (und Kurische Nehrung)“ mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld, und Joachim Rebuschat, Rinteln, geplant. Vorgesehen sind kultur-, literatur- und architekturhistorische Spurensuche mit Erkundungen und Entdeckungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Besichtigungen von Museen und Kirchen in und um Königsberg, eine Schiffstour auf dem Pregel sowie ein Ausflug auf die Kurische Nehrung. Bei Bedarf gibt es Raum zur Muße und die Gelegenheit zu eigenen Unternehmungen; Übernachtungen auf Hin- beziehungsweise Rückfahrt in Stolpmünde und Kolberg sowie in Königsberg in einem renovierten deutschen Haus. Informationen bei Joachim Rebuschat, j.rebuschat@web.de oder Telefon (05751) 5386.



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 10. Juli, Beginn 11 Uhr, offizieller Teil 14 Uhr, Schloss Burg: Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Bad Godesberg – Sonnabend, 16. Juli: Sommerfest Bad Godesberg. Die Gruppe ist mit einem Informations-, Bücher- und Spezialitätenstand vertreten. Gäste sind herzlich willkommen!

Dortmund – Montag, 18. Juli, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorffsaal, 1. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. Leitung: Radostina Hristova.

Ennepetal – Donnerstag, 21. Juli, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Gütersloh – Donnerstag, 14. Juli, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der Frauengruppe. – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Witten – Montag, 18. Juli, 15 Uhr, Ev. Luthergemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Aktuelles aus Ost- und Westpreußen. – Beim traditionellen Treffen mit Kaffeetafel am 20. Juni wurde eine Dia-Show zum Ostpreußentreffen in Erfurt gezeigt. Besonders herausgestellt wurde hierbei die Ehrung des Kulturpreisträgers Christian Papendick, der Einzug der Fahnenstaffel, die Vorstellung des neuen Sprechers der LO, Stephan Grigat, die Festansprache von Erika Steinbach, die gefüllte Halle sowie die äußere Beflaggung der Messehallen.

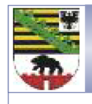


Rheinland-Pfalz

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Weiden – Gartenfest. Die Kreisgruppe traf sich traditionell vor ihrer Sommerpause zum Gartenfest bei Familie Uschald in Neunkirchen. Die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste ließen sich gerne verwöhnen. So gab es zum duftenden Kaffee, den Anita Uschald zubereitete, ostpreußischen Streuselkuchen, Schüsselkuchen, Donauwellen, Kücheln und Sahnetorte. Gebacken hatten Hilde Wendt, Edith Poweleit, Anita Putz, Ingrid Uschald und Anita Uschald. Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern der nächsten Monate. Zur Unterhaltung trug sie noch einige Geschichten vor. Es schloss sich das Abendessen mit Kartoffelsalat und anderen Salaten an. Grillmeister Paul Wendt legte außerdem große und kleine Bratwürste und Leberkäs auf. Der erste Vorsitzende Hans Poweleit sorgte für die verschiedenen Getränke. So konnte man es sich gutgehen lassen und saß bis in die Abendstunden gemütlich beisammen. Die Landsleute der Ost- und Westpreußen treffen sich noch zum Gartenfest des Heimatrings Weiden am 12. Juli um 19 Uhr in der Clausnitzer Schule. Der nächste Heimatnachmittag findet am 4. September um 14.30 Uhr in der Gaststätte Heimgarten statt.



Sachsen-Anhalt

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Halle – Sonnabend, 2. Juli, 14 Uhr: Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.



Schleswig-Holstein

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zur Vertreterversammlung der Landesgruppe am Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr im Haus der Heimat in Kiel konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 66 Teilnehmer begrüßen. Nach den Regularien wurden Gisela Brauer, Gisela Rowedder, Georg Baltrusch und Harald Breede mit der Silbernen Ehrennadel geehrt. Danach referierte Edmund Ferner über „Erbe und Verpflichtung – Die Pflege, Erhaltung und Weiterentwicklung des ostpreußischen Kulturgutes“. Satzungsgemäß wurden der Landesvorsitzende Edmund Ferner, der zweite Vorsitzende Georg Baltrusch, die Schatzmeisterin Margarete Beyer, der Schriftführer Peter Gerigk, der Beisitzer Edwin Falk in den Vorstand gewählt. Als Kassenprüfer wurden Helga Albrecht und Regina Gronau bestätigt. Nach dem Mittagessen fesselte Tina Brandl mit ihrem Knappen die Anwesenden mit einer musikalischen Zeitreise durch Oper, Operette und Musical. Zum Schluss der Versammlung wünschte Edmund Ferner eine gute Heimfahrt.

Flensburg – Donnerstag, 21. Juli, 15 Uhr, Friedhof „Am Friedenshügel“: Historische Führung (Ehrenhain der vertriebenen Deutschen, berühmte Flensburger, Kriegsgräberstätten beider Weltkriege, polnische und russische Gedenkstätten, Gedenkstätten der Flensburger Regimenter von 1876 bis 1945) auf dem Friedhof. Danach folgt die Kaffeerunde.

Das Nehrungslied

Wo des Haffes Wellen trecken an dem Strand,
wo der Elch und Kranich aller Welt bekannt.
Wo die Möwen schrien grell im Sturmgebraus,
da ist meine Heimat, da ist mein zu Haus.

Well'n und Wogen singen mir mein Wiegenlied
und am Haff verlebt ich meine Kinderzeit.
Ja, das Haff erweckt in mir das Heimbegehr
in die Welt zu fliegen über Land und Meer.

Wohl hat mir das Leben das Verlangen stillt,
hat mir alles geben was mein Herz erfüllt,
alles ist verschwunden was mich quält und drew,
hab das Glück gefunden, doch die Sehnsucht bleibt.

Sehnsucht nach dem kahlen Fischerstrand,
wo des Haffes Wellen trecken an dem Strand.
Wo die Möwen schrien grell im Sturmgebraus,
da ist meine Heimat, da ist mein zu Haus.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Museumseröffnung. Lewe Landslied, die Kreisgemeinschaft freut sich, mitteilen zu dürfen, dass sie den Schlüssel zu ihrem Museum seit dem 27. Mai wieder ihr Eigen nennen kann. Während die Vorstandsmitglieder an diesem Wochenende am Deutschlandtreffen in Erfurt teilnahmen, rollte die Spedition mit den Umzugskartons der eingelagerten Museumsgegenstände nach Pinneberg. Nach zirka 22-monatiger Renovierungsphase blickt die Kreisgemeinschaft jetzt nach vorn. Die Geschäftsstelle ist ab Mitte Juli wieder geöffnet, telefonisch ist sie schon jetzt wieder erreichbar. Leider sind einige letzte Handwerksarbeiten am Gebäude noch nicht restlos abgeschlossen, so dass das Museum bisher noch nicht vollständig eingerichtet werden konnte. Zur Wiedereröffnung des Museums am 17. und 18. September wird es jedoch in neuem Glanz erstrahlen. Da in diesem Jahr auch die 60-jährige Patenschaft zwischen Fischhausen und dem Kreis Pinneberg gefeiert wird, sind alle Samländer, ihre Familien und Freunde schon heute auf das Herzlichste eingeladen. Nähere Einzelheiten werden in den nächsten Ausgaben unter dieser Rubrik mitgeteilt. Bleiben Sie gesund und munter und tragen Sie bitte diesen Termin schon jetzt in ihren Kalender ein! Auch wenn Erfurt gerade hinter uns liegt, kommen Sie im September bitte nach Pinneberg und lassen Sie uns allen zeigen, dass wir immer noch eine starke Gemeinschaft sind.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Neuwahl der Gremien der Kreisgemeinschaften Insterburg. Die Wahlperiode der Ratsversammlung für Insterburg Stadt e.V. und des Kreisausschusses für Insterburg Land e.V. endet mit Ablauf des Monats Dezember 2011. Nach unserer Satzung ist daher eine Neuwahl der oben genannten Gremien für den Zeitraum 2012 bis 2015 notwendig. Aufgrund der veröffentlichten Wahlaufrufe im Insterburger Brief und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* haben sich die folgenden Personen bereit erklärt, zur Wahl zu kandidieren. Für die Liste Insterburg-Stadt: Jürgen Bennig, Jürgen Böhlke, Reiner Buslaps, Renate Buslaps, Horst Jucknat, Kurt Klaus, Wilfried Messner, Michael Munier, Jürgen Pantel, Klaus Pundschus, Gabriela Voll. Für die Liste Insterburg-Land: Dr. Gerd Berger, Andreas Hamdorf, Dieter Kleiber, Brigitte Mahl, Caren Müller, Wolfgang Schekorr, Klaus-Peter Steinwender, Ulrich Thiel, Audlind Vohland, Alfred Warschat. Wahlberechtigt sind alle ehemaligen Einwohner aus der Stadt und dem Landkreis Insterburg, die in der Heimatortskartei gemeldet sind oder ihren früheren Wohnsitz in der Stadt Insterburg nachweisen können und die jeweiligen Ehepartner und deren Nachkommen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben sowie alle eingetragenen Mitglieder. Die Unterlagen für die Briefwahl bitten wir in der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@Insterburger.de anzufordern. Stichtag für die Wahl ist der 1. September 2011. Bis zu diesem Termin müssen die Wahlunterlagen in der Geschäftsstelle in Krefeld eingegangen sein. Wahlausschuss Margret Matuschik.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Sachstandsbericht Chroniken: 1. Allgemeines: Neben den vorbereitenden Arbeiten an den noch zu erstellenden Kirchspielchroniken (s. weiter unten) haben sich folgende zusätzliche Schwerpunkte ergeben: Familienforschung, dazu häufig Suche und Auskünfte für ortsfremde Forscher mit Fragen zu ehemaligen Familiennamen im Kreis Schloßberg; Nachforschungen zu Vermissten aus dem Kreis Schloßberg (siehe Fall Schweitzer); Aufbau des Pillkallen-Portals http://wiki-de.genealogy.net/Portal: Pillkallen; Kontakte halten, aufbauen, pflegen zu externen Stellen und Personen, wie andere Kreisgemeinschaften, Tilsit-Museum, Kudirkos-Naumiestis, Lothar Conrad in Kapstadt und anderen; 2. Material für die Chronikbearbeitung sichten, zusammenstellen, aufbereiten: Anlegen von Ordnerreihen entsprechend der Chronik-Systematik (Zugriff pro Kirchspiel und Gemeinde), auch im Hinblick auf spätere Weiterbearbeitung an möglichen anderen Stellen; derzeit sind es zirka sechs laufende Meter, zwei kommen hinzu; Sichtung des Materials für neue Chroniken, Ergänzungsmaterial und Korrekturen für bestehende Chroniken einpflegen; Sichtung des umfangreichen Materials auf Datenträger von Herbert Sebeikat (mehrere hundert Disketten, CDs und DVDs). 3. Unmittelbar erforderliche Aktion für die Chronikerstellung und -lieferung: der Band 2 – Kussen ist ausverkauft, in Papierform nicht mehr lieferbar; im Notfall können aus dem vorhandenen Material CDs gebrannt werden (Stand von 2004); der Band 2 in der jetzigen Fassung ist korrekturbedürftig und ist darüber hinaus in einer mageren Form gehalten aus der „Gründerzeit“ der Chroniken (so fehlt der historische Teil von Professor Spehr beinahe durchgängig); vorgesehen ist nun eine erweiterte und korrigierte Fassung, dazu hat Prof. Spehr in den vergangenen Monaten alle Filme für das Kirchspiel Kussen ausgewertet und die Abschriften der Prästationstabellen und Mühlenconsignationen neu erstellt; es ist somit ein neues Layout für den Band 2 unter Benutzung des alten Textes mit gegebenenfalls Korrekturen zu erarbeiten, geschätzte künftige Seitenzahl zwischen 500 und 600 (heutiger Stand 346), somit auch neue Preisstellung im Verkauf nötig; Zeitstrecke für diese Aktion: nach der für diesen Monat zugesagten CD von Prof. Spehr werden geschätzt drei bis vier Monate benötigt bis zur fertigen Druckvorlage, sofern nichts Unvorhersehbares dazwischenkommt. 4. Stand der geplanten neuen Chroniken, Anteil Prof. Spehr: Spehr wartet derzeit auf die Filme vom Staatsarchiv für die PTs und MCs des Kirchspiels Mallwen, die schon seit Monaten zugesagt, aber immer noch nicht geliefert worden sind; ebenfalls hat er die noch erforderlichen Arbeiten für die restlichen Kirchspiele bzw. Kirchspielanteile in Planung (Adlerswalde und Haselberg sowie Teile von den Kirchspielen Rautenberg, Sandkirchen und Trappen); nach Kenntnis der Kreisgemeinschaft sind Anteile dieser Kirchspiele, wie die PTs und MCs zum Domänenamt Löbegallen, bereits fertiggestellt; die PTs und MCs zum Kirchspiel Steinkirch liegen hier bereits vor; die Chroniken Steinkirch und Mallwen sind bisher in einem Band geplant, die endgültige Entscheidung darüber kann erst erfolgen, wenn der Umfang zu Mallwen absehbar ist. 5. Stand der geplanten neuen Chroniken, andere Anteile: Es arbeiten sich drei weitere Mitarbeiter ein, die vermutlich auch weiter dabeibleiben werden, es sind dies folgende: das Ehepaar Ulrike und Günther Kraemer hat im letzten Jahr die Schulchronik von Jucknaten in die Maschine übertragen, in diesem Jahr haben beide die Einwohnerliste von Haselberg nach einer handschriftlichen Vorlage erstellt, derzeit laufen Abgleicharbeiten, auch im Hinblick mit einem Ortslageplan; Dipl.-Ing. Thomas Mattner arbeitet derzeit an einem Ortslageplan zu Haselberg, neben seiner wichtigen Leitungstätigkeit im Pillkallenportal; als Beispiel für deren persönlichen Einsatz empfiehlt sich das Pillkallenportal und darunter Ortschaften wie Meißnersrode, Kussen usw.; Anmerkung: Inzwischen haben sich dort im Portal mehr als 15 Mitglieder, auch aktive, eingetragen, darunter auch Tanja Schröder; die Zugriffe auf die Website zeigen übrigens den Bedarf, und so manche Zuschrift lobt den Inhalt des Portals und die Arbeit der Aktiven. 6. Sonstiges: Ortslagepläne: Einen Teil der Lageplan-Entwürfe von Hans-Siegfried Ebner für die noch ausstehenden Gemeinden liegen hier vor, darunter an die 50 für die Dörfer der Kirchspiele Haselberg, Sandkirchen und Trappen; wenige oder keine Lagepläne

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

liegen vor für Ksp. Mallwen, Adlerswalde und Rautenberg; dazu sollte in der Heimatstube gelegentlich eine Suchaktion gestartet werden; für die Umsetzung der Lagepläne in den PC habe ich noch keinen Helfer gefunden und das ist ein Berg an Arbeit, sicher für viele Monate; der Verkauf von Chroniken ist laut Frau Wiese steigend. – **Eröffnung des Museums „Schirwindter Stube“** in Kudirkos Naumiestis am 28. April 2011: Kaum eine Grenzstadt in Litauen befasst sich offiziell derart mit ostpreußischer Geschichte wie Kudirkos Naumiestis an der Scheschuppe. Der Grund liegt darin, dass engagierte Bürger dieser kleinen Stadt im Kreis Schakken/Šakiai auch heute noch leb-



haften Anteil an der tragischen Geschichte von Schirwindt, früher die östlichste Stadt Deutschlands, nehmen. Diese Schwesterstadt im damaligen ostpreußischen Kreis Pillkallen-Schloßberg wurde bekanntlich als erste Ansiedlung auf deutschem Boden in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee eingenommen und völlig zerstört. Nur einige kümmerliche Gebäudereste sowie der Bodenumriss der einst so stolzen Immanuel-Kirche und die Allee zur Grenzbrücke nach Neustadt zeugen noch von Schirwindt, heute ein gottverlassener Militärposten der russischen Streitkräfte namens „Kutusowo“. Doch im litauischen Neustadt hat man die früheren Nachbarn westlich der Scheschuppe – die jeweiligen Hauptkirchen lagen nur Luftlinie 1200 Meter voneinander entfernt – nicht vergessen. Als das Schirwindter Gebiet in den Zeiten der Sowjetunion von Neustadt aus noch zugänglich war, gingen Litauer auf Spurensuche. Viel war nicht mehr zu entdecken, denn seit 1945 haben hunderte von Rotarmisten, die in dem zum Manövergebiet deklarierten Gelände Dienst schoben, fast alles mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war. Und trotzdem tauchten immer wieder Gegenstände auf: Verrostete Wehrmachts-Stahlhelme, Bierflaschenreste aus der Ponarther Brauerei Königsberg, Handfeuerwaffenteile, Dachziegel und manches mehr. Der litauische Schmiedemeister und Gewerbelehrer Antanas Spranaitis aus Neustadt tat sich in dem Sammeln Schirwindter Erinnerungsstücke besonders hervor. Nach der politischen Wende intensivierten er und seine Familie die Schirwindt-Forschung. Daraus erwuchs eine „Schirwindter Stube“, die er in der Kellergarage seines Hauses einrichtete. Hier führte Spranaitis immer wieder Jugendliche aus Neustadt und Umgebung durch die Sammlung und erklärte dabei die Geschichte der „verschwundenen Stadt“ des Grenzkreises Pillkallen und der deutschen Provinz Ostpreußen. Später nahmen auch das Museum des Dr.-Vincas-Kudirka-Gymnasiums in Kudirkos Naumiestis und das große staatliche Kudirka-Museum das Thema „Schirwindt“ im Kontext mit der Geschichte des deutsch-litauischen Grenzgebietes auf (Vincas Kudirka, litauischer Volksheld, geboren unweit Neustadt, war einer der Bewahrer der litauischen Sprache und Schöpfer der Nationalhymne der Baltenrepublik). Die Sammlung von A. Spranaitis, ergänzt durch viel Literatur, mit vielen Fotos, Plänen und Karten, sprengte bald den räumlichen Rahmen. Auf Initiative von Neustädter Offiziellen und des Kreises Schacken bekam der rührige Grenzland-Forscher drei geräumige Zimmer über dem Postamt zur mietfreien Nutzung durch die Schirwindter Stube, vorläufig für zehn Jahre. Über Monate hinweg wurde renoviert, einen Großteil der Kosten übernahm die Stadtgemeinschaft Schirwindt. Die Einweihung fand Ende April in einem würdigen Rahmen mit deutscher Beteiligung statt. Mehrere Angehörige der Kreisgemeinschaft Pillkallen-Schloßberg erlebten eine Feierstunde mit Musik und Gesang (ein kleiner litauischer Schulchor sang u.a. auf Deutsch das Ostpreußenlied) sowie wohlwollenden Redebeiträgen von einheimischen Kommunal- und Kreispolitikern. Die Schloßberger Kreisgemeinschaft war durch die Kreisvertreter Peter Gnaudschun (Oberhausen/NRW, früher Goberischken/Gobern) und Martin Kunst (Ganderkesee, früher Kermuschienen/Ladmannsfelde) vertreten; beide Orte gehörten bis 1945 zum Kirchspiel Schirwindt und existieren wie viele andere Dörfer seitdem nicht mehr. Als Spende der Kreisgemeinschaft wurde der Schirwindter Stube unter anderem ein Satz der Schloßberger Kirchspielchroniken übergeben. Ebenfalls anwesend war der Litauen-Freund, Wolfskinder-Betreuer und Schackener Ehrenbürger Günter F. Toepfer (Berlin), der sich auch für die Schirwindter Stube und für die Organisation aktiv eingesetzt hat. Die neue Schirwindter Stube ist nun Ziel von Menschen aus dem früheren Kreis Pillkallen-Schloßberg, aber auch aus anderen Gegenden des nördlichen Ostpreußens, das hier in der kleinen litauischen Grenzstadt Kudirkos Naumiestis weiterlebt.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Vom 3. bis 5. September findet das diesjährige Schultreffen statt. Austragungsort ist das Intercity-Hotel in Schwerin. Dort stehen ein Veranstaltungsraum und ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Schultreffen“ zur Verfügung. Das Hotel befindet sich in Bahnhofsnähe. Es bietet einen idealen Ausgangspunkt für alle Unternehmungen. Besonders reizvoll ist der Schweriner See. Hier steht die traditionelle Dampferfahrt auf dem Programm. Das Hotel bietet ein ansprechendes Ambiente. Das Doppelzimmer kostet 89,90 Euro pro Zimmer und Nacht, das Einzelzimmer 69,90 Euro incl. Mehrwertsteuer. Im Zimmerpreis sind Frühstück und die kostenfreie Fahrt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln enthalten. Zimmerbestellungen bitte an das Intercity-Hotel, Grunthalplatz 5-7, 19053 Schwerin. Tel. (0385) 59500, Fax (0385) 5950999, E-Mail schwerin@intercityhotel.de. Sie können kurzfristig und kostenfrei bis 24 Stunden vor der Anreise wieder abbestellt werden. Bisher liegen 40 Anmeldungen vor, darunter von Schulkameraden aus Kanada und Südafrika.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Donner brachte sie einander näher

Ein Sommerausflug ins Grüne bei schwülem Wetter endete mit einem Gewitter

Es war ein wunderbarer, ein herrlicher Tag. Ein sonniger Sonntag. Das junge Mädchen, das bei Schneider & Schneider wochentags von morgens bis abends Rechnungen über ausgelieferte Fahrrad- und Mopedersatzteile tippen musste, fuhr heute mit einem großen, hellblauen Reiseomnibus ins Grüne. Sie hatte sogar einen Fensterplatz.

Von morgens bis abends in Kösters Feinkosthandlung Margarine zu verkaufen und Schichtkäse abzuwiegen, das ist für einen jungen aufgeweckten Mann auf die Dauer kein reines Vergnügen. Deshalb fuhr auch er an diesem Sonntag mit dem hellblauen Reiseomnibus ins Grüne. Er hatte den Platz neben dem Mädchen.

„Ob das Wetter so schön bleibt?“, fragte der junge Mann. „Hoffentlich!“, sagte das junge Mädchen. Der Bus war voll besetzt mit fröhlichen Sonntagsmenschen. Sie hatten sich alle gefreut auf diesen Tag, an dem sie die Großstadt einmal vergessen wollten.

„Im Radio“, sagte der junge Mann, „haben sie für heute Gewitterstörungen angesagt. „Malen Sie den Teufel nicht an die Wand“, erwiderte das junge Mädchen erschrocken. „Ich fürchte mich vor Gewittern!“ „Ach, es handelt sich doch nur um Naturereignisse, ohne die es einfach nicht geht“, versuchte der junge Mann zu erklären. „Unangenehm nur, dass bei Gewittern der Schichtkäse zu säuern beginnt. Aber sehen Sie: Der Himmel ist ein einziges blaues Dach – das Radio wird sich geirrt haben!“

Endstation des Tagesausflugs war die Berggaststätte „Zur fidelen Einkehr“. Der Fahrer stellte seinen hellblauen Reiseomnibus auf dem Parkplatz ab und ging mit den Sonntagsausflüglern in die Gaststube. Nach dem gemeinsamen Essen sagte er: „Um halb sieben fahren wir von hier aus wieder zurück. Bis dahin, meine Herrschaften, machen Sie sich ein paar schöne Stunden. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen!“

Sie machten sich gemeinsam auf den Weg, der junge Mann und das junge Mädchen. Manchmal sah er sie von der Seite an und dachte: Sie ist sehr hübsch, sie gefällt mir. Bald hinter der Berggaststätte stand eine Bank mit vielen eingeschnittenen Herzen und Anfangsbuchstaben.

> Das Ausflugslokal »Zur fidelen Einkehr« lag 314 Meter hoch

Sie setzten sich. Ein paar Wölkchen segelten über das Himmelszelt. Der junge Mann sagte leise: „Ich möchte Du zu Ihnen sagen – darf ich?“ „Wir kennen uns doch erst seit ein paar Stunden“, sagte das junge Mädchen. Als dann der junge Mann den Arm um sie legen wollte, da rutschte sie einen Meter weit weg an das andere Ende der Bank. „Ich bitte Sie“, sagte sie, „seien Sie doch vernünftig. Wir wollen uns doch nicht den Sonntag verderben!“

Der junge Mann zog die Luft durch die Nase und sah gelangweilt zum Himmel hinauf. „Nanu?“ sagte er. „Lauter Wolken! Ich glaube, es gibt doch ein Gewitter!“ „Das sind nur ganz harmlose Wölkchen“, sagte das junge Mädchen. Dann dachte es, dass sein Begleiter eigentlich doch ein ganz netter Junge wäre, aber gerade deswegen wollte es ihm nicht so leicht machen … und dann fing es an zu donnern! „Es donnert“, sagte der junge Mann. „Himmel ja – Sie haben recht!“ „Es ist ein trockenes Gewitter!“ „Die trockenen Gewitter sind die schlimmsten“, sagte das Mädchen. Es donnerte abermals. Sie rückte wieder ein bisschen näher an ihren Begleiter heran. „Blitze“, sagte sie, „schlagen meist in den höchsten Punkten ein!“ „Ja“, sagte der junge Mann, „dieses hier ist ein sehr hoher Punkt. Die Gaststätte ‚Zur fidelen Einkehr‘ liegt 314 Meter über dem Meeresspiegel.“ Es donnerte schon wieder. „Ich hatte bereits als Kind Angst vor Gewittern“, sagte das Mädchen.

Es donnerte geschlagene zwei Stunden. Es war ein trockenes Gewitter, ein Gewitter aus heiterem Himmel. Die Sonne hatte gar nicht aufgehört zu scheinen. Sie saßen immer noch auf ihrer Bank und das Mädchen sagte: „Küss mich noch einmal, Herbert … Dann höre ich den Donner nicht und fürchte mich auch nicht!“

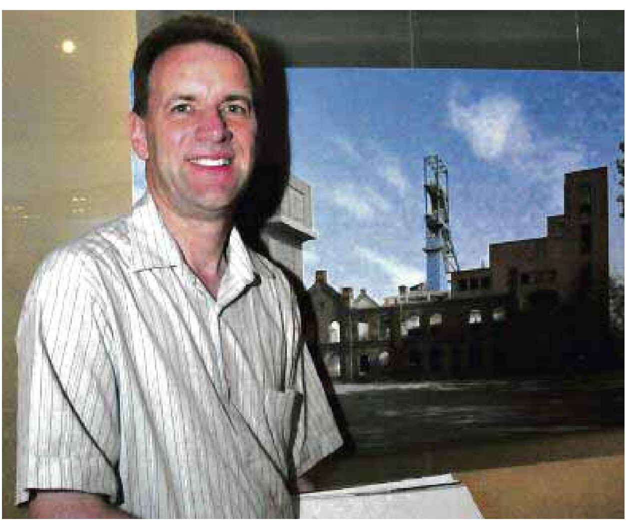
Es war ein herrlicher Sonntag. Erst am späten Nachmittag kehrten sie in die „Fidele Einkehr“ zurück. Sie hatten gerade noch Zeit, Kaffee zu trinken. „Tut mir leid“, sagte der Wirt, „dass es so laut ist. Aber sonntags kommen die Einheimischen zum Kegeln.“ „Uns stört's nicht“, lächelte das junge Mädchen – und das ganze Gasthaus dröhnte unter dem Donnerlärm der rollenden Kugeln und stürzenden Kegel …

Willi Wegner

Momentaufnahmen des Übergangs

In Ratingen wurde die Sonderausstellung »Struktur und Architektur« eröffnet

Ob es das Bild der Maschinenhalle aus der Heinitzgrube in Beuthen ist oder jenes der Schaltzentrale des Kraftwerkes in Hindenburg – die insgesamt 46 Fotografien von Thomas Voßbeck zeigen interessante Einblicke in eine vergangene Industrieepoche. Das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel hat die Sonderausstellung „Struktur und Architektur. Das postindustrielle Kulturerbe Oberschlesiens“ mit einem multimedial gestalteten Programm eröffnet. Dem Vernissagepublikum wurde eine Film-Klangkomposition mit Arbeits- und Alltagsgeräuschen aus der oberschlesischen Montanregion geboten, die durch Filmsequenzen über Bergleute, Förderräder und brennende Schlacken ergänzt wurde. Im Mittelpunkt standen Aspekte der Montanarbeit, die als Bestandteil eines zu Ende gehenden Industriezeitalters dargestellt wurde.



Direktor Stephan Kaiser: Weist auf Anlagen aus preußischer Zeit hin — Bild: D. G.

Das Projekt „Struktur und Architektur“ wurde von der Berliner Initiative Europareportage und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem Schlesischen Museum Kattowitz realisiert. Ausstellungspartner sind neben dem Oberschlesischen Landesmuseum das Schlesische Museum in Görlitz, das LWL-Industriemuseum (Landschaftsverband Westfalen-Lippe) und das Westfälische Landesmuseum für Industriekultur.

Vernissage mit einer Film-Klang-Komposition

Wie auch das Ruhrgebiet, befindet sich die historische Region Oberschlesien in einem Prozess der großen Umstrukturierungen. Es gibt auch dort immer weniger Relikte, die an das Zeitalter der Schwerindustrie erinnern. Vor allem die Hütten- und Stahlindustrie erlebte einen spürbaren Niedergang. Die Fotografien von Thomas Voßbeck haben eine dokumentarische Bedeutung, da sie den Zustand des Übergangs zu einer neuen Etappe festhalten. Die Farbbilder zeigen Bergwerke, Kokereien, Hütten, Kraftwerke und Werke der Chemieindustrie, die seinerzeit das Landschaftsbild weitgehend prägten.

Heute sind sie teilweise verlassen oder befinden sich mitten in der Umgestaltung. Zu den aussagekräftigen Momentaufnahmen der noch vorhandenen Industriearchitektur aus der Zeit vor 1945 gehören Ansichten von der Kokerei „Carbo-Koks“ (ehemals Kokerei der Julienhütte, Kohlenmühle), von der Kompressorhalle der Grube „Wieczorek“ (ehemals Gieschegrube) und von der Rettungsstelle der Grube „Makoszowy“ (ehemals Delbrückschächte).

Gemeinsamkeiten zwischen Schlesien und Ruhrgebiet

Beim Betrachten der Bilder fallen dem Besucher so manche Gemeinsamkeiten zum Ruhrgebiet auf. Dr. Stephan Kaiser, Direktor des Oberschlesischen Landesmuseums, schlägt auch einen anderen Bogen: „Ist auch die Ausrichtung dieser Fotoschau eine ganz andere als jene unserer aktuellen Ausstellung ‚Schlossgeschichten‘ zum Adel in Oberschlesien, so gibt es mehr Gemeinsamkeiten, als man zunächst annehmen mag. Die Fotos zeigen nämlich Anlagen vornehmlich aus preußischer Zeit, als der oberschlesische Adel, der einen großen Teil des Landes besaß, Träger der Industrie war.“

Die großformatigen Bildkompositionen sind auch aus künstlerischer Sicht interessant. Der Fotograf hat nicht nur die wichtigsten Gebäude einer Anlage fotografiert, sondern auch jene Architekturen miteinbezogen, die sich aufgrund ihrer besonderen Struktur hervorheben.

Wer die Thematik der oberschlesischen Montanindustrie noch etwas vertiefen möchte, findet in der ausstellungsbegleitenden deutsch-polnischen Publikation reichlich Bild- und Infomaterial. Auch eine CD mit Klang-Collagen aus der Industriewelt ist erhältlich.

Während der gesamten Ausstellungsdauer – bis zum 21. August – sind in Ratingen nicht nur die Fotografien zu sehen, sondern auch akustische Impressionen wahrzunehmen. An mehreren Hörstationen werden Arbeits- und Alltagsgeräusche aus der oberschlesischen Montanwelt wiedergegeben.

Dieter Göllner

Trakehnermarkt

Neue Vermarktungsplattform erfolgreich

Der Trakehner Verband offeriert seinen Mitgliedern zwei neue Vermarktungsplattformen für vier- bis sechsjährige Youngster. Mit den Trakehner Sportpferdemarketing-Verkaufstagen wurden in Kranichstein und in Schenefeld zwei neue Vermarktungsmöglichkeiten geschaffen. In Kranichstein waren 23 ausgewählte, vielversprechende junge Reitpferde im Angebot – alle klinisch und röntgenologisch untersucht.

Die Veranstaltung avancierte zum vollen Erfolg: Fünf junge Trakehner wurden direkt vor Ort verkauft. Vier Fohlen waren zudem im Angebot: Eines fand schon direkt bei dem Verkaufsereignis einen neuen Besitzer. Und auch hier lässt die große Nachfrage auf weitere Vertragsabschlüsse hoffen.

Das neue Konzept des Trakehner Sportpferdemarketings ging auf: Die Züchter erhalten mit geringem finanziellen Einsatz eine gut organisierte Bühne, um potenziellen Käufern ihre Youngster zu präsentieren.

Nun steht auch für Reiter im Norden die Gelegenheit an, einen solide ausgebildeten Trakehner zu erwerben: und zwar vom 8. bis 10. Juli auf dem Klövensteen in Schenefeld in Verbindung mit dem Dressur- und Springturnier.

Der Zeitplan gestaltet sich wie folgt: Freitag, 8. Juli, Reitstall Klövensteen, Utenser Weg 100, 22869 Schenefeld: Am Abend findet ein offenes Training der Verkaufspferde auf dem Springplatz statt. Sonnabend, 9. Juli: Am Mittag werden die Verkaufspferde mit einem Sektempfang am Trakehner Stand präsentiert. Sonntag, 10. Juli: An diesem Tag finden weitere Präsentationen statt.

Zur Kollektion gehören 20 Trakehner im Alter von vier bis sechs Jahren, die zum größten Teil aus der im vergangenen Jahr neu ins Leben gerufen Ausbildungsförderung stammen. Informationen erteilen Alexa Bendfeldt, Telefon (0151) 17482350, vom Trakehner Verband und Hans-Wilhelm Bunte, Telefon (0173) 2303663. Weitere Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de

Handreichung für die Betreiber schlesischer Heimatsammlungen

Die Betreiber und Leiter schlesischer Heimatsammlungen erhalten Unterstützung: Im Rahmen des Projekts zur Beratung schlesischer Heimatsammlungen, angesiedelt am Haus Schlesien, Königswinter, und gefördert durch den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), ist eine umfangreiche Broschüre erschienen. Sie enthält wichtige Informationen und Anregungen zu den Themen Inventarisierung und Dokumentation, Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit und berichtet über aktuelle Maßnahmen zur Unterstützung der Heimatsammlungen in Deutschland. Ergänzt wird die Handreichung durch eine umfangreiche Liste mit Adressen relevanter Institutionen, Bibliotheken und Museen. Das Projekt wird am Haus Schlesien mit Unterstützung des BKM weitergeführt, so dass die Betreiber der Heimatsammlungen auch künftig das umfassende Informations- und Beratungsangebot in Anspruch nehmen können.

Bei Interesse an der Handreichung oder Beratungswünschen bitte an Haus Schlesien, Frau Dorothee Herbert, Telefon (02244) 886-234 oder herbert@hausschlesien.de wenden.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

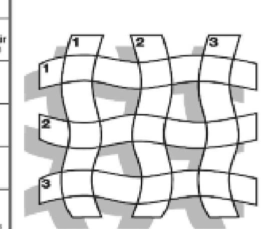
ANTTU, BETU, EMOST, APSSS, ALOS, EIKL, ADNT, AKPT, INSTU, AAHILT, ABEEINRSS, EINT, DLOS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Heil- oder Zaubertrank.

Nr.	links	rechts
1	HAND	HOLZ
2	WEIN	TREPPE
3	BINDE	PUNKT
4	PREIS	MOTOR
5	KURZ	ZUG
6	KINDER	SEKUNDE
7	SPIEGEL	TEICH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Begebenheit, Ereignis
2 schriftliches Kaufangebot
3 Montageplatte für elektrische Bauteile

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: U O S A K T / I N T U S P A K T / I T U T H A L I A / A B R E I S S E N / T E I N S O L D

Mittelworträtsel: 1. Strich, 2. Keller, 3. Stich, 4. Boxer, 5. Schrift, 6. Schreck, 7. Karpfen – Elixier

Magisch: 1. Vorfall, 2. Offerte, 3. Platine

Mustergültig dokumentiert

Feierstunde in Berlin – Abschluss einer historischen Arbeit

Das Königsberger Schloss galt über Jahrhunderte als einer der repräsentativsten Herrschersitze im Ostseeraum. Im Sommer 1944 fiel es den Bombenangriffen der Engländer zum Opfer, im Jahre 1968 wurden die Trümmer endgültig abgetragen. Aber ist das das letzte Wort der Geschichte? In Königsberg gibt es in großen Teilen der Bevölkerung offenbar den Wunsch nach einem Wiederaufbau. „Das Schloss ist präsent sowohl in der Erinnerung der ehemaligen deutschen als auch heute in der russischen Öffentlichkeit“, sagte der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg, Klaus Weigelt, am 21. Juni auf einem Festakt im Charlottenburger Schloss in Berlin.

Anlass für die von der Stadtgemeinschaft, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und dem Regensburger Verlag Schnell & Steiner ausgerichteten Feier war die Präsentation des zweiten Bandes über das Königsberger Schloss. Die Kunst- und Architekturhistoriker Wulf D. Wagner und Heinrich Lange hatten bereits vor drei Jahren den ersten Band zum Zeitraum 1255 bis 1740 herausgebracht. Der zweite und fast doppelt so umfangreiche Band reicht von der Zeit Friedrichs des Großen bis in unsere Gegenwart. Es ist nach allem bisherigen Urteil eine maßstabsetzende Arbeit in der Literatur zur Schlösserarchitektur in Königsberg, wie es sie bislang nicht gab. Das Königsberger Schloss galt neben dem von Schlüter in Berlin errichteten Stadtschloss als der eindrucksvollste preußische Herrschersitz. Seine Anfänge reichen bis 1255 zurück, als ein erster Bau vom Deutschen Orden errichtet wurde und einen ersten Höhepunkt in der großzügigen Renaissance-Ausgestaltung im 15. und 16. Jahrhundert erreichte. Einen weiteren Ausbau nahmen dann die preußischen Könige im 18. Jahrhundert vor, prächtiges Barock verdrängte dann die bis dato vorherrschende Renaissance-Architektur. Für kurze Zeit war das Schloss dann Sitz der Residenz, als nach der Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806 Hof und Regierung für mehrere Jahre nach Königsberg flüchteten. Danach kamen Jahre des Stillstands, die erst endeten, als im Jahre 1861 die Krönung Wilhelms I. erfolgte, für die eine großzügige Modernisierung vor allem im Innern unter Aufsicht von Stüler erfolgte (und für die übrigens der Komponist Giacomo Meyerbeer einen bejubelten Krönungsmarsch schrieb). Nach 1918 wurde das Schloss nicht nur Sitz oberster Verwaltungsbehörden; es beherbergte auch eine über die Stadt hinaus bekannte Sammlung von Werken des Expressionismus und anderen Meistern der klassischen Moderne. Erst 1937 wurde diese Sammlung aussortiert, mit dem paradoxen Ergebnis, dass diese beschlagnahmten und magazinierten Bestände den Krieg überstanden, während viele große Meister, etwa Niederländer, 1944 ein Raub der Flammen wurden.

Königsberger Schloss – eindrucksvollster Herrschersitz

Wulf Wagner, Hauptautor des nun abgeschlossenen zweibändigen Werkes, hat das Schloss nach eigenem Bekunden nicht nur als architektonische Denkwürdigkeit, sondern auch als „Ort geistesgeschichtlicher Begegnungen“ beschrieben. In der Tat war das Schloss zusammen mit Universität und Dom ein geistiges Zentrum weit über Ostpreußen hinaus, wo sich die führenden Köpfe der Region trafen. Einen Höhepunkt sieht er in der Zeit, als Königsberg nach 1806 Regierungssitz war; damals lebten und arbeiteten nahezu alle großen Geister Preußens hier, Scharnhorst, Gneisenau, Freiherr vom Stein ebenso wie Kleist und Eichendorff.

Mit Bedacht hatte das Ensemble „Hauptstadtblech“ die musikalische Umrahmung der Feier gewählt. Es wurden bekannte Choräle aus dem evangelischen Gesangbuch vorgetragen und damit an eine schöne Königsberger Sitte erinnert: Seit 1526 war es üblich, dass jeweils morgens und abends vom Schlossturm aus ein nicht vernehmbarer Choral geblasen wurde, ebensolche, wie sie jetzt im Charlottenburger Schloss zu hören waren. *Dirk Klose*

Monster in der Nacht

Ein klägliches Heulen ertönte über den Köpfen der Schlafenden

Nur ein einziges dieser Biester im Zimmer und man kann seinen erholsamen Schlaf vergessen! So ging es mir heute Nacht. Noch lag ich selig in Orpheus' Armen, als ich abrupt erwachte. Mir war noch nicht klar warum, aber sehr bald wusste ich es, denn ein mieses, von allen Menschen gehasstes leises Geräusch war in unserem Schlafzimmer zu hören.

Und schon war es über mir, dicht über meinem Kopf! Und es war nicht der bekannte leise, aber in seiner Intensität durch Mark und Bein gehende sirrende Ton einer Mücke, oh nein! Dieses Biest musste etwas Besonderes sein, denn es sirrte nicht in den höchsten Oktaven, sondern es heulte. Tatsächlich, es heulte über mich hinweg, und das klang irgendwie kläglich.

Sollte ich vielleicht Mitleid haben und denken: Ach, das arme Tierchen hat solchen Hunger auf ein bisschen Menschenblut, da gönne ich ihm doch ein Tröpfchen!? Aber nein, dieses Geräusch erzeugte durchaus kein Mitleid in mir, sondern Abscheu und sogar ein bisschen Angst. Was mochte das wohl für ein Monster sein, das da immer wieder wie ein winziger Hubschrauber anflog und über meinem Kopf kreiste und heulte?

Ich ließ meine Arme im Kreise schwirren und kam mir wie eine Mehl mahlende Mühle vor. Weg war das Biest! Ach bitte, flehte ich egoistisch, setze dich doch ein einziges Mal auf die Glieder meines Mannes! Sein Blut schmeckt dir bestimmt auch! Doch mitnichten!

Es ist wirklich merkwürdig, dass diese Blutsauger sich immer nur auf mir niederlassen und fast nie auf meinem Mann. Der liegt selig in tiefem Schlummer und bleibt unbehelligt. Man sagt ja, dass sich Mücken am liebsten auf die Haut eines Menschen setzen, der Schweiß ausdünstet. So heißt es, aber es stimmt nicht! Mein Mann zum Beispiel schwitzt sehr viel, bei Tag und bei Nacht; ich jedoch weiß gar nicht, was Schweiß überhaupt ist. Höchstens bei 30 bis 40 Grad bilden sich schon mal die bekannten Tröpfchen auf meinem Körper. Trotz alledem werde ich eher und öfter von Insekten geplagt als mein Eheliebster. Dabei spare ich wirklich mit Parfüm oder duftenden Lotionen.

Nach nur einer Minute kam das Surren zurück

Besagte Mücke nun schwirrte immer wieder mit ihrem Heulton über mir und ich wedelte; wedelte so lange, bis meine Arme lahm waren und ich wirklich in Schweiß gebadet dalag, in Angstschweiß. Sollte ich Licht machen und mit der Fliegenklatsche auf Jagd gehen? Doch dann würde mein Mann erwachen. Der schläft doch so schnell wieder ein, beruhigte ich mich und hatte schon ein Bein aus dem Bett, doch dann fiel mir ein, dass meine schwachen Augen das kleine Insekt im Halbdunkel ohnehin nicht finden würden, wo auch immer es wartend saß, um mir seinen Stachel in die Haut zu jagen. Bein raus? Himmel! Schnell wieder unter die Bettdecke damit! Ssssrrr, heueueul! Wieder flog es an.

Oh, wunderbar, mein Mann bewegte sich, stieg aus dem Bett und tappte – halb im Schlaf – nach draußen. Der bekannte nächtliche Gang! Ins Wohnzimmer sausen, die Fliegenklatsche greifen und wieder zurücklaufen war eins. „Wo bist du, Monster?“, rief ich mit drohender Stimme. Ich suchte jedes Fleckchen des Schlafzimmers ab. Nichts! Ich wedelte mit der Gardine. Bestimmt saß es in ihren Falten. Saß es nicht! Da war guter Rat teuer. Ich hörte meinen Mann kommen und schlüpfte betrübt wieder unter die Bettdecke. „Hier ist eine Mücke“, sagte ich und meine Stimme klang zum Steinerweichen. „Ich habe gerade eine totgemacht“, erwiderte mein Liebster und gähnte herzhaft, „sie saß auf meinem Arm und wollte sich bedienen, aber da hatte sie sich verrechnet!“ „Sie musste sterben!“, sagte ich fröhlich, „das geschah ihr recht“, drehte mich auf die Seite, löschte das Licht und schloss die Augen. Auch mein Mann wickelte sich wieder in sein Laken. Herrliche Stille! Nach einer Minute … Ssssrrr – heueueulll! Neieieinnn! *Gabriele Lins*

Die Sache mit der Fahrkarte

Zunächst schien die Reise äußerst stumm zu verlaufen – Die alte Dame brachte Bewegung ins Abteil

Der Zug eilt dahin. Draußen fliegt die Landschaft vorbei. Monoton ist das Rattern der Räder, die nur dann gequält aufquietschen, wenn es über eine Doppelweiche oder in eine langgezogene Kurve geht. Aber in dem Zugabteil ist es ganz still. Drüben, am Fenster, widmet ein elegant gekleideter Herr der eintönigen Landschaft gelangweilte Blicke. Ab und zu wischt er sich ein unsichtbares Staubkörnchen von seiner tadellosen Jacke.

Daneben, fast schüchtern, sitzt eine alte Frau und hat zuweilen die Hände brav gefaltet. Gegenüber schläft eng aneinander gelehnt ein Pärchen. Vielleicht tut es auch nur so. Links davon hat sich ein junges Mädchen niedergelassen. Sie hält ein Buch auf dem Schoß, ohne darin zu lesen. Als sänne sie ihren Gedanken nach, so sitzt sie da. Für einige Stunden würde nun diese Gesellschaft eine Fahrgemeinschaft bilden. Eine stumme, so war zu vermuten. Ja, mit Unterhaltung wird es da kaum etwas werden.

Plötzlich wird die alte Frau unruhig. Nervös nestelt sie an ihrer Handtasche. Dann erfassen ihre suchenden Blicke den Boden. Zunächst murmelt sie nur unverständliche Worte, doch dann kam es laut und vernehmlich: „Meine Fahrkarte, wo ist nur meine Fahrkarte, ich werde sie doch nicht etwa …?“ Der elegante Her neben ihr blickt nicht mehr gelangweilt zum Fenster hinaus. Ruckartig hat er sich gerade gesetzt und sieht nun fragend in das Abteil. Das Pärchen gegenüber blinzelt durch verschlafene Augenlider. Selbst das junge Mädchen hat jetzt sein Buch zusammengeklappt. „Eben war die Fahrkarte ja noch da“, klagt die alte Frau. „Aber nun…“ Sie scheint ganz aufgeregt zu sein. Allmählich geriet Bewegung in die Reisegesellschaft und es werden Anstalten zur Suche gemacht. Die verschwundene Fahrkarte scheint im Abteil einiges verändert zu haben. Das junge Mädchen vollführt wahre Akrobatik bei der Suche. Da – der elegante Herr berührt sanft die Schulter der alten Frau und deutet auf den Boden. „Sehen Sie nur, da ist ja die Fahrkarte! Sie stehen fast darauf mit Ihren eigenen Füßen!“

Die alte Frau blickt nach unten. „Tatsächlich, da ist sie! Ach, wie ungeschickt von mir. Vielen Dank auch!“ Der elegante Herr ringt sich ein Lächeln ab. „Wissen Sie, so etwas kommt schon mal vor. Neulich bin ich auf einer Reise derart gedankenverloren umgestiegen, dass ich sogar meinen Koffer im Abteil vergaß. Aber die Sache hat ein gutes Ende gefunden! So wie die Geschichte mit Ihrer Fahrkarte!“

Ein Schmunzeln geht durch das Abteil und schon bald ist man in unterhaltsame Gespräche vertieft.

Die alte Dame aber kichert triumphierend in sich hinein. Seit sie einmal von Hamburg bis München ohne jegliche Unterhaltung in einem Abteil verbrachte, hat sie den Trick mit der angeblich verschwundenen Fahrkarte auf ihren Reisen schon fünfmal angewandt. Und immer hat er funktioniert. Es ist doch viel schöner, so heiter miteinander zu reden! *Werner Hassler*

Großmutter auf Zeit

Eine Hamburger Agentur vermittelt Frauen über 50 an Gastfamilien im Ausland

Frauen über 50 erfüllen sich ihren Traum vom Ausland und hüten Kinder. Die Hamburger Agentur Granny Aupair vermittelt Gastfamilien.

„Als Aupair-Oma ins Ausland? Ich dachte sofort: Das ist es!“, schildert Anna Brand ihr Gefühl, als sie von Granny Aupair las. „Was für eine tolle Gelegenheit, etwas Neues anzufangen!“ Bestimmte Erwartungen hatte sie nicht. „In welches Land ich gehe, ob in eine große oder kleine Familie, zu älteren oder jüngeren Kindern – das alles wollte ich auf mich zukommen lassen“, sagt die 62-Jährige.

Es wurde England. Seit Oktober lebt Anna Brand in London bei einer jungen Witwe und ihrer zweieinhalbjährigen Tochter. Inzwischen sind die drei zu einer fröhlichen Kleinfamilie zusam-

Zu einer fröhlichen Kleinfamilie zusammengewachsen

mengewachsen: Jeden Nachmittag holt Brand das Mädchen vom Kindergarten ab, geht mit ihr auf den Spielplatz oder liest ihr zu Hause vor, bis alle gemeinsam zu Abend essen. Durch den täglichen Kontakt spricht die Kleine inzwischen mehr und besser Deutsch als am Anfang.

Wie schon bei der eigenen Enkelin genießt Brand ihre Oma-Rolle: „Man kann heute viel mehr auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen als früher bei den eigenen“, sagt sie. Und sie genießt London: „Eine tolle Stadt.“ An den freien Wochenenden geht sie gern auf Erkundungstour. „Ich erlebe jeden Tag etwas Neues“, sagt Brand begeistert. „Diese Erfahrung ist eine Bereicherung fürs Leben.“

Melanie Huber geht demnächst als Granny Aupair nach Mallorca. Zu einer alleinerziehenden Deutschen mit einjährigem Sohn. Die 64-Jährige hatte schon immer einen Draht zu jungen Leuten und liebt Veränderungen.

„Ist das alles im Leben?“, fragte sich die Sekretärin, als sie in Rente ging. Nun freut sie sich auf sechs Monate als Aupair-Oma und hat viel vor: „Ich mache auf jeden Fall einen Sprachkurs, möchte Leute kennenlernen.“



Eine tolle Beziehung: Enkel und Großmutter verstehen sich blendend. Wenn allerdings keine Großmutter vor Ort ist, dann hilft Michaela Hansen (kleines Foto) und vermittelt sie sogar ins Ausland. Bilder: Reuland, privat

Auch Anke Vendt ist eine Aupair-Oma. Für ein halbes Jahr kümmert sich die 61-Jährige um die Kinder einer deutschen Familie in Spanien.

Sie fährt die Jungs in die Schule, spielt mit ihnen Rommé-Cup und Mühle, hilft im Garten, versorgt die Haustiere. „Ich wollte die Chance nutzen, in einem fremden Land zu leben und es aus der Sicht Einheimischer kennenzulernen“, sagt sie.

„Eine Zeit lang ins Ausland zu gehen, das wäre für mich früher nicht möglich gewesen.“ Mit 16 machte sie ihren Volksschulabschluss, begann eine Ausbildung als Technische Zeichnerin. Ihre Tochter Tanja, heute 42, zog sie alleine auf.

So wie Anna Brand, Melanie Huber und Anke Vendt haben viele Frauen über 50 nie die Gelegenheit für einen Auslandsaufenthalt gehabt.

Das brachte die Hamburger PR-Beraterin Michaela Hansen auf die Idee, eine Vermittlung für Seniorinnen zu gründen, die als Aupair-Oma einige Monate ins Ausland gehen möchten. Anfang 2010 gründete sie die Initiative Granny Aupair. „Das Fernweh packte mich immer sonntagnachmittags auf der Couch vor dem Fernseher bei einer Sendung, in der junge Frauen als Aupair von einem Fernsehteam begleitet werden. Das habe ich immer ganz sehnsuchtsvoll geguckt und dachte: So wie mir geht es vielleicht auch anderen Frauen“, erklärt sie. Die Idee, Frauen über 50 in Gastfamilien zu vermitteln, war geboren.

Inzwischen verwaltet die Hamburgerin 200 Frauen in ihrer ständig wachsenden Kartei von suchenden Familien und Seniorinnen. Für die Aufnahme in die Kartei berechnet sie 35 Euro, für eine komplette Vermittlung 250 Euro. Zwei Dutzend Seniorinnen hat sie schon untergebracht, unter anderem in Australien, Kanada und Namibia.

Im Gegensatz zu klassischen Aupair-Organisationen regeln die Familien und die Frauen bei Granny Aupair alles selbst – von der Aufenthaltsdauer bis zur Frage, wie hoch das Taschengeld ist.

Grundsätzlich versucht Hansen, für die Gastfamilien und die Frauen alles passend zu machen. In einem Bewerbungsbogen geben beide ihre Wunschvorstellungen an: Land, Größe der Familie, Alter der Kinder.

„Wichtig ist natürlich, vorher soweit als möglich zu prüfen, inwieweit die Bewerberinnen und die Gastfamilien zueinanderpassen“, erklärt sie. Stimmen Vorstellungen und Wünsche überein, stellt sie den Kontakt her. „Das Faszinierende an der Idee von ‚Granny Aupair‘ ist für mich vor allem, dass ich helfen kann, Menschen zusammenzubringen, die sich sonst nicht kennenlernen würden. Wenn dann soviel positive Resonanz zurückkommt, ist das ganz wunderbar!“, strahlt Hansen.

Corinna Weinert

Granny Aupair ist zu erreichen über Michaela Hansen, Telefon (040) 23 51 77 54, montags und donnerstags von 14 Uhr bis 17 Uhr, dienstags, mittwochs und freitags von 9 Uhr bis 12 Uhr oder über E-Mail: michaela.hansen@granny-aupair.com

Für Sie gelesen

Ein magisches Datum

Die Schauspielerinnen Senta Berger und Hannelore Elsner haben ihn längst hinter sich: den 60. Geburtstag. Doch sehen sie wesentlich jünger aus. Joga und grüner Tee sollen dieses Wunder bewirkt haben. Für viele Frauen aber ist der Geburtstag mit der Sechs davor ein Tag zum Grübeln. Soll man ab jetzt die gesetzte weißhaarige Dame geben? Kann man wirklich noch im jugendlichen Outfit durch die Gegend gehen, auch auf die Gefahr hin, dass man den Spruch hören muss: „Hinten Lyzeum, vorne Museum“? Henrike Müller-Moll begegnet dieser Situation mit Humor. Man sollte alles nicht zu ernst nehmen. „Ich hatte richtig Panik davor, 60 zu werden“, sagte sie in einem Interview. „Ich habe aber, glaube ich, die Gabe, witzig über ein im Grunde sehr ernsthaftes Thema schreiben zu können.“ In ihrem Buch „Ein Rabenaas wir 60“ kommt sie zu der Erkenntnis, dass es für eine Frau spätestens mit 60 Zeit wird, sich so zu benehmen, wie sie es insgeheim schon immer wollte: Wer zeit seines Lebens für alle die „Liebe“ war, darf ab jetzt endlich dem Umfeld die Zähne zeigen. Sie rät „Leidensgenossinnen“, optimistisch, neugierig, charmant und humorvoll zu bleiben, dann wird auch das Alter überraschend, witzig und spannend werden. *SiS*



Henrike Müller-Moll: „Ein Rabenaas wird 60 – Heitere Betrachtungen über das Älterwerden und andere Phobien“, Verlag Liber Libri, Wien, 116 Seiten, broschiert, 17,80 Euro

Den richtigen Ton getroffen

Wiederauflage eines Bestsellers aus der »guten alten Zeit«

Immer wieder einmal wird ein Verkaufsschlager von vorgestern unter die Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt gemischt in der nicht ganz unberechtigten Annahme, dass solch ein Fossil seine Liebhaber findet. So auch ein, nein *das* früher einmal äußerst bekannte „Wochenendbuch“ der Engländer, ein hübsch illustrierter Allzweck-Ratgeber für kultivierte Menschen der „Middle“- und „Upperclass“ zur Bereicherung ihrer Freizeitvergnügungen im Freien oder

Allzweck-Ratgeber für kultivierte Menschen

daheim. Mehreren Generationen war das Wochenend-Buch ein Begriff, da es ab 1924 in mehreren Auflagen bis 1955 erschien, jeweils um einige zeittypische „Perlen“ vermehrt. Sein Erfolg beruhte zum Teil darauf, dass es mehrere Bücher ersetzen konnte, was insbesondere bei einer Wandertour mit Rucksack von Vorteil war. Mit Bedacht und großer eigener Erfahrungen hatten die Herausgeber und Autoren Francis und Vera Meynell den abwechslungsreichen Inhalt zusammengestellt. Und sie trafen den richtigen Ton, indem sie zu jedem Thema charmant, nicht zu trocken abgefasste Beiträge schrieben und dabei schräge Einlassungen nicht scheuten – eben sehr britisch. 2006 wurde das Lieblingsbuch der Groß- und Urgroßeltern-Generation in England wiederentdeckt und neu aufgelegt. Nun liegt der herrlich altmodische Klassiker mit dem Titel „Das Wochenend-Buch – Freizeit, bevor es Fernsehen gab“ auch in deutscher Übersetzung vor.

Besonders Naturliebhaber dürften ihre Freude daran haben, verraten doch schon die Überschriften der Anfangskapitel eine gründliche und hingebungsvolle Beschäftigung der Herausgeber mit der Tier- und Pflanzenwelt ihrer Heimat: „Die Erde und ihre Geschöpfe“, „Das grüne und liebliche Land“. Vogelbeobachtung stand hoch im Kurs. Kurioserweise hat man versucht, den Vogelgesang in Noten wiederzugeben.

Grundkenntnisse der englischen Architekturstile vom späten Mittelalter bis zur Neuzeit waren ebenfalls ein „Muss“. Bei der Vorbereitung einer Zelttour waren Camper gut beraten, sich mit dem Entziffern von Wetterkarten wegen der vielen Abkürzungen vertraut zu machen. Hinweise für die „Erste Hilfe“ waren unverzichtbar und für alle Fälle wurden selbst die Regeln des Immerwährenden Kalenders mitgeteilt. Noten und Texte von Liedern und Kanons, die gern in Gesellschaft gesungen wurden, durften keinesfalls fehlen und auch Poesie gehörte zum gepflegten Müßiggang.

Unter den Beispielen berühmter und weniger berühmter Gedichte fehlen natürlich nicht die humoristischen. Der Leser wird sich spätestens hier schmerzlich bewusst, welch schöne und sinnstiftende Beschäftigungen der prä-multimedialen Zeit ihm inzwischen so gut wie abhandengekommen sind. In den Landhäusern wurde nach dem Essen gespielt, neben Bridge und Backgammon auch Spiele mit Papier und Bleistift.

„Etikette“ war ein wichtiges Thema. Wichtig für das Gelingen eines mit der Familie oder mit Freunden verbrachten Abends oder eines Wochenendes waren und sind selbstverständlich Koch- und Cocktailrezepte.

Das Wochenend-Buch repräsentiert eine Welt, die so nicht mehr existiert, heißt es zutreffend im Vorwort von John Julian Norwich (geboren 1929), der sich noch gut an das Werk als beliebte Bettlektüre erinnert. Aber brauchen wir ein Buch, das sich großenteils auf die britischen Inseln und die damalige englische Lebensart bezieht? Tatsächlich wird der ausschließliche Bezug zu England bei einer Reihe von Themen überaus deutlich – wenn es auch die angeführten unterschiedlichen Haustierrassen auf den britischen Inseln mit Sicherheit nicht mehr gibt. Ob also

Leider nur auf England bezogen

etwas für oder gegen die Beschäftigung mit dem Lieblingsbuch der Engländer in der Zwischenkriegszeit spricht, das noch den Geist der viktorianischen Ära verströmt, sollte einfach dahingestellt bleiben. Das rät auch John Julian Norwich: „Ich überlasse es Ihnen, das zu beurteilen. Haben Sie ein schönes Wochenende.“

Dagmar Jestrzemski

Francis Meynell (Hrsg.): „Das Wochenend-Buch – Freizeit, bevor es Fernsehen gab“, Piper Verlag, München 2010, broschiert, 427 Seiten, zahlreiche Illustrationen, 9,95 Euro

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4085**



Ersehnte Freiheit

Vom Leben in der Karibik

Jamaika ist heute ein selbstständiger Inselstaat in der Karibik. Ab Mitte des 17. Jahrhunderts war die Insel jedoch eine britische Kolonie, deren Plantagenwirtschaft der britischen Krone über viele Jahre hinweg ein gutes Zubrot bescherte. Mit der Plantagenwirtschaft und dem Anbau von Zuckerrohr ging jedoch die Sklaverei einher.

In „Das lange Lied eines Lebens“ erzählt die britische Autorin und Tochter jamaikanischer Einwanderer, Andrea Levy, die Lebensgeschichte der Sklaventochter July. In ihrem Roman „Eine englische Art von Glück“ (im Original „Small Island“) berichtete Andrea Levy bereits vom Schicksal ihrer Eltern. Die waren in den 1950er-Jahren von Jamaika nach London ausgewandert und hatten dort lange Zeit mit Widrigkeiten wie Armut und Rassismus zu kämpfen. Für „Small Island“ wurde die Autorin mit dem Whitbread-Literaturpreis ausgezeichnet, auch wurde der Roman von der BBC verfilmt.

Da sich die Spur über ihre Abstammung bereits bei den Großeltern verliert und lediglich bekannt ist, dass wohl mehrere ihrer Vorfahren als Sklaven auf den Zuckerplantagen Jamaikas gelebt haben, hat sich Andrea Levy mit ihrem neuen Roman nun sozusagen eine eigene Familiengeschichte geschrieben.

Sie lässt July für ihren erwachsenen Sohn niederschreiben, wie sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Bastard des Plantagenbesitzers und einer Feldsklavin auf der Zuckerplantage „Amity“ geboren wurde, und wie ihr Leben verlief, nachdem die Schwester des Plantagenbesitzers sie als kleines Kind der Mutter wegnahm, um July als persönliche Hausdienerin auszubilden.

Hätte Andrea Levy July nicht mit unerschütterlichem Humor und dem unbedingten Wunsch, das Leben positiv zu betrachten, ausgestattet, so wäre „Das lange Lied eines Lebens“ wohl ein unglaublich trauriger Roman geworden. Da July aber ein frohes Naturell besitzt und auch in den schlimmsten Situationen stets gewillt ist, etwas Positives darin zu finden, ist das Buch zu einem richtigen Lesevergnügen geworden.

Nur am Rande erfährt der Leser von den Sklavenaufständen auf Jamaika, bis eines Tages die Sklaverei dort abgeschafft wird. Dass sich Julys Leben und das Leben der auf Amity lebenden ehemaligen Sklaven nun umgehend verbessern würde, ist jedoch nicht der Fall. Noch viele Jahre bleiben die Vorbehalte gegen Schwarze, da selbst in den Köpfen der Schwarzen dieses Denken noch so vielen Jahren der Sklaverei zu tief verankert ist.

Hier stellt auch July keine Ausnahme dar. Eines Tages begegnet sie der deutlich hellerhäutigen Miss Clara, welche sich selbst als Terzerone (Mischling zwischen Weißen und Mulatten) bezeichnet und die sich bereits vor der offiziellen Abschaffung der Sklaverei freikaufen konnte.

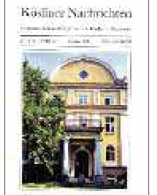
„Und als sie endlich frei war, stolzierte Miss Clara in die Stadt, um ein kleines Geschäft zu eröffnen. Wie bei vielen Frauen mit einer Hautfarbe, deren Ton von Honig bis Milch reichte, und mit oft erwähnten Papas – aus England, Irland, Schottland oder Wales, allesamt vornehme, aufrechte weiße Gentlemen – bestand ihre Beschäftigung darin, Marmeladen und Essiggemüse einzukochen und zu verkaufen.“

July selbst bewundert Miss Clara für deren helle Haut. Und so erläutert sie dem etwas schockierten Leser, wie es sich mit den verschiedenen Farbnuancen der Haut und dem damit verbundenen „Schicksal“ eines Menschen verhält. „Der Teerpinsel, geneigter Leser, schlägt schnell zu. Denn eine Mulattin und ein Neger oder eine Terzerone und ein Zambo haben das Unglück, ein rückläufiges Kind hervorzubringen. Und ein dunkelhäutiger Abkömmling wird nirgends hingeschickt als auf die Felder, wo er mit den Niggern essen muss. ... oh, die Tochter der Quinterone, die einen Weißen zum Papa hat, wird feststellen, dass jeder neue Tag sie nicht länger mit einem Stirnrunzeln, sondern mit einem Lächeln begrüßt, da sie endlich als geschätzte Weiße durch die Welt schreitet.“

Eines Tages wird July einem solchen hellhäutigen Baby das Leben schenken, doch soll dies auch der einzige Wunsch bleiben, der sich diesbezüglich für sie erfüllen wird.

Andrea Levys „Das lange Lied eines Lebens“ ist ein sehr ernster, aber auch lebensbejahender und zum Teil humoriger und aberwitziger großer Roman über die Zeit der Sklaverei im 19. Jahrhundert auf Jamaika, das Erlangen der lang ersehnten Freiheit und die damit verbundene, häufig bittere, Realität. *Vanessa Ney*

***Andrea Levy: „Das lange Lied eines Lebens“**, Roman, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2011, gebunden, 368 Seiten, 19,99 Euro*



Köslin

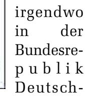
Damals und heute

Die „Kösliner Nachrichten“ sind eine zweimal jährlich erscheinende Broschüre, die weitaus mehr enthält als nur Nachrichten über die engere Heimat des ehemaligen Redakteurs beim „Ostpreußenblatt“, Horst Zander. Der Pommer, der in der Hamburger Parkallee lange Jahre „ostpreußische Luft“ eingeatmet hat, zitiert denn auch in der jüngsten Ausgabe den neuen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, der betonte: „Wir sind das alte Ostpreußen. Ohne uns hat Ostpreußen keine Identität“, und bezieht diese Aussage auf seine Heimat Pommern. Überhaupt sind die Beiträge eine bunte Mischung aus Erinnerungen an die Vergangenheit und Berichten aus der Gegenwart, die so nicht nur Kösliner interessieren dürften, sondern alle Heimatvertriebenen ansprechen. *os*

Das Heft, 44 Seiten, zahlreiche farbige und schwarzweiße Abbildungen, kann gegen Überweisung eines kleinen Kostenbeitrags angefordert werden bei „Kösliner Nachrichten“, Horst F. Zander, Hauptstraße 28, 21439 Marxen/Auetal.

Eigene Ideen nicht gefragt?

Erfahrungen einer Lehrerin, die versuchte, die Schule zu verbessern



Wenn irgendwo in der Bundesrepublik Deutschland eine der 16 Landesregierungen wechselt, ist es nahezu schon ein Selbstläufer, dass im Koalitionsvertrag der neuen Regierungsparteien auch eine Schulreform angekündigt wird. Deutschlands Schulen scheinen bei Landesregierungen ein beliebtes Versuchsfeld zu sein. Dass an Deutschlands Schulen vieles nicht optimal läuft, beweisen seit einigen Jahren die in regelmäßigen Abständen durchgeführten sogenannten Pisa-Studien. Doch zu häufig stehen bei den politischen Reformen ideologische Motive im Vordergrund. Schule scheint ein idealer Ort für die Selbstverwirklichung von Politikern zu sein. Dass dies jedoch keineswegs für Lehrer und Schüler gilt, weist Inge Faltin in „Schule versagt – Warum Bildung ein Glücksspiel ist und wie sich das ändern kann“ nach. Noch als ihr eigener Sohn zur Schule ging, kam die 1955 geborene studierte Politikwissenschaftlerin und Germanistin auf die Idee, den wissenschaftlichen Bereich, in dem sie tätig war, gegen die Schule zu tauschen und all das, was sie bei den Lehrern ihres Sohnes ärgerte, besser zu machen. Voller guter Vorsätze und Theorien startete sie ihre Lehrerlaufbahn als Referendarin, doch relativ schnell landete sie auf dem harten Boden der Realität.

Natürlich sind Inge Faltins Ausführungen äußerst subjektiv: Sie startete als hoch motivierte Schulverbesserin, die die Schule vor allem aus der eigenen Schüler- und inzwischen Elternperspektive kannte, und versuchte zehn Jahre lang, ihre Vorstellungen umzusetzen, bevor sie erneut den Beruf wechselte und jetzt als Autorin tätig ist. Vielleicht fielen ihr aber auch gerade wegen ihres Quereinstiegs in den Lehrerberuf Dinge auf, die andere Kollegen, die von der eigenen Schulbank und der Universität ohne Umweg ans Lehrerpult ziehen, gar nicht wahrnehmen. Doch bevor sie über ihre eigenen Erfahrungen – manchmal etwas zu detailverliebt – berichtet und diese auswertet, lässt sie ihren 1982 geborenen Sohn Daniel über seine Schulzeit erzählen. Und zumindest die Rezensentin erkannte zahlreiche der von Daniel Faltin geschilderten Lehrertypen aus ihrer eigenen Schulzeit. Auch die manchmal mysteriösen Wege der Notenfindung, die der Absolvent verschiedener Filmhochschulen darstellt, lassen Zweifel bezüglich der Vergleichbarkeit von Schulnoten aufkommen.

> Nicht nur reine Disziplin von den Schülern fordern, sondern sie zur Selbstdisziplin motivieren

Natürlich sind sich Mutter und Sohn einig, dass in der Schule vor allem Menschen am Werk sind, und die sind schließlich selten unfehlbar, dennoch monieren sie, dass die Motive, den Lehrerberuf zu ergreifen, nicht unbedingt dazu geschaffen sind, den Schülern echte Vorbilder zu bringen. Beamtenstatus, vergleichbar gutes Gehalt und lange Ferien, zudem der Mangel über ein Wissen über das Leben außerhalb von Lehreinrichtungen stellen aus ihrer Sicht schon gewisse Schwachpunkte im System dar.

Inge Faltin stört es auch, dass Lehrerausbildung so sehr von Bundesland, Mode und Zeitgeist abhängig ist. Als sie ihr Referendariat machte, lag es gerade im damaligen Trend, dass der Lehrer sich als Persönlichkeit völlig zurücknimmt und stur dem Lehrplan folgt. Doch das war nicht ihr Ding. Sie hatte eigene Ideen, wie man den Lernstoff vermitteln könne, wurde jedoch ausgebremst. Außerdem sei sie zu dominant und solle sich dem Leistungsniveau der Schüler anpassen, kritisierten ihre Vorgesetzten, während sie konterte, sie dächte, es sei ihre Aufgabe, das Leistungsniveau zu heben. In vielen Klassen herrschte Chaos, das einige Kollegen durch Kontrolle zu beheben versuchten. Faltin hingegen entwickelte für sich selbst die Theorie, dass es sinnvoll sei, die Schüler zu motivieren und ihnen bewusst zu machen, dass sie alles, was sie taten, nur für sich taten: Sie wollte nicht nur reine Disziplin einfordern, sondern zu Selbstdisziplin erziehen. Überhaupt wünscht sie sich mehr Eigeninitiative von Schülern, doch das deutsche System würde Schülern zu oft die Möglichkeit lassen, sich als Opfer in die Untätigkeit zu verkriechen. Zu häufig würden Herkunft und Lebensumstände Milde bei den Kollegen auslösen.

Meist ist die Autorin in ihrem Urteil sehr hart, manche ihrer Vorschläge sind auch vom Ansatz her zu idealistisch, nicht jeder hat eine starke Persönlichkeit und einen ausgeprägten Wissensdrang, aber sie hat recht, dass es Aufgabe eines Lehrers ist, so vielen Schülern wie möglich bei der Ausbildung zu helfen, sie zu inspirieren und ihnen zu verdeutlichen, wofür man das präsentierte Wissen verwenden kann. Aus diesem Grund findet Faltin auch fächerübergreifendes Lernen positiv.

Ganz zum Schluss geht die Autorin noch auf das Thema Immigranten an deutschen Schulen ein. Hier hat sie ebenfalls eine sehr feste Meinung und verweist auch auf das Beispiel Australien, wo den Zuwanderern angeboten wird, sich zu integrieren, während in Deutschland die aufnehmende Gesellschaft von der fixen Idee getrieben würde, sie müsse integrieren. „Es werden Angebote gemacht, und wenn sie nicht wahrgenommen werden, fragen wir uns, was wir falsch gemacht haben. Wir unternehmen noch mehr Anstrengungen und machen noch mehr und bessere Angebote. Aber die Aufgabe der Integration ist die des Einwanderers. Er muss aktiv seine Eingliederung angehen und konsequent umsetzen“, so Faltin am Ende ihrer in der Bilanz durchaus lesenswerten Ausführungen, die zahlreiche interessante Ansätze für Verbesserungen bieten. *Rebecca Bellano*

***Inge Faltin, Daniel Faltin: „Schule versagt – Warum Bildung ein Glücksspiel ist und wie sich das ändern kann“**, dtv Premium, München 2011, kartoniert, 14,90 Euro*

Schwierige Bedingungen

Eindrucksvolle Dokumentation über Sanitätswesen auf deutschen Schiffen

In „Verwundetentransport über See – Deutsche Lazarett- und Verwundetentransportschiffe im Zweiten Weltkrieg“ wird sich erstmalig umfassend mit dem Sanitätswesen auf deutschen Schiffen beschäftigt. Zwar wurde bereits 1978 von Arnold Kludas und Rudolf Schmidt ein Buch über die deutschen Lazarettschiffe im Zweiten Weltkrieg herausgebracht, dort lag jedoch der Schwerpunkt auf den schiffbaulichen Details, während Volker Hartmann und Hartmut Nöldeke den Einsatz des Sanitätspersonals an Bord in den Vordergrund stellen.

In der Einleitung wird auf die schwierige Materiallage verwiesen, da viele Kriegstagebücher verloren gingen oder vernichtet wurden und nur durch die aufopferungsvolle Vorarbeit von Admiralarzt a. D. Dr. Hugo Caanitz (1968) viele Zeitzeugenschilderungen archiviert wurden. Diese Sammlung wurde nach seinem Tod von Prof. Dr. Hans Schadewaldt (2009) verwaltet und vervollständigt. Durch dieses Material, das die Autoren in den historischen Kontext gestellt haben, wird eine sehr persönliche Darstellungsform erreicht, die dem Leser einen tiefen Einblick in das Bordleben der Lazarettschiffe vermittelt.

Mit einem kurzen Rückblick in die Geschichte beginnt die Darstellung, denn schon im Siebenjährigen Krieg wurden Verwundete über Wasserwege transportiert. Die Autoren beschreiben weiter die weltweite Verwendung von Lazarettschiffen bis zum Ersten Weltkrieg, wobei auch die Regeln für die Anerkennung durch die gegnerischen Parteien durch das Kriegsvölkerrecht erläutert werden.

Die völkerrechtlichen Planungen für den Marinesanitätsdienst in zukünftigen kriegerischen Auseinandersetzungen wurden aufgrund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg fortgeführt, allerdings verweigerte die Sowjetunion die Anerkennung der deutschen Lazarettschiffe schon 1929. In diesem Zusammenhang stand auch der Einsatz von Verwundetentransportschiffen, deren Stellung und Ausstattung hier klar definiert und von den Lazarettschiffen abgegrenzt wird, so dass der Leser wichtige Hintergrundinformationen erhält.

> Den Namen der Helfer ein Gesicht gegeben

Die Schiffe werden nach ihren Einsatzgebieten wie Ostsee, Norwegen, französische Küste, Mittelmeer, östliche Ostsee aufgelistet, außerdem wird auch die geplante Landung in England, die „Operation Seelöwe“, erwähnt.

Mit jeweils einem Vortext wird eine kurze Erläuterung der Einsatzbedingungen in dem jeweiligen Fahrgebiet gegeben. In den Schiffsportraits werden in den einleitenden Sätzen kurz die relevanten Schiffsdaten und Umbauten aufgeführt. Schwerpunkt ist jedoch das Sanitätspersonal an Bord. Durch die namentliche Erwähnung mit Funktion und Dienstgrad werden die Menschen an Bord lebendig und sie bekommen durch die schriftlichen Zeitzeugenerinnerungen zusammen mit den Fotos ein Gesicht.

Es sind vielfältige Erinnerungen und viele menschliche Schicksale werden dargestellt. Dabei wechseln sich die historischen Ereignisse mit den Erinnerungen ab, die hier passend in den Kontext eingearbeitet werden.

Auch lässt sich anhand der Aufnahme- und Todeslisten mit den Diagnosen erahnen, durch was für Höllen die Patienten vor der Aufnahme an Bord gegangen sein müssen, nur um dann doch kurz darauf zu sterben, und unter welchen schwierigen Bedingungen die medizinische Versorgung erfolgte.

Es wird über den Mangel an medizinischem Material berichtet und vom Spannungsfeld zwischen dem Sanitätspersonal und der Schiffsbesatzung. Außerdem werden die Versorgung und der Austausch von Kriegsgefangenen erläutert, die durch Lazarettschiffe stattfanden.

Eindrucksvoll sind auch die Schilderungen über den aufopferungsvollen Einsatz der in den letzten Kriegsmonaten an der „Rettung über die Ostsee“ beteiligten Schiffe.

Von 73 kleinen und großen Lazarett- und Verwundetentransportschiffen werden 61 vorgestellt. Dabei erhält der Leser einen sehr authentischen Eindruck und faszinierenden Einblick vom Leben an Bord durch die ausführlich beschriebenen zeitlichen, örtlichen und medizinischen Einzelheiten.

Dabei sind nicht nur die großen und bekannten Schiffe, wie „Berlin“, „Steuben“, „Stuttgart“ und „Wilhelm Gustloff“ interessant, sondern es werden auch die großen Leistungen auf den kleinen

> Große Leistungen auch auf kleinen Schiffen gewürdigt

Schiffen, wie auf der „Glückauf“, dem am längsten im Kriegseinsatz befindlichen Lazarettschiff, gewürdigt.

Eine chronologische Übersicht und ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis runden das in allen Aspekten sehr empfehlenswerte Werk ab.

Die beiden Autoren, selbst langjährige Marinesanitätsoffiziere, haben über das Sanitätswesen an Bord von Lazarett- und Verwundetentransportschiffen ein sehr lesenswertes und eindrucksvolles Buch geschaffen. *Britta Heitmann*

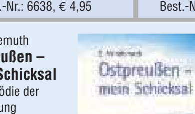
***Volker Hartmann und Hartmut Nöldeke: „Verwundetentransport über See – Deutsche Lazarett- und Verwundetentransportschiffe im Zweiten Weltkrieg“**, Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 2010, 302 Seiten, 39,50 Euro*

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger



NEU

mit den Farben des Memellandes und dem Stadtwappen von Memel
Best.-Nr.: 7111, € 5,95

Ostpreußen-Provinz-Schirmmützen





Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

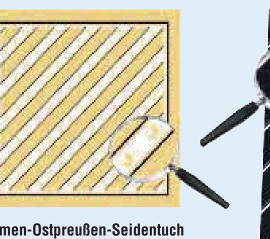
Mützen je € 14,95

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl









Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

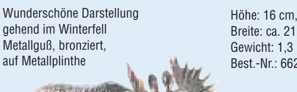
je € 29,95

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung



In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000,
Karte 75 x 50 cm, gefalzt,
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95

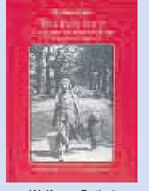
Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



€ 99,95



Wolfgang Rothe/ Daniela Wiemer
Ortsatlas Trakehnen
Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf
Geb., 560 Seiten mit zahlreichen Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7113, € 49,90



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



statt € 7,95 nur noch € 4,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos,
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Von Erika Steinbach signiert!*

Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung

Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen deutschen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft das Gedächtnis des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.

Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045

€ 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95



Herman Glaser
Die 60er Jahre
Deutschland zwischen 1960 und 1970
Geb., 192 Seiten mit 193 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 7115
statt € 19,95 nur noch € 9,95

CD

Inge Mommert
Vom ostpreußischen Gemüt
Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus“ sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors“.
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95



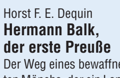
CD **„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“**
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön
- Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

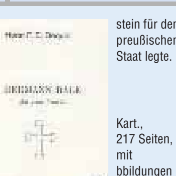
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95





Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.



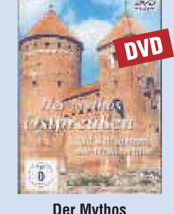
Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch € 9,95



CD

Die neue CD von BernStein zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2011 in Erfurt
Gesamtlaufzeit: 40 Minuten
Best.-Nr.: 7110
€ 14,95



DVD

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

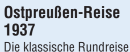


CD

Agnes Miegel
Ostpreußen - Es war ein Land…
Agnes liest aus eigenen Dichtungen Lieder und Balladen der Heimat
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95

Juni + Juli-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre



2 CDs

Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau-'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074

statt € 12,95 nur noch € 10,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

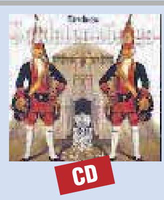


DVD

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.

Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

statt € 19,95 nur noch € 17,00



CD

Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

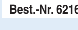
Mit dem Ostpreußenlied

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Klängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Rundstempel





Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472





Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539



statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00

Heimatflaggen



Ostpreußen-Flagge – Provinz –
Best.-Nr.: 3990



Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093

Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00

*nur gültig im Monat Juni 2011 und solange Vorrat reicht

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 26/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

B e s t e l l c o u p o n

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Hellas-Krise: NRW bangt mit

Düsseldorf – Nordrhein-Westfalen bangt um die Sicherheit seiner Versorgungsrücklage für Beamtenpensionen: Von den insgesamt 3,4 Milliarden Euro der Rücklage wurden 2004 und 2005 220 Millionen in griechische Staatsanleihen investiert. Auch Baden-Württemberg hält, wenn auch deutlich weniger, Staatsanleihen aus Athen als Rücklage für Pensionen. Griechenland ist von der Staatspleite bedroht. *H.H.*

Bade-Burka wird erlaubt

Oberhausen – Schülerinnen der Schulen in Oberhausen (NRW) dürfen künftig in muslimischer Ganzkörperverhüllung am Schwimmunterricht teilnehmen. Dies berichtet die „Westdeutsche Allgemeine“. Bislang war das Tragen der Bade-Burka („Burkini“) aus hygienischen Gründen ebenso verboten wie das Tragen langer Hosen oder T-Shirts. Radikal-islamische Eltern hatten argumentiert, dass das Schwimmen im Badeanzug die religiösen Gefühle ihrer Töchter verletze. *H.H.*

ZUR PERSON

Der rote Putz bröckelt

Bolivien ist das Armenhaus Lateinamerikas. Jahrelang hatte **Evo Morales** (51) als Anführer der Koka-Bauern die Regierenden bekämpft, gemeinsam mit seinen Mitstreitern jagte der Revolutionär zwei Präsidenten aus dem Amt. 2006 begann mit Morales' Machtübernahme ein neues Zeitalter in Bolivien, denn zum ersten Mal in der knapp zweihundertjährigen Geschichte des Landes wurde ein Indio Präsident. Als „Präsident der Eingeborenen“ ließ er sich feiern. Bolivien ist das einzige Land Lateinamerikas mit einer indigenen Bevölkerungsmehrheit. Rund zwei Drittel sind Aymara, Quechua und Guarani. Morales selbst stammt aus einer armen Bauernfamilie. Die Indios fühlten sich von der Elite der Weißen unterdrückt und ausgebeutet.

Morales hatte bei seinem Amtsantritt versprochen, Bolivien neu zu gründen, dem Kolonialstaat und dem neoliberalen Modell Washingtons, dem seine Vorgänger seit Beginn der 80er Jahre gefolgt waren, ein Ende zu setzen. Er wollte das Land industrialisieren und die privatisierten Betriebe der Rohstoffindustrie enteignen.



Weil er keines seiner Versprechen halten konnte, weht Morales seit April dieses Jahres der kalte Hauch der Konterrevolution entgegen. Die Proteste gegen ihn nehmen zu, weil sich die Lebensqualität der großen Mehrheit nicht verbessert hat. Drastische Preiserhöhungen für Benzin stehen Sozialprogrammen für Arme, Frauen und Kinder entgegen, die aus Gewinnen der Öl- und Gasbetriebe finanziert werden. Der illegale Drogenhandel, den Morales bekämpfen wollte, hat zugenommen. Ex-Vizepräsident Victor Hugo Cardenas wertet die Entkolonialisierungspolitik Morales' als puren Populismus. Morales lasse sich als erster indigener Präsident Boliviens feiern, obwohl er selbst keine der indigenen Sprachen beherrsche. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Wir Komplizen

Warum Kohl die Nato verlassen hätte, wieso die Grünen so fabelhaft sind, und wie wir das Vertrauen in die Politik zurückbekommen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Mit denen wird es wirklich nie langweilig. Fast schon glaubten wir, uns vor der Langeweile einer richtigen Regierungskoalition fürchten zu müssen: Die Vorsitzenden von CDU und FDP vereinbaren eine kleine Steuersenkung, und weil sie das vorher mit allen wichtigen Leuten in der Koalition abgesprochen haben, nickt die ganze Riege freundlich mit den Köpfen. Auf diese öde, voraussehbare Weise läuft es ja normalerweise. Und so sollte es diesmal auch bei Schwarz-Gelb abgehen.

Aber nicht in der Manege des Zirkus Merkel-Rösler-Seehofer. Da wird jede Bagatelle zur ganz großen Schau: Merkel und Rösler haben sich abgesprochen, Merkels Pressesprecher Seibert bringt das (offenbar zu früh) an die Öffentlichkeit, Seehofer weiß angeblich von nichts und schäumt und Finanzchef Schäuble schnaubt „Nichts da!“ Zu seiner Unterstützung galoppieren die Landesfürsten heran: „Kein Geld!“ Nun bastelt Schäuble an einer kaum spürbaren Schrumpfversion der Steuersenkung, tut also genau das, was wir vergangene Woche schon von ihm erwartet hatten.

Richtig guter Klamauk, nicht wahr? Nichts mit „langweiliger Regierungsalltag“. Eigentlich schon, doch so richtig will das Publikum diesmal nicht mitgehen. Die allgemeine Müdigkeit könnte daher rühren, dass die Leute das Stück „Koalitionskrach“ schon viel zu oft gesehen haben. Auch ein gutes Drehbuch verbraucht sich irgendwann. Das Gleiche gilt für einst flotte Kalauer: „Die Koalition probiert einen Neuanfang!“ Darüber haben wir vor Monaten noch herzlich gelacht, aber heute? Nee, nee! Vielleicht sollte man den verstaubten Witz durch etwas Frisches, wirklich Komisches ergänzen, etwa: „Die Koalition probiert einen Neuanfang, und diesmal wird er ihr auch gelingen!“ Das wäre ein echter Lacher!

Die Meinungsforscher erzählen, das Vertrauen der Deutschen in die Politik schrumpfe dramatisch. Die Menschen blickten nicht mehr durch bei Energieschwenk oder Euro-Krise und bekämen es langsam mit der Angst zu tun, was wohl werden wird. Die Angst ist ja verständlich, aber warum laden wir unseren Frust ausgerechnet bei den Politikern ab? In Berlin wird gemunkelt, Kanzlerin Merkel habe bei der Euro-Sache ebenfalls den Überblick verloren. Na also: Das nennen wir bürgernah, die Kanzlerin weiß nicht mehr als wir. Wir sitzen alle in einem Boot.

Und Führungsstärke kann Angela Merkel trotzdem keiner absprechen: Obwohl sie keine Ahnung hat, wohin es geht, hält sie wacker Kurs. Von wegen „wankelmütig“, wie man es ihr nach dem eleganten Atomschwenk ins Ungewisse nachgesagt hat – nur weil sie mal ihre Meinung geändert hat unter dem Eindruck völlig neuer Erkenntnisse. Hätte Helmut Kohl gewusst, dass die US-Atomraketen mit Atomwaffen bestückt werden sollten, hätte er dem Nato-Doppelbeschluss auch niemals zugestimmt! Oder? Und hätte der alte Kanzler Anfang der 80er Jahre geahnt, dass die Hunderttausenden Menschen auf der Straße nicht für, sondern gegen die Politik des westlichen Bündnisses demonstrierten, dann wäre Kohl auch aus der Nato ausgetreten „aus Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung, der man sich als guter Demokrat nicht verschließen darf“.

> Keine große Partei steuert uns mit so viel Elan und Geradlinigkeit ins Desaster

Zu seinem und unserem Glück hatte Kohl von alldem keinen Schimmer und blieb daher streng bei seiner Politik. Daraufhin gewann er zuerst die nächste Wahl 1987 und wurde drei Jahre später sogar „Kanzler der Einheit“. Die Einheit hätte sein SPD-Herausforderer von 1990, Oskar Lafontaine, nur zu gern verhindert.

Als was Angela Merkel in die Geschichtsbücher eingehen wird, das zeigt sich später. Noch hören wir es nur leise rauschen am Horizont der Zeit. Doch was für ein Geräusch ist das wohl? Ist es der Beifall kommender Generationen für die heutige Politik oder rauscht da der Wasserfall, den unser Geldsystem demnächst hinunter donnert? Warten wir's ab.

Die Grünen wollen nicht mehr warten. Sie machen jetzt „Revolution“ und können kaum noch atmen, so hingerissen sind sie von sich und ihren Erfolgen. Für sie läuft derweil alles glänzend. Die Grünen sind die schillernde Blüte, die auf dem morschen Gebälk eines vermodernden Parteiensystems fabelhaft gedeiht. Alles fällt ihnen zu, nie erschien die grüne Welt aufgeräumter.

Das liegt auch an dem Bodennebel medialer Zustimmung, der über so manche Fußangeln grüner Programmatik einen milden Schleier legt. In Sachen Euro würden Künast und Co. in die Vollen gehen: Keine große Partei ist so geschlossen und geradlinig für die europäische „Transferunion“, in der die effizienten Volkswirtschaften dauerhaft für die ineffizienten zahlen sollen. Wie gut, dass die Masse ihrer Anhänger von dieser Kleinigkeit nichts weiß, oder zumindest keine Vorstellung hat von den Folgen für die Deutschen.

Schaden kann das den Grünen auch deshalb nicht, weil die übrigen Bundestagsparteien in etwa denselben Weg gehen. Sie tun das allerdings mit etwas weniger Elan, sprich: Merkel stolpert eher in die Grube, in welche die Grünen Deutschland mit Macht stoßen wollen.

Dieser Eindruck, dass Merkel unentschlossen ins Desaster taumelt statt schnurstracks hinein zu marschieren wie Jürgen Trittin, das unterminiert allerdings das Vertrauen im Volk, heißt es. Ist denn niemand da, der uns endlich wieder ein wenig Zuversicht einhaucht? Wir wollen wieder hoffen und vertrauen können!

Doch, da ist jemand. Und zwar einer, der es wissen muss: Der Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Universität Hannover, Stefan Homburg. Homburg belässt es nicht nur bei frommen Worten, er lässt seinem Aufruf zu mehr Vertrauen echte Taten folgen: Gerade dieser Tage erst habe er einen „namhaften Betrag“ in griechische Staatsanleihen investiert, so Homburg voller Zuversicht. Von der könnten wir ängstlichen Kleingeister uns eine Scheibe abschneiden. Und sein Vertrauen wird belohnt! 25 Prozent Rendite in nur einem Jahr winkten ihm, so der Ökonom.

Ob er keine Angst habe, dass das Geld weg ist, wenn Griechenland, das ja längst pleite ist, den Staatsbankrott erklärt, wollte der „Spiegel“ von ihm wissen. Nein, „damit schlafe ich wunderbar, weil ich an die grenzenlose Dummheit der Bundesregierung glaube. Sie wird zahlen“.

Die sauertöpfischen „Spiegel“-Kollegen wollten wissen, ob ihn da keine „moralischen Skrupel“ plagten, wenn er indirekt von den Zahlungen deutscher Steuerzahler profitiere. Homburg: „Weil ich die Rettungsmaßnahmen unfreiwillig durch meine Steuern mitfinanziere, ist es doch in Ordnung, wenn ich auch von den Gewinnen einen Teil erhalte. Warum sollen denn ausschließlich Banken und Hedgefonds profitieren?“

So ist das also: Wir müssen den Staat nur genauso abgefeimt austricksen, wie er uns austrickst, und schon können sich Regierung und Volk wieder vertrauensvoll in die verschlagenen Augen blicken. Wie weit wir doch gekommen sind, seitdem wir uns von dem preußischen Ungeist von „gegenseitiger Loyalität zwischen Volk und Führung“ emanzipiert haben. Wer benötigt Loyalität, wenn er Komplize werden kann? Es hat fast schon etwas von der mediterranen Leichtigkeit der Griechen, was wir da gerade lernen. Europa wächst zusammen! Haben wir nicht schon immer gesagt, dass unser europäisches Haus auf „gemeinsamen Werten“ basiert?

Das ist erst der Anfang. Sollte jene „Transferunion“, welche fast alle Politiker anstreben und die Grünen ganz besonders, endlich voll entwickelt sein, dann gibt es jedes Jahr Abermilliarden an Subventionen, die es abzugreifen gilt. Die faschistoide deutsche „Arbeitsmoral“ hat dann endgültig ausgesorgt. In der Transferunion geht es nur noch darum, an den richtigen Stellen zu sitzen, wo die Ströme von Geld durchfließen. Da wird man dann reich, während die Reste der teutonischen Deppenschaft sich die Rücken krumm arbeiten und verblüfft fragen, warum sie dabei immer ärmer werden.

MEINUNGEN

Der deutsche ***Angriff auf die Sowjetunion*** *1941 sei* ***kein Überfall****, sondern der Angriff auf einen kriegsbereiten Feind gewesen, urteilt* ***Michael Klonovsky*** *im „Focus“ vom 27. Juni:*

„Sie (die Überfall-These) insinuiert einen ‚Krieg im Vakuum gegen einen nicht vorhandenen Herrn Stalin‘, wie der Historiker Jörg Friedrich über gewisse ZDF-Dokumentationen spöttelte. Der ‚Spiegel‘ brachte es im August 2010 sogar fertig, den Frankreichfeldzug der Wehrmacht als ‚Überfall‘ zu betiteln, womit erstmals in der Geschichte ein Staat, der einem anderen den Krieg erklärt hatte, zum Überfallopfer wurde.“

Alexander Gauland*, Jurist und Ex-Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ in Potsdam sowie seit 40 Jahren CDU-Mitglied, wirft CDU-Chefin* ***Merkel*** *vor,* ***ihrer Partei Seele und Orientierung gestohlen*** *zu haben. In der „Welt“ (23. Juni) schreibt er:*

„Angela Merkel hat es geschafft, aus einer Partei mit konservativen, liberalen und sozialen Inhalten ein ideologisches Nichts zu zaubern, eine Organisation zum Machterhalt, ohne dass man noch wüsste, wofür und wogegen. Die Union hat ihre Inhalte kopflos preisgegeben, statt sie neuen Herausforderungen anzupassen und damit ihre Seele verloren. Sie wirkt wie eine antike Ruine – von außen noch prächtig anzuschauen, aber innen wüst und leer.“

Vom Wittern und Klittern

Die Morgenluft – wer kennt sie nicht,
wo doch seit viel vielen Jahren
man immer wieder von ihr spricht
in klugen Kommentaren.

Sie kommt dort nie allein daher,
und das mag seltsam scheinen:
Es wittert grad sie irgendwer,
wie die Autoren meinen!

Indes ist oft, was einer meint
und glaubt zu unterstreichen,
in Wahrheit anders, als es scheint,
bei Morgenluft desgleichen.

Gewiss, man denkt an Schlafsaalmief,
dann morgens auf die Fenster –
nur leider hängt das Gleichnis schief,
und schuld dran sind Gespenster!

Denn diese Wendung ist entlehnt
aus einer Bühnendichtung
und deutet dort – drum sei's erwähnt –
in völlig andre Richtung:

„Methinks I scent the morning air“,
wie's lautet im Theater,
das sagt zum Sohne kummerschwer
der Geist von Hamlets Vater.

Sobald der Morgen nämlich graut,
erfasst den Geist das Grauen –
verschwinden muss die arme Haut,
darf nie ins Helle schauen.

Muss flugs zurück zur dunklen Gruft,
zum Tagesheim des Geistes –
„Mich dünkt, ich wittre Morgenluft“?
Verduften müssen, heißt es!

Gebraucht wird's aber
grundverkehrt
im Sinn von „Aufwind spüren“ –
weil kaum ein Schreiber
sich drum schert,
woher die Worte rühren.

Zu viele sind nur drauf erpicht,
mit Floskeln was zu klittern,
und allen diesen wünsch' ich schlicht,
mal Morgenluft zu wittern!

Pannonicus